FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

permanente revolution

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

SONDERNUMMER 1 / JÄNNER 1977

PREIS: S 10.-

RUB Bochum
Inst. z. Gesch.
d. Arbeiterbew.
SZ 3409

Programmatische Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga

INHALT

EINLEITUNG 3

DER REFORMISMUS - BÜRGERLICHE POLITIK INNERHALB DER ARBEITERBEWEGUNG 9

A. SOZIALDEMOKRATIE 11
B. DER STALINISMUS 15

ARBEITERREGIERUNG UND EINHEITSFRONT 27

THESEN ZUM WIEDERAUFBAU DER VIERTEN INTERNATIONALE 39

THESEN ZUR METHODIK DES ÜBERGANGSPROGRAMMS 47

ZUR GEWERKSCHAFTSFRAGE 60

ZUR NATIONALEN FRAGE 63

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Druck und für den Inhalt verantwortlich:
Karl Reitter, Klimschgasse 18/6, 1030 Wien

EINLEITUNG

Was will die IKL?

"Die weltpolitische Lage in ihrer Gesamtheit ist vor allem gekennzeichnet durch die historische Krise der Führung des Proletariats".

Dieser vielzitierte Satz Trotzkis steht heute - angesichts der Krise des Imperialismus - wieder mit aller Deutlichkeit vor uns. Die Krise der Führung des Proletariats besteht weiter, d. h. noch immer steht die absolute Mehrheit der Arbeiterklasse entweder hinter der Sozialdemokratie oder dem Stalinismus.

Die gesamte Erfahrung der Arbeiterbewegung, mit all ihren Siegen und furchtbaren Niederlagen, beweist die Notwendigkeit der revolutionären Partei, als politische Führung der Arbeiterklasse. Die Erfahrungen der Arbeiterklasse zeigen, daß die Arbeiter fähig sind, mit großer Opferbereitschaft gegen den Klassenfeind zu kämpfen. Die Aufgaben der revolutionären Partei sind also nicht einfach darin zu sehen, diese Kämpfe "hervorzurufen", wie es stumpfsinnige bürgerliche und reformistische Ideologen immer wieder behaupten, sondern sie bestehen darin, den kämpfenden Arbeitern das wissenschaftliche Rüstzeug zu geben, ohne das selbst der heldenmutigste Kampf nicht dauerhaft siegen kann. Die kommunistischen Kader stehen nicht nur täglich an der Seite des kämpfenden Proletariats, sie müssen den Arbeitern vor allem die politischen Persepektiven der Machtergreifung aufzeigen. Ihre gesamte Politik dient dem Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus, mit den Mitteln des bewaffneten Aufstandes, der Zertrümmerung des bürgerlichen Staates und der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

"Zwar stellt der Kapitalismus zum ersten Mal in der Geschichte ein System der Weltwirtschaft her; aber nur mit seinen chaotischen Methoden und Wegen, die ständig seine eigenen Errungenschaften untergraben, ein Land dem anderen, einen Industriezweig dem nächsten entgegenstellen, die Weiterentwicklung der reichen Länder nur mit immer verbrecherischen Raubzügen und Überfällen auf die armen Länder sichern. Der Imperialismus verschärft diese vielfältigen Widersprüche weiter und verleiht ihnen explosiven Charakter. Der Kapitalismus ist in seine niedergehende Epoche eingetreten, ein Zeitalter der Kriege und Revolutionen ist angebrochen.

Die sozialistische Revolution ist vom Fernziel zur unmittelbaren Aufgabe geworden. Wie die Entwicklung des Kapitalismus bereits die nationalen Ketten der Produktion gesprengt hat, so kann die sozialistische Revolution im Rahmen des Nationalstaates nicht siegen. Sie kann ihre Aufgabe, mit der Überwindung der chaotischen kapitalistischen Produktionsverhältnisse eine ungeahnte Entfaltung der Produktivkräfte zu ermöglichen und so die Menschheit auf eine neue geschichtliche Entwicklungsstufe zu heben, nur im internationalen Maßstab erfüllen." (Sondernummer von 'Ergebnisse & Perspektiven' Nr. 1, Seite 3)

Die Schaffung des Weltmarktes durch den Imperialismus, der jeder nationalen Wirtschaft seine Gesetze aufzwingt, macht die internationale Organisierung der Arbeiterklasse notwendig. Der kapitalistische Weltmarkt, der auf der internationalen Arbeitsteilung beruht, also nicht einfach die Summe aller nationalen Wirtschaften darstellt, verknüpft das Schicksal der "unterentwickelten" Länder auf das engste mit dem der imperialistischen Metropole.

Die bürgerliche Klasse der "unterentwickelten Länder" ist nicht fähig konsequent gegen den Imperialismus zu kämpfen. Schwach und vom Imperialismus abhängig, darf der Versuch die Abhängigkeit vom internationalen Kapitalismus zu lockern, nicht die Klassenherrschaft über die 'eigene' Arbeiterklasse gefährden. Die bornierten Klasseninteressen sind daher der Grund für den 'fehlenden Kampfeswillen' der Bourgeoisie unterdrückter Nationen. D. h. ihr Kampf gegen eine Fraktion des Imperialismus führt sie unweigerlich in das Lager einer anderen Fraktion. Führer des Kampfes gegen den Imperialismus in diesen Staaten ist die Arbeiterklasse, gestützt auf die arme Bauernschaft, deren Befreiung vom Joch des Imperialismus und der nationalen Bourgeoisie nur dann verwirklicht werden kann, wenn sie imstande ist, die bürgerlich-demokratischen Aufgaben im Zuge der sozialistischen Revolution mitzulösen (Agrarfrage, nationale Frage usw.).

Der Kampf der internationalen Arbeiterklasse kennt damit keine strategisch unterschiedlichen Etappen - wohl müssen die nationalen Besonderheiten taktisch berücksichtigt werden, sondern stellt eine Einheit dar.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der einheitlichen proletarischen Weltpartei - der Internationale.

Diese kann heute nur eine trotzkistische Internationale sein. Der Trotzkismus stellt die einzige politische Strömung dar, die in der revolutionären Tradition der kommunistischen Internationale steht, deren ersten vier Kongresse, d. h. ihre wesentlichsten Ergebnisse, auch heute zu unseren programmatischen Grundlagen gehören.

Keine einzige politische Bewegung in der Geschichte der Menschheit war jemals derartigen Verfolgungen ausgesetzt, wie diejenige, auf die wir uns berufen. Aber auch keine einzige politische Bewegung in der Geschichte der Menschheit wird derartiges vollbringen wie diese.

***

Mit diesem Dokument legt die IKL ihre programmatischen Grundlagen vor. Die einzelnen Dokumente standen im Mittelpunkt der Diskussion zwischen 'Spartacus/Wien' und dem 'Kommunistischen Kollektiv', welche schließlich zum Zusammenschluß der beiden Gruppierungen zur IKL führte.

Der Abschnitt über die Krise der Vierten Internationale schließlich ist das vorläufige Ergebnis der internationalen Diskussion, die zwischen der IKL, dem deutschen Spartacusbund und der italienischen FMR geführt wird.

Das erste konkrete Ergebnis dieser Diskussion war die gemeinsame Unterzeichnung der 'notwendigen internationalen Initiative', die in den Organen der drei Organisationen abgedruckt wurde (siehe 'permanente revolution', Nr. 2).

Anhand der Aktualität der Entwicklung der portugiesischen Revolution wurde die Dringlichkeit des Aufbaues einer revolutionären Klassenführung aufgezeigt. Die Ereignisse in Portugal haben wieder dramatisch aufgezeigt, daß Reformismus und Zentrismus unfähig sind, die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie zu garantieren.

"Die Rolle der zentristischen Gruppen erschien ebenfalls in all ihrem gefährlichen und negativen Charakter, in der Unfähigkeit dem Proletariat eine autonome Lösung zu weisen, eine konkrete Alternative zum Reformismus, einen Weg, die Spaltung, die der Reformismus im Proletariat herstellte, zu überwinden. Ohne revolutionäres Programm, basierend auf der Methode des Übergangsprogrammes, ohne den aus der weltweiten Erfahrung des Proletariats durch eine internationale revolutionäre Organisation gezogenen theoretischen Hintergrund, und ohne korrektes Verständnis der konkreten Ereignisse, gelangten alle portugiesischen zentristischen Gruppen dazu, auf die eine oder andere Weise auf Seiten einer der beiden reformistischen Parteien zu stehen, die das portugiesische Proletariat spalteten, indem sie ihnen linken Flankenschutz für ihre kriminelle Politik der Demoralisierung der Arbeiterklasse gaben ..."

"Im Gegenteil, der Zentrismus war unter dem direkten Druck der reformistischen Parteien nicht in der Lage, der Anziehungskraft der reformistischen Parteien zu widerstehen, indem er die letzteren mit den realen Bedürfnissen der Massen durcheinanderwarf und indem er, anstatt zu helfen, eine autonome Klassenpolitik zu vollenden, dazu beitrug, die Führungskrise des Proletariats zu verschlimmern!" ("Eine notwendige internationale Initiative", 'permanente revolution', Nr. 2, S. 26)

Mit diesem Dokument traten die Unterzeichnenden an eine Reihe von Organisationen in den verschiedensten Ländern heran, um sie aufzufordern, in die Diskussion einzugreifen, unabhängig davon, ob sie die 'internationale Initiative' sofort unterschreiben können oder nicht.

Das Ziel dieses Rahmens ist der Aufbau einer internationalen trotzkistischen Tendenz. Mit der Erstellung des Dokumentes wurde der erste praktische Schritt in die Richtung dieses Zieles gesetzt. Die bereits begonnene Diskussion zu den am Schluß der 'Initiative' genannten sechs Punkten, d. h. die Ergebnisse dieser Diskussion wird den beteiligten Organisationen die Möglichkeit geben international als programmatische Alternative zu den Zentristen und Sektierern, die vorgeben das revolutionäre Programm und die Kontinuität der 1938 gegründeten IV. Internationale zu vertreten, aufzutreten, auch wenn sie über wenige Kader verfügen.

Die IKL ist eine internationalistische Organisation, für die Internationalismus nicht bedeutet Solidaritätsadressen an unterdrückte Massen abzusenden oder an Solidaritätsdemonstrationen teilzunehmen. Das alles tun die nationalbornierten Zentristen und Reformisten auch. Nein! Internationalismus bedeutet für uns von Anbeginn unserer organisatorischen Existenz an, aktiv am Aufbau einer internationalen Organisation zu arbeiten, die eine gemeinsame Führung, ein gemeinsames Zentrum und eine gemeinsame Disziplin hat. Der Kontakt mit Organisationen in anderen Ländern bedeutet damit für uns mehr als Austausch von Erfahrungen, Zeitungen und 'guten Ratschlägen'. Gerade als österreichische Organisation wissen wir, daß die nationalbornierte Existenz sehr rasch zu einem programmatischen Verfall, zur Anpassung an die rückständige Mentalität der Arbeiterklasse, d. h. zur Anpassung an den Reformismus führen muß. Einzig der Aufbau einer internationalen Partei - sei sie anfangs auch schwach und kaum in der Arbeiterklasse verankert - wird uns als Revolutionäre bestehen lassen.

Aber diese internationale Partei kann nicht einfach als das Ergebnis des Zusammenschlusses einiger Organisationen verstanden werden. Voraussetzung für ihren Aufbau , für ihren Bestand ist die programmatische Diskussion, die internationale theoretische Auseinandersetzung. Der Aufbau der Organisation im nationalen Rahmen, die Entwicklungder revolutionären Programmatik ist damit in einen internationalen Rahmen gestellt.

Das bedeutet: national existierende Organisationen - mögen sie auch noch so 'stark' sein - werden schließlich dem Druck des Reformismus, der ja nichts an-

deres ist, als der Druck der Bourgeoisie, vermittelt über das Kleinbürgertum, erliegen. Die Entwicklung, d. h. die Rekonstruktion des revolutionären Programms kann daher nur international - von einem internationalen Kaderkern - erfolgen. Gerade als österreichische Revolutionäre - d. h. als Revolutionäre eines kleinen imperialistischen Landes, in dem der momentane Stand der Klassenkämpfe äußerst niedrig und der Einfluß der Reformisten über die Arbeiterklasse gewaltig ist - wissen wir die Bedeutung der internationalen programmatischen Diskussion als eine hohe und schließlich lebensnotwendige einzuschätzen. Menschen, (auch solche die sich 'Trotzkisten' nennen) die gerne mit dem Strom schwimmen, werden unsere Betonung der revolutionären Programmatik wohl als unser 'Hobby' bezeichnen. Nun, wir können niemanden zwingen die Erfahrungen des Klassenkampfes, des nun schon so lange dauernden Ringens der Arbeiterklasse um ihre Emanzipation, zu verstehen und in sich aufzunehmen. Aber all diese Erfahrungen - auch wenn sie zumeist in Niederlagen ausgedrückt sind - beweisen uns die Dringlichkeit des revolutionären Programms.

Heute mag es als 'Streit' zwischen einigen hundert Deutschen, Italienern, Österreichern, Engländern und Portugiesen scheinen - morgen wird es diesen engen Rahmen überschreiten, die nach dem Lichte drängenden Massen erfassen und als materielle Gewalt die Welt verändern. Ohne revolutionäre Theorie, keine revolutionäre Praxis! Revolutionäres Programm bedeutet für uns aber nicht die formale Anerkennung des Übergangsprogrammes von 1938, als ob bereits andere die Arbeit für uns getan hätten. Die Erarbeitung des internationalen Programms heißt, die Erfahrungen der letzten Periode der Klassenkämpfe aufzunehmen, zu verarbeiten. Die Entwicklung des Imperialismus nach 1945, die Entstehung der deformierten Arbeiterstaaten, die Befreiungsbewegungen in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, die Zerstörung der Vierten Internationale im zweiten imperialistischen Weltkrieg, all diese Momente müssen in das revolutionäre Programm einfließen. Wir haben keineswegs die Illusion zu glauben, daß wir mit dieser programmatischen Erklärung bereits über ein Programm verfügen, daß diesen Ansprüchen genügt. Wesentliche Einschätzungen - wie die des Charakters unserer Epoche - konnten nicht aufgenommen werden. Es wäre aber auch absolut naiv zu glauben, eine nationale Organisation - und sei sie auch erfahrener als wir - könnte das Programm rekonstruieren.

Die internationale Tendenz wird sich ausreichendere programmatische Grundlagen geben und nur sie wird in der Lage sein, ein internationales revolutionäres Programm zu entwickeln.

Der Wert der vorliegenden "programmatischen Erklärung" liegt darin, daß die Kader der IKL in der Auseinandersetzung mit Reformisten und Zentristen über klare Richtlinien verfügen, daß jeder der sich als Revolutionär begreift, damit unsere Stellung zu wesentlichen programmatischen Fragen prüfen kann. Und nicht zuletzt dient dieses Dokument dazu unsere Position in die internationale Diskussion zu tragen und diese damit zu beschleunigen und zu erleichtern. Diese "programmatische Erklärung" gibt den Stand der Kader wider, die sich Anfangs 1976 zur IKL zusammengeschlossen haben.

Ihr Charakter ist - angesichts der noch zu setzenden Schritte im internationalen Rahmen - notwendigerweise ein provisorischer.

Revolutionäre Propagandagruppe und Umgruppierung

Der Aufbau einer revolutionären Partei kann nicht als ständig kontinuierliches Wachsen der Organisation verstanden werden. Wesentliche Voraussetzung ist die Bestimmung der Etappen dieses Aufbaues und die Analyse der momentanen Etappe, in der wir uns befinden, so wie die daraus folgenden Aufgaben, d. h. politischen Prioritäten. Ohne diese genaue Bestimmung wird die gesamte Politik der Organisation zwangsläufig handwerklerisch werden. Die Konzeption der Zeitung, die Prioritäten der eigenen Aktivitäten und der Intervention in solche anderer Organisationen, der Charakter der Gewerkschafts- und Betriebsarbeit - all diese Fragen können ohne konkrete Bestimmung der Etappen des Parteiaufbaues nicht ernsthaft angegangen werden, es sei denn, man möchte sich 'treiben' lassen.

Die Situation, in der sich die Kommunisten heute befinden, zeichnet sich - bei national gegebenen Unterschieden - vor allem dadurch aus, daß die Arbeiterklasse weitestgehend von den Reformisten hegemonisiert wird und daß es neben diesen traditionellen reformistischen Parteien (SP und KP) eine Vielzahl von zentristischen Gruppierungen unterschiedlichster Bedeutung gibt.

Die Gewinnung der Massen ist keine technische Frage, etwa ob es uns gelingt Millionen von Flugblättern und Zeitungen zu produzieren und zu verbreiten, sondern in erster Linie eine Frage des Programms.

Voraussetzung dafür ist die Bildung und Erziehung eines Kaders von Berufsrevolutionären, also das, was wir "ursprüngliche Akkumulation von Kadern" nennen. Die revolutionäre Propagandagruppe wendet sich daher in erster Linie an die Vorhut der Arbeiterklasse, d. h. an diejenigen Arbeiter (aber auch Angehörige linker Organisationen, die soziologisch gesehen dem Kleinbürgertum angehören), die sich subjektiv als Revolutionäre verstehen. Die Gewinnung der besten dieser Elemente ist unerläßliche Voraussetzung dafür, breiten Arbeitermassen als reale Alternative zu den Reformisten zu erscheinen. Der Kampf um diese Elemente wird heute in Spanien andere Formen annehmen als etwa in Österreich. In Spanien gilt es den kampfbereiten Arbeitern konkrete Kampfperspektiven zu weisen, die Auseinandersetzung mit dem Reformismus bekommt unmittelbaren Charakter. In Ländern, in denen die Arbeiterklasse zur Zeit nicht oder wenig kampfbereit ist, wird es vor allem darum gehen, anhand der Entwicklung in Portugal und Spanien die revolutionäre Programmatik zu propagieren und sich dabei an zentristische Organisationen zu wenden.

In beiden Fällen wird die Erziehung der Kader nicht als Anpassung der Revolutionäre an das notwendigerweise zentristische Bewußtsein dieser Elemente stattfinden, sondern im Gegenteil, als Kampf gegen das rückschrittliche Bewußtsein.

Aus dieser Bestimmung ergibt sich der Charakter des Organs der Propagandagruppe, sowie der ihrer Aktivitäten.

"Das Schicksal jeder politischen Gruppe - ob sie leben und wachsen oder degenerieren und sterben wird - wird während ihrer ersten Erfahrungen durch die Art und Weise entschieden in der sie zwei entscheidende Fragen beantwortet", schreibt Cannon in seiner 'History of American Trotzkyism'. *"Die erste ist die Annahme eines korrekten politischen Programms. Aber das alleine garantiert nicht den Sieg. Die zweite ist, daß die Gruppe korrekt bestimmt, was die Natur ihrer Aktivität sein soll, welche Aufgaben sie sich selbst setzen soll, gegeben die Größe und Kapazität der Gruppe, die Periode der Entwicklung des*

Klassenkampfs, das Kräfteverhältnis in der politischen Bewegung usw."
(Cannon, 'History of American Trotzkyism', NY 1972, S. 80)

Wenn wir also unsere Hauptaufgabe darin sehen, die fortschrittlichsten Arbeiter und Mitglieder der zentristischen Gruppierungen zu gewinnen, dann ergibt sich daraus, daß der Charakter der Zeitung nicht der eines 'Massenorgans' sein kann.

Der Versuch 'aktuelle' Berichte zu bringen, breite ungeschulte Massen schnell zu erreichen, führt unumgänglich zu solch jämmerlichen Ergebnissen, wie den Organen der Maoisten und der GRM ('rotfront'), deren Zeitung zwar monatlich erscheint, aber an Aktualität offenbar mit der stalinistischen Tageszeitung 'volksstimme' wetteifern will. So kann man in diesen Blättern zwar lesen wo wie lange gestreikt wurde und daß der Kapitalismus im übrigen die Wurzel aller Übel sei, aber man wird vergeblich nach den Lehren, den Perspektiven, den programmatischen Schlußfolgerungen suchen.

Beim Versuch die 'Massen' zu erreichen, versackt die 'rotfront' in der stupiden Handwerklerei.

Wir können weder von den technischen Möglichkeiten her, noch von den personellen Resourcen mit den Reformisten in Konkurrenz treten. Ebensowenig können wir überall dort sein, wo sich 'etwas tut'. Unser Zentralorgan dient vor allem dazu die revolutionäre Programmatik anhand stattfindender (oder vergangener) Klassenkämpfe zu propagieren, den Verrat der Reformisten und die hilflose Unzulänglichkeit der Zentristen zu analysieren, aufzuzeigen. Nicht die Beschreibung, der 'revolutionäre' Losungen angehängt werden, ist die Aufgabe unseres Organs, sondern die Analyse. In dem Maße, in dem dies gelingt, werden wir Erfolg haben.

"Wir verteidigen absolut korrekte Ideen und Methoden mit Hilfe unzureichender, primitiver Mittel. Die Komintern verteidigt falsche Ideen mit Hilfe amerikanischer Technik. Aber langfristig sind es die korrekten Ideen, die triumphieren. Hieraus folgt eine andere Schlußfolgerung. Unsere Stärke im gegebenen Stadium liegt in einer korrekten Einschätzung, in einer marxistischen Konzeption, in einer korrekten revolutionären Prognose. Diese Qualitäten müssen wir vor allem der proletarischen Avantgarde präsentieren. Wir handeln in erster Linie als Propagandisten. Wir sind zu schwach, um zu versuchen, auf alle Fragen Antworten zu geben, in alle spezifischen Konflikte zu intervenieren, überall und an allen Orten die Losungen und Antworten der Linken Opposition zu formulieren. Die Jagd nach einer solchen Universalität mit unserer Schwäche und der Unerfahrenheit vieler Genossen wird häufig zu hastigen Schlußfolgerungen, zu unklugen Losungen, zu falschen Lösungen führen. Durch falsche Schritte in Einzelfragen werden wir diejenigen sein, die sich selbst kompromittieren, indem sie die Arbeiter davon abhalten, die fundamentalen Qualitäten der Linken Opposition zu schätzen. Ich will keineswegs sagen, daß wir vom wirklichen Kampf der Arbeiterklasse abseits stehen sollen ... aber man muß lernen, die lebendigsten, brennendsten und prinzipiellsten Fragen auszuwählen und sich über diese Fragen im Kampf zu engagieren." (Trotzki, 'Some Ideas on the Period and the Tasks of the Left Opposition', Writings 1930/31, S. 297)

Wenn wir also von der Vorrangigkeit der Propaganda sprechen, so bedeutet dies keineswegs, daß wir darunter das abstrakte Propagieren einiger Prinzipien verstehen. Die revolutionäre Propagandagruppe wird ihr Ziel nur dann erreichen, wenn sie eigene Aktivitäten entwickelt und auf der Basis ihres Programms in die Kämpfe der Arbeiter interveniert.

Wenn wir weiters davon sprechen, daß Umgruppierung heute in Österreich vor allem Konzentration auf Organisationen wie die GRM bedeutet, so wäre es allerdings mehr als falsch daraus zu schließen, daß wir gegenüber aufbrechenden Kämpfen der Arbeiter Abstinenz üben werden.

Wenn die Arbeiter bereit sind in der Tat zu kämpfen (gegen Entlassung, Kurzarbeit, für mehr Lohn usw.), sei es auch mit allen reformistischen Vorurteilen und mit absolut unzulänglichen Zielen, werden wir sie unterstützen, ohne ihre politischen Illusionen zu teilen und ohne etwas zu verschweigen. Sich weder den realen Klassenkämpfen dogmatisch entgegenzustellen (der Realität sein 'Programm' entgegenzuhalten), noch in der Bewegung aufgehen, verschwinden (Hauptsache es 'bewegt' sich etwas) - das ist die einzige revolutionäre Position zu solchen Kämpfen.

Indem die Revolutionäre auf der Basis ihres Programms in den Klassenkampf eingreifen - in unumgänglich begrenztem Ausmaß - werden sie zwar die Hegemonie der Reformisten nicht plötzlich brechen können, aber sie werden die Festigkeit der eigenen Kader vertiefen, Einfluß auf fortgeschrittene Arbeiter gewinnen und ihre programmatische Alternative gegenüber den zentristischen Organisationen deutlicher und glaubhafter machen können!

Das ist der einzige Weg!

Der Reformismus — bürgerliche Politik innerhalb der Arbeiterbewegung

Wir gehen davon aus, daß ebenso wie die Sozialdemokratie, auch der Stalinismus seinen '4. August' hatte, d. h., daß sich der Klassencharakter seiner Politik grundlegend änderte. In letzter Analyse dient der Stalinismus - ebenso wie die Sozialdemokratie - der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Herrschaft. Das bedeutet aber nicht, daß wir die konkreten unterschiedlichen Erscheinungsformen der Verratspolitik von Stalinismus und Sozialdemokratie nicht berücksichtigen.

"Kein geschichtlicher Vergleich taugt, wenn er über die zulässigen Grenzen hinausgeführt wird. Wir wissen sehr gut, daß die stalinistische KPD sich von der Vorkriegssozialdemokratie unterscheidet und daß der 5. März - sowohl dem Wesen wie den Folgen nach - sich vom 4. August unterscheidet. Mit unserem Vergleich wollen wir lediglich sagen: wie die Partei Bebels ihre fortschrittliche Mission endgültig bei Kriegsausbruch erschöpft hatte, so erschöpfte die KPD ihre revolutionäre Rolle zu Beginn der faschistischen Diktatur. Diese Analogie durch nicht zur Sache gehörende Betrachtung zu verwirren, heißt Unfähigkeit zu konkret geschichtlichem, d. h. dialektischem Denken an den Tag zu legen." (Trotzki, der '4. August', 'Schriften über Deutschland', Juni 1933, S. 567)

Beide - Sozialdemokratie und Stalinismus - sind reformistische Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung, d. h. Agenten der Bourgeoisie.

Die Stärke des Reformismus, seine politische Funktion zu erfüllen, erklärt sich vor allem aus dem Fehlen einer revolutionären Alternative.

Wir gehen davon aus, daß tiefgreifende ökonomische Reformen im Imperialismus nur Begleiterscheinungen des revolutionären Kampfes der Arbeiter sein können, der Reformismus als Strategie im Imperialismus nur noch als Klassenkollaboration möglich ist. Die Funktion des Reformismus ist in erster Linie also eine politische, die darin besteht, den Kampf der Arbeiter zu beschränken und zu verhindern, daß dieser Kampf die Grenzen des Kapitalismus durchstößt.

Der Reformismus wird damit zum größten Hindernis für die Revolution, die nur auf seinen Trümmern siegen kann.

Voraussetzung für eine endgültige Krise des Reformismus ist die Existenz einer revolutionären Klassenführung.

Eine der Voraussetzungen für den Aufbau dieser Partei, wird das richtige taktische Herangehen an die reformistischen Parteien sein, d. h. die Bestimmung beider Strömungen als bürgerlich bringt nicht automatisch eine richtige Politik gegenüber dem Reformismus mit sich.

Während die Sozialdemokratie in erster Linie mit der nationalen Bourgeoisie und ihrem Staat verbunden ist, fußt der Stalinismus auch auf der Existenz der Sowjetbürokratie (bzw. anderer bürokratisch deformierter Arbeiterstaaten). Aus dieser Verbindung schöpft er seine Kraft und Autorität. Für Millionen Arbeiter verkörpern die Stalinisten noch immer die Tradition der Oktoberrevolution. Hier liegt der Wert, aber auch gleichzeitig die Gefahr des Stalinismus für die Bourgeoisie.

Die Massen können sich nicht mit den trotzkistischen Analysen des Stalinismus beschäftigen. Unsere Propaganda wird die Fortschrittlichsten von ihnen auf unsere Seite bringen, die Masse jedoch wird sich in der praktischen Erfahrung vom Verrat des Reformismus überzeugen müssen. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte beweist uns, wenn die Arbeiter diese Praxis allein, d. h. ohne die Existenz einer revolutionären Partei durchmachen, sie selbständig nicht zur Überwindung des Reformismus fähig sind.

Eine im Kampf verbrauchte Generation von Arbeitern, wandte sich nach 1945 in Deutschland enttäuscht und ihrer Besten beraubt, wieder der Sozialdemokratie zu, die nach den Erfahrungen mit dem Stalinismus als 'kleineres Übel' erschien.

Der Stalinismus wird international also auch als Agent der 'Kreml-Bürokratie' (bzw. anderer bürokratisch-deformierter Arbeiterstaaten) bestimmt. Hier kommt es zu Abstufungen. Ist bei kleinen stalinistischen Parteien, diese Funktion besonders ausgeprägt - etwa der KPÖ und der DKP - so ist dagegen etwa bei der KPF und der KPI eine relativ größere Unabhängigkeit von der Sowjetbürokratie zu verzeichnen. Dies erklärt sich aus der umfassenderen Verankerung im Proletariat und der wachsenden Verbindung mit dem bürgerlichen Staatsapparat.

Das ändert nichts am stalinistischen Charakter dieser Parteien, sondern zeigt klar die Logik reformistischer Politik an. Wir lehnen jede These ab, wonach der Stalinismus immer 'links' von der Sozialdemokratie steht. Diese These wird von der konkreten geschichtlichen Erfahrung widerlegt - siehe Chile unter Allende und Spanien 1936. Sie widerspricht der marxistischen Einschätzung des Reformismus als einer vom Kräfteverhältnis der Klassen abhängigen Strömung. Die konkreten politischen Schritte des Reformismus werden ihm von den materiellen Interessen der stalinistischen Bürokratien (bzw. der Arbeiterbürokratie) aufgezwungen und nicht etwa von einer 'linken' stalinistischen und einer 'rechten' sozialdemokratischen Ideologie.

A. Die Sozialdemokratie

Die internationale Sozialdemokratie hat 1914, mit der Unterstützung 'ihrer' jeweiligen imperialistischen Fraktion (mit der Ausnahme der Parteien in Rußland, Bulgarien und Serbien) ihre fortschrittliche Rolle endgültig eingebüßt. Sie wurde zu einer Partei, *"die sich auf die Arbeiter stützt, aber der Bourgeoisie dient"* (Trotzki), sie wurde damit zu einer grundsätzlich bürgerlichen Partei.

"1914 ging die Sozialdemokratie völlig ins Lager der imperialistischen Bourgeoisie über. Das fand seinen Ausdruck vor allem in Politik und Programmatik dieser Partei, abgeleitet schließlich auch in der Veränderung ihrer sozialen Zusammensetzung, ihrer Einkünfte (Quellen), Presseorganisationen, im Verhältnis von Parteibasis und Führungsorganen, im Verhältnis der Arbeiterbürokratie zur Kommunal- und Staatsbürokratie" (Ergebnisse & Perspektiven, Nr. 2, S. 69)

Wesentlich bei der Bestimmung des Charakters sozialdemokratischer Politik ist die Funktion des Reformismus in der Niedergangsperiode des Kapitalismus. Die Sozialdemokratie war auch vor dem ersten imperialistischen Kriege keine revolutionäre Partei, sondern eine reformistische Arbeiterpartei, in der ein kleiner revolutionärer Flügel existierte. Ihre Tagespolitik war reformistisch, erfüllte aber zu diesem Zeitpunkt in beschränktem Ausmaß eine historisch fortschrittliche Aufgabe, nämlich durch die Erkämpfung von Reformen - wie des Wahlrechts, der Koalitionsfreiheit, des 8 Stundentages usw. - den Kampf und die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse innerhalb des Kapitalismus zu erleichtern. Auf Grund der ökonomischen Situation (Herausbildung des Imperialismus) und der Tatsache, daß infolge der gescheiterten bürgerlichen Revolution von

1848 eine Reihe von demokratischen Forderungen noch unerfüllt geblieben waren, als deren Träger nunmehr die Sozialdemokratie fungierte, konnte sie diese Zugeständnisse der Bourgeoisie bzw. der die politische Macht ausübenden Junkerkaste im Kampfe abringen. Insoweit organisierte die Sozialdemokratie damals noch das Proletariat in gewissem Ausmaß unabhängig von der Bourgeoisie.

Der imperialistische Krieg stellte den sichtbaren Wendepunkt dar. Die Funktion der Sozialdemokratie besteht seitdem darin, die Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie und ihrem Staat zu versöhnen. Um diese Funktion im Interesse der Bourgeoisie erfüllen zu können, muß sie sich dabei auf die Arbeiterklasse stützen, bzw. auf einen relevanten Teil dieser Klasse.

"In der Charakterisierung der deutschen Sozialdemokratie durch Trotzki drückt sich exakt die wirkliche Widersprüchlichkeit dieser Partei aus: sie ist für die Bourgeoisie nur von Nutzen, wenn sie die Arbeiterklasse in besonderer Form kontrolliert, aber sie kann sich auch das Vertrauen der Mehrheit der Arbeiter nur bewahren, wenn sie empfindlich auf deren Bewegung reagiert - um sie fehlzulenken." (Ergebnisse & Perspektiven, Nr. 2, S. 70)

Nach 1918 war es die Sozialdemokratie, die in Europa den Sieg der proletarischen Revolution verhinderte. Sie trug damit nicht nur zur Entstehung und Verstärkung der Bürokratie in der Sowjetunion bei, sondern sie ermöglichte damit erst den schließlichen Sieg des Faschismus in Deutschland und Österreich. Die fortgeschrittene Radikalisierung der deutschen Arbeiter, das Vorhandensein einer zwar quantitativ schwachen, aber einen politischen Einfluß auf hunderttausende USPD-Arbeiter ausübenden KP, machten in Deutschland die Methoden Noskes, d. h. das Bündnis mit den reaktionärsten Banden und der Reichswehr notwendig um die bürgerliche Ordnung zu retten.

Der Austro-Marxismus konnte mit weniger offen konterrevolutionären Mitteln die gleiche Funktion für die Bourgeosie erfüllen. Ständig die Faust ballend, wich er Schritt für Schritt zurück, verwirrte und entmutigte die Arbeiter, und bereitete so den Sieg der Dollfuß-Diktatur vor.

Die konkrete Form, in der sich sozialdemokratische Politik äußert, ist also vom Kräfteverhältnis der Klassen zueinander abhängig. Eben weil die Sozialdemokratie dem organisierten Druck der Arbeiterklasse direkt ausgesetzt ist (was sie von den anderen bürgerlichen Parteien unterscheidet), stellt sie in einer Periode, in der der bürgerliche Großangriff auf die soziale Existenz und die politischen Rechte der Arbeiterklasse auf der Tagesordnung steht, ein Risiko für die Bourgeoisie dar. Falsch wäre es zu meinen, die Sozialdemokratie widerspiegle bloß den ideologischen Druck der bürgerlichen Klasse. Nachdem die SPD mit den Methoden der offenen, blutigen Konterrevolution die Arbeiterklasse zurückgedrängt hatte, wurde sie aus der Regierung entfernt; und schließlich wird die Sozialdemokratie eben deshalb vom Faschismus zertrümmert, weil sie selbst einer totalen Atomisierung der Arbeiterklasse im Wege steht.

"Der äußerste Gebrauch des bürgerlichen Repressionsapparates und die blutigen Methoden der Konterrevolution gehören von Anfang an zum Begriff der Sozialdemokratie (des Menschewismus) nach 1914 bzw. 1917/18. Sie gehen ein für allemal in den Begriff der Sozialdemokratie als 'vollkommen bürgerliche Partei' (Trotzki) ein. Es kann nicht die Rede sein, von einem kontinuierlichen Anwachsen der durch die Sozialdemokratie in Partei, Gewerkschaften/Betrieben und Staatsapparat ausgeübten Klassengewalt des Imperialismus; es muß vielmehr die Abhängigkeit dieser Gewalt vom Klassenkampf anerkannt werden." (Ergebnisse & Perspektiven, Nr. 2, S. 60)

Die Verbindung der Sozialdemokratie mit dem bürgerlichen Staatsapparat nahm mit dem Abklingen der revolutionären Nachkriegswelle umfassende Gestalt an. Bürgermeister, Abgeordnete, Parteibeamte und die Arbeiteraristokratie stellen die soziale Stütze und den politischen Träger des Reformismus dar. Die materielle Existenz dieser Schichte ist auf das Engste mit dem 'ruhig' funktionie-

renden bürgerlichen Parlamentarismus verbunden, eben einem gesellschaftlichen Zustand, möglichst frei von politischen Erschütterungen. Das Konzept der 'Wirtschaftsdemokratie' (der SPD), die 'rote' Gemeinde Wien in Österreich, sind der sichtbare Ausdruck dieses Versuches der Versöhnung der Klassengegensätze.

Die Verbindung der reformistischen Bürokratie mit der Bourgeoisie ist damit keineswegs ausschließlich ideologischer Natur, die Sozialdemokratie, als *"politische Polizei der Bourgeoisie"* (Trotzki), ist materiell an den Staatsapparat gebunden.

Wenn auch der Parlamentarismus die eigentliche politische Form darstellt, in der sie ihre Funktion erfüllt, wäre es dennoch falsch zu glauben, sie wäre zu offenen, blutigen konterrevolutionären Maßnahmen nicht fähig. Gegen den kämpferischsten Teil der Klasse, wird sie auch bewaffnet vorgehen bzw. ein solches Vorgehen unterstützen (Noske, heute in Portugal).
Als Partei, die nur existieren und ihre Funktion erfüllen kann, wenn sie sich auf die Arbeiterklasse stützt, d. h. wenn sie deren Vertrauen mißbraucht, ist sie aber für die völlige Zerschlagung und Atomisierung der gesamten Arbeiterklasse ungeeignet, im Gegenteil, sie wird aus diesem Grund selbst ein Opfer der bürgerlichen Konterrevolution.

Wenn wir die Sozialdemokratie also im Wesentlichen nicht nach ihren konkreten Programmen (die stets der verschiedenen Konjunktur des Klassenkampfes angepaßt sind) beurteilen, sondern nach ihrer Funktion und Politik, so bedeutet dies, daß wir jede Position ablehnen, deren Aussage darin besteht, daß der qualitative Charakter dieser politischen Strömung sich - etwa mit der Annahme des Godesberger Programmes durch die SPD - verändert hat. Konsequent kann dies nur bedeuten, daß die Sozialdemokratie zu einer bürgerlichen Partei, wie jede andere auch geworden ist, d. h. daß die Arbeiterklasse bloßes Wählerpotential darstellt. Desgleichen lehnen wir jede Position ab, die zwischen den einzelnen nationalen sozialdemokratischen Parteien qualitative Unterschiede setzt, wenngleich wir natürlich anerkennen, daß die Quantität der Verbindung mit dem bürgerlichen Staatsapparat, der Art, wie die Sozialdemokratie sich auf die Arbeiterklasse stützt, und damit verbunden die konkrete politische Rolle der jeweiligen SP unterschiedlich ist. Diese Unterschiede sind jedoch vom Kräfteverhältnis der Klassen zueinander, d. h. vom Klassenkampf, abhängig und müssen dementsprechend taktisch berücksichtigt werden.

Die Sozialdemokratie muß als internationales Phänomen begriffen werden. Ihre Funktion als 'Internationale' der 'demokratischen Konterrevolution' wurde zuletzt in der Entwicklung der portugiesischen Revolution deutlich.

Die deutsche Sozialdemokratie war nicht nur am Aufbau der portugiesischen und spanischen Partei aktiv beteiligt, sie (wie auch die SPen anderer Länder) unterstützte die Soares-Partei massiv bei derem, im Frühsommer 1975 begonnenen 'Kreuzzug zur Rettung der Demokratie'. Durch ihren besonderen bürgerlichen Charakter wird die Sozialdemokratie international zum Träger der Politik des 'demokratischen Imperialismus'. Das Eingreifen in den italienischen Wahlkampf, die 'Mission' der 'II. Internationale' unter der Führung Kreiskys in den Nahen Osten bestätigen und unterstreichen die Einschätzung.

Die klassenunspezifische Hervorhebung der 'Volksinteressen', ist wesentlicher Bestandteil reformistischer Politik, d. h. der Klassenkollaboration. Letztlich kapituliert eine Position, wonach die Sozialdemokratie eine bürgerliche Partei 'wie jede andere auch' sei, vor dem Reformismus, der folglich nur mehr als durch die Gewerkschaftsbürokratie oder dem Stalinismus vertreten begriffen wird.

Die furchtbaren Niederlagen des deutschen und österreichischen Proletariats durch den Faschismus, das Wiedererstarken des Reformismus - und die damit verbundene Rekonstruktion des Kapitalismus - haben zu einer weitgehenden politi-

schen Abstinenz der Arbeiter dieser Länder geführt. Diese Situation drückt sich in der Politik der Sozialdemokratie aus. Der Druck der Arbeiterklasse auf diese Parteien ist gering und vermittelt sich in einer derartigen Situation vor allem,wenn auch nicht nur, über die Gewerkschaften.

Aber schon das massive politische Eintreten der deutschen Arbeiter für die SPD, anläßlich des 'Barzel-Coup' zeigte an, wie rasch sich diese Situation ändern kann. Folgerichtig 'drohte' die SPD 1972, den Wahlkampf 'in die Betriebe' zu tragen. Wer die entscheidenden Unterschiede zwischen der bürgerlichen Sozialdemokratie und den anderen bürgerlichen Parteien negiert, entwaffnet das Proletariat vor dem Reformismus, in dem er die politische Gefahr, die dieser für die Revolution darstellt, verharmlost. Eine solche Position schafft es im Grunde genommen nicht über die Oberflächlichkeit der Betrachtung hinauszugehen.

Eine Radikalisierung der deutschen und österreichischen Arbeiter wird in der Praxis bedeuten, daß sich die Mehrheit dieser Arbeiter politisch stärker und aktiver der Sozialdemokratie zuwenden werden.

Zu glauben, die Sozialdemokratie sei nicht mehr fähig, dieses Eintreten aufzufangen und zu kanalysieren, heißt die gesamte Erfahrung der revolutionären Arbeiterbewegung mit dem Reformismus zu leugnen und verschließt damit den Revolutionären den Zugang zu diesen Arbeitern.

NEU!

Ungarn 1956: Stalinismus oder Sozialismus!

BROSCHÜRE, CA. 1OO SEITEN, PREIS: CA. S 3O.-

PENG-SHU-TSE:

DIE CHINESISCHE REVOLUTION

ERSTER TEIL, BROSCHÜRE, CA. 8O SEITEN, PREIS: CA. S 25.-

BESTELLUNGEN AN: IKL, POSTFACH 1454, 1O1O WIEN

B. Der Stalinismus

1. Die Degeneration der Sowjetunion und der Komintern

Die Oktoberrevolution - der erste Schritt zur proletarischen Revolution in ganz Europa - blieb isoliert. Es gelang der Sozialdemokratie die stattfindenden Kämpfe der Arbeiterklasse zu enthaupten und damit die bürgerliche Ordnung zu retten. Diese Isoliertheit des ersten Arbeiterstaates, der militärische und ökonomische Druck des Imperialismus, die Rückständigkeit Rußlands, das soziale Gewicht der Bauernschaft - die die absolute Mehrheit der Bevölkerung darstellte - die Ermattung der revolutionären Arbeiterklasse im Bürgerkrieg, all diese Faktoren trugen zur Herausbildung einer bürokratischen Schicht auf dem Boden des Arbeiterstaates bei.

Durch die NEP - die durch den rückständigen Charakter der russischen Wirtschaft bedingt war, und einen teilweisen Rückzug auf ökonomischen Gebiet darstellte - wurde diese Schicht ungeheuer verstärkt, der Zwischenhändler und Kulak wurde zum Mittler zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft. Als Reaktion auf die Niederlagen der proletarischen Revolution in einer Reihe von Ländern - insbesondere Deutschland und Bulgarien 1923, und der Situation in der Sowjetunion - wurde von Teilen der Führung der bolschewistischen Partei, die alte sozialdemokratische 'Theorie' vom 'Sozialismus in einem Land' wieder aufgenommen und auf die sowjetische Wirklichkeit angewandt.

Diese 'Theorie' stellt in Wirklichkeit die Absage an die proletarische Weltrevolution dar - die politische Reaktion einer konservativen Schicht innerhalb der bolschewistischen Partei auf das Ausbleiben der sozialistischen Revolution in Europa. Das Eindringen von hunderttausenden rückständigen Arbeitern und Bauern und gewöhnlichen bürgerlichen Karrieristen in die Partei (u. a. durch das sogenannte Lenin-Aufgebot), stärkte diese Kräfte und machte sie schließlich zu Sprechern sozialer Schichten, die dem proletarischen Programm feindlich gegenüberstanden.

"Nationalistische Borniertheit und endgültiger Verzicht auf konsequent revolutionäre Politik kennzeichnen sowohl das Verhältnis der Bürokratie zur Komintern als auch die stalinistische Außenpolitik: ihre zick-zack Politik zwischen Kapitulation und verzweifelten (ultralinken) Abenteuern desorientierten das Proletariat und führte es in schwere Niederlagen: ..." (Grundsatzerklärung von Spartacus-BL, abgedruckt in E&P Nr. 1, S. 35)

Auf der Basis des bolschewistischen Programms formierte sich bereits 1923 die Linke Opposition um die Person Trotzkis. Ihr Kampf richtete sich sowohl gegen die Deformationen des proletarischen Regimes im Inneren der Sowjetunion, als auch gegen deren Übertragung auf die Komintern. Unzertrennbar damit verbunden war der Kampf für den wirtschaftlichen Fünf-Jahres-Plan, der dem Anwachsen der NEP-Elemente einen Riegel vorschieben sollte. Gestützt auf Sinowjew/Kamenjew - deren Autorität innerhalb der Partei und der Komintern ausnützend - und ab 1926 auf die rechte Parteigruppierung um Bucharin/Rykow/Tomski, verstand es die Gruppierung um Stalin die Fäden zu ziehen und ihr Parteiregiment auszubauen. Entscheidende Niederlagen des Proletariats trugen zur Festigung der Bürokratie bei, deren Folge eine Schwächung und fortschreitende Isolierung der Linken Oppostion war.

Zum Einen die Niederlage des chinesischen Proletariats in den Jahren 1926/27, wo die Arbeiterklasse dem politischen Regiment der Bourgeoisie unterstellt wurde und klar sichtbar war, da die Parteiführung die menschewistische 'Theorie' der Etappen wiederaufnahm, zum Anderen die Niederlage des englischen Proletariats 1926. In Gestalt des 'englisch/russischen Komitees' verhalf die Kominternführung der englischen Gewerkschaftsbürokratie - und damit der Bourgeoisie - die im Generalstreik bereits im Schwinden begriffene Kontrolle über die Arbeiter wieder aufzurichten. Obwohl die Linke Oppostition bewiesen hatte, daß die Politik der Komintern-Führung unweigerlich zur Niederlage führen mußte, trugen diese Niederlagen doch zu ihrer Isolierung bei und stärkten die stalinistische Bürokratie mit ihrer 'Theorie' vom 'Sozialismus in einem Land'.

Unterstützung der Kulaken (die ja nichts anderes als Embryos einer 'neuen Bourgeoisie' waren), Isolierung der Sowjetunion - bedingt durch die Politik der Komintern, welche wieder ja nur die nach außen getragene Innenpolitik der Bürokratie war - auf diesen Faktoren gründete sich die Stärke der Bürokratie, einer Schichte von hunderttausenden Priviligierten, für die der 'Sozialismus' mehr und mehr zu einem System wurde 'in dem es sich leben läßt'. Die Linke Opposition kennzeichnete diesen Prozeß als den Sowjetthermidor. Aufbauend auf den furchtbaren Verlusten der russischen Arbeiter während des Bürgerkrieges, der Müdigkeit, der Desillusionierung, die durch jede weitere Niederlage des Weltproletariats noch verstärkt wurde, war dieser Thermidor die reaktionäre Welle auf dem Boden des Arbeiterstaates.

"Die staatliche Unterstützung des Kulaken (1923 - 1928) barg tödliche Gefahr für die sozialistische Zukunft. Dafür gelang es der Bürokratie mit Hilfe des Kleinbürgertums die proletarische Vorhut an Händen und Füßen zu fesseln und die bolschewistische Opposition zu zerschlagen. Der 'Fehler' vom Standpunkt des Sozialismus war Reingewinn vom Standpunkt der Bürokratie. Als der Kulak ihr selbst unmittelbar gefährlich zu werden begann, wandte sie die Waffen gegen ihn." (Trotzki, 'Verratene Revolution', Veritas-Verlag, S. 265)

"Den Sowjetthermidor definierten wir als den Sieg der Bürokratie über die Massen. Wir haben die historischen Bedingungen dieses Sieges aufzudecken versucht. Die revolutionäre Vorhut des Proletariats war teils vom Verwaltungsapparat aufgesogen und langsam demoralisiert worden, teils im Bürgerkrieg umgekommen, teils beiseite geschleudert und zermalmt. Die müden und enttäuschten Massen verhielten sich gleichgültig zu dem was an der Spitze geschah." (ebenda, S.104)

Die Gruppierungen der Linken Opposition - die sich unter den Schlägen der Komintern-Bürokratie international organisiert hatte - verstanden sich in diesen Jahren als Fraktionen der nationalen kommunistischen Parteien. Die kommunistische Internationale, war trotz ihrer fehlerhaften Politik, der anerkannte Führer des revolutionären Proletariats und führte millionen Arbeiter hinter sich. Es wäre eine kapitulantenhafte Abenteurerpolitik gewesen, sich damals freiwillig außerhalb der Komintern zu organisieren. Oberstes Prinzip des Kampfes der Linken Opposition war es vielmehr den Kampf um eine Neuorientierung der Komin-

tern zu führen, der nur verstanden werden konnte in Verbindung mit dem Kampf gegen das bürokratische Regime in der Sowjetunion selbst. Neue Führungen, Ersetzung des Parteiapparates durch der Revolution ergebene Arbeiter hätte eine grundlegende Umorientierung der gesamten kommunistischen Weltbewegung ermöglicht.

Entscheidender Prüfstein für die Politik der Stalin-Bürokratie wurden die Ereignisse in Deutschland.

Durch einen ultra-linken Kurs (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition-Politik, Kennzeichnung der Sozialdemokratie als 'sozialfaschistisch', als Zwillingsbruder des Faschismus) wurde die stärkste kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion laufend politisch geschwächt. Die Politik der KPD sabotierte die Herstellung einer Einheitsfront-Politik des gesamten deutschen Proletariats gegen den Faschismus. Statt davon auszugehen, daß die Sozialdemokratie ein objektives Interesse an der Bekämpfung des Faschismus habe, der sie ebenso bedroht wie die kommunistische Partei, verhärtete man die Spaltung der Arbeiterklasse durch die Anwendung der 'Sozialfaschismus-Theorie'.

Verwirrt und verraten durch die Politik von Sozialdemokratie und Stalinismus war die deutsche Arbeiterklasse nicht fähig den Faschismus niederzuringen. Ohne einen einzigen Schuß abzugeben, wurde sie geschlagen, paralysiert und für eine ganze Epoche zurückgeworfen.

Für die internationale Links Opposition warf diese Niederlage - die in einem Land stattfand, in dem die kommunistische Partei hunderttausende Arbeiter hinter sich führte - entscheidende Fragen auf.

"Tragische Krönung der internationalen Niederlagenpolitik der stalinistischen Fraktion ist ihre Handlungsweise in Deutschland: hätte man sich bewußt zum Ziele gesetzt, die mit Verbrechen besudelte Sozialdemokratie vor dem Zerfall zu retten, das deutsche Proletariat in seiner Gesamtheit zu paralysieren und dem Faschismus den kürzesten Weg zur Macht zu öffnen, man hätte sich keine Taktik ausdenken können, dieunmittelbarerzum Ziel führt. Den General Tschiang-kaischek hat Stalin mit der Freundeshand des Verbündeten in den Sattel gehoben; Hitler hat er den Weg zur Macht erleichtert, indem er die Arbeitsteilung zwischen der sozialdemokratischen und kommunistischen Bürokratie sicherte; sich mit verschiedenen Phrasen deckend, führten und führen beide eine Politik des Zurückweichens, des Marasmus und der Feigheit. Die Resultate liegen offen da. Dem Klassenfeind dienen unter dem Anschein des unversöhnlichen Kampfes gegen ihn - das ist der Fluch, der über dem Zentrismus hängt!" (Trotzki, 'die stalinisierte Komintern' in 'Schriften über Deutschland', S. 474, Hervorhebung im Original)

Vor den Augen des Weltproletariats hatte die KPD ihre fortschrittliche Rolle eingebüßt. Kampflos sich allen Anweisungen aus Moskau beugend hatte sie kapituliert und die deutsche Arbeiterklasse in die furchtbarste aller Niederlagen getrieben. Vor den Kadern der deutschen Links-Opposition stand die Aufgabe der Errichtung einer neuen Partei des Proletariats, die mit der alten brach und an die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse und der Komintern anknüpfte. Die Frage, ob einzelne Sektionen der Komintern zu retten gewesen wären, war untrennbar mit der Niederlage in Deutschland verbunden.

"Hier stellt sich natürlich die Frage: wie verhalten wir uns zu den anderen Sektionen der Kommunistischen Internationale und zur III. Internationale insgesamt? Brechen wir unmittelbar mit ihnen? Meiner Meinung nach wäre es falsch, auf die Frage die starre Antwort zu geben: ja, wir brechen mit ihnen. Die politische Entwicklung vollzieht sich nicht so mechanisch. Der Zusammenbruch der KPD mindert offenbar die Chancen einer Wiederbelebung der Komintern. Aber andererseits kann gerade diese Katastrophe in verschiedenen Sektionen eine gesunde Reaktion hervorrufen. Wir müssen bereit sein, zu helfen. Auch die Frage der UdSSR bleibt ungelöst; hier wäre die Proklamierung der Losung 'zweite Par-

tei' falsch. Wir rufen heute zur Schaffung einer neuen Partei in Deutschland auf, um die Kommunistische Internationale den Händen der stalinistischen Bürokratie zu entreißen. Es handelt sich nicht um die Schaffung der vierten, sondern um die Rettung der dritten Internationale." (Trotzki, 'KPD - oder neue Partei?', Brief an das internationale Sekretariat, 'Schriften über Deutschland', 12. März 1933, S. 482)

Erst als es klar ersichtlich war, daß innerhalb der Komintern keinerlei Kritik an der deutschen Politik aufkam, ja, daß im Gegenteil diese Politik im nachhinein noch gutgeheißen wurde und die Niederlage vertuscht und beschönigt wurde, stand die Linke Opposition vor der Aufgabe, nicht nur die Partei in Deutschland neu aufzubauen, sondern die Gründung der IV. Internationale vorzubereiten.

Der Stalinismus hatte seinen '4. August' erlebt. Was früher als 'bürokratischer Zentrismus' gekennzeichnet wurde, d. h. eine Politik, die unter den Schlägen der Welt-Bourgeoisie und unter dem Druck der Arbeiterklasse schwankte, wurde nun zu einer Politik, die grundsätzlich der Bourgeoisie, der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung dient.

In der Sowjetunion selbst stand die Linke Opposition unter den erbitterten Schlägen der Bürokratie, die Ausweisung Trotzkis, die Verbannung und Ermordung Oppositioneller kündigten die lange Nacht der Reaktion an. Die Bürokratie hatte sich endgültig über das Proletariat erhoben.

"Die Bürokratie hat nicht nur die Linke Opposition besiegt. Sie besiegte die bolschewistische Partei. Sie siegte über das Programm Lenins, der die Hauptgefahr in der Umwandlung der Staatsorgane 'aus Dienern der Gesellschaft in Herren der Gesellschaft' erblickte. Sie siegte über all diese Feinde - die Opposition, die Partei und Lenin - nicht mit Ideen und Argumenten, sondern durch ihr eigenes soziales Schwergewicht. Das bleierne Hinterteil der Bürokratie wog schwerer als der Kopf der Revolution. Das ist des Rätsels Lösung in der Frage des Sowjetthermidors." (Trotzki, 'Verratene Revolution', Veritas-Verlag, S.94)

Vor den Kräften, die sich die Aufgabe des Aufbaues der IV. Internationale stellten, stand die Notwendigkeit eine klare Bilanz zu ziehen, über die Entwicklung der Sowjetunion, den Bankrott der Komintern.

Ohne diese Bilanz war es unmöglich Alternativen zum Stalinismus - sowohl programmatisch, als auch organisatorisch - zu entwickeln. Eine der wesentlichsten Pfeiler dieser Analyse war die Frage des Klassencharakters der Sowjetunion. Hier war es nötig einen klaren Trennstrich zu ziehen, zu jenen, die in der Entartung des proletarischen Staates, eine Rückkehr zum Kapitalismus sahen, oder in der Sowjetunion einen 'klassenlosen Staat' erblicken wollten. Die Niederlage der Opposition, der stalinistische Terror, die Liquidierung der bolschewistischen Kader lösten bei vielen, die sich gegen den Stalinismus formierten, Verwirrung aus. Die Trotzkisten stellten dem entgegen, daß diese Entwicklung den Klassencharakter der Sowjetunion nicht verändert hatte, die Produktionsmittel weiter verstaatlicht, das Außenhandelsmonopol nicht aufgehoben, Grund und Boden weiter nicht in Privathand gegeben wurden.Die Analyse der Bürokratie als einer Schicht und keineswegs einer 'neuen herrschenden Klasse' - einer Schichte, die dem Proletariat gleich einem Geschwür im Nacken sitzt - führten zur Bestimmung der Sowjetunion als einen degenerierten Arbeiterstaat.

"Trotz der wachsenden sozialen Gegensätze im Inneren bleibt die Sowjetunion ein degenerierter Arbeiterstaat auf der Basis der 1917 vom Proletariat erkämpften Oktobererrungenschaften: Staatseigentum an den Produktionsmitteln, Planwirtschaft, Außenhandelsmonopol. Die Bürokratie ist keine neue Klasse, da sie das Mehrprodukt der Gesellschaft nicht wie in kapitalistischer Akkumulation verwenden kann. Sie ist eine parasitäre Kaste, die politische Herrschaft ausübt. Zur ERhaltung ihrer priviligierten Stellung ist sie gezwungen, die Oktobererrungenschaften als Quelle ihrer Macht und ihrer Einkünfte gegenüber dem Imperi-

alismus zu verteidigen. Da die Sowjetunion (SU) unabhängig vom Weltmarkt kein höheres Niveau der Produktivkräfte erreichen kann, ist sie zur Zusammenarbeit mit dem Imperialismus gezwungen, solange sie die internationale proletarische Revolution verrät. Die Bürokratie gefährdet somit ständig die Oktobererrungenschaften UND belastet die Arbeiterklasse mit den Folgen ihrer Wirtschaftspolitik. Sie schwächt somit die einzige Klasse, die imstande wäre, die Oktobererrungenschaften allein wirksam gegen den Imperialismus zu verteidigen, weil das Proletariat sie im Zuge der internationalen Revolution hinwegfegen würde. Über die weitere Entwicklung der Arbeiterstaaten ist das letzte Wort noch nicht gesprochen: entweder gewaltsame Konterrevolution zurück zum Kapitalismus oder politische Revolution des Proletariats zum Sozialismus. Das Schicksal des Sozialismus in den degenerierten Arbeiterstaaten hängt in erster Linie von der Entwicklung der proletarischen Weltrevolution ab." (Grundsatzerklärung von Spartacus-BL, E&P Nr. 2, S. 36)

Diese Bestimmung der Sowjetunion stellt Marxisten vor die Notwendigkeit, den degenerierten Arbeiterstaat gegen jeden Angriff des Imperialismus bedingungslos militärisch zu verteidigen, da er - trotz der Deformation - einen historischen Fortschritt darstellt. Wenn die stalinistische Bürokratie bereit ist, die proletarischen Produktionsbedingungen tatsächlich - mit ihren Mitteln - zu verteidigen, werden die Revolutionäre zwar kein Wort der politischen Kritik an der Bürokratie zurücknehmen oder diese Kritik einstellen und weiterhin ihre völlige politische Unabhängigkeit bewahren, militärisch jedoch die Vorrangigkeit des Kampfes gegen den Imperialismus betonen. Anders stellt sich diese Frage, wenn die stalinistische Bürokratie - aus welchem Grund auch immer - nicht in der Lage ist, die proletarischen Produktionsbedingungen militärisch zu verteidigen. In diesem Falle hätten die Revolutionäre sogar die ausdrückliche Pflicht, auch unmittelbar militärisch für den Sturz der Bürokratie zu kämpfen. Ein militärischer Sieg des Imperialismus, die Umwandlung der Sowjetunion in einen kapitalistischen Staat würde für das Proletariat eine Niederlage bedeuten und die Kampfbedingungen entscheidend erschweren. Die Herrschaft der Bürokratie ist somit Ausdruck der Isolierheit des Arbeiterstaates, Ausdruck des Druckes des Imperialismus auf diesen Arbeiterstaat. So gesehen ist die Bürokratie letztlich nichts anderes als der Agent des Imperialismus auf dem Boden des Arbeiterstaates.

Wenn wir von dem Gesagten ausgehen, muß es klar sein, daß nur die politische Revolution der Arbeiterklasse gegen die Bürokratie den Bestand der Oktobererrungenschaften sichern kann. Politische Revolution deshalb, weil grundsätzliche ökonomische Veränderungen nicht nötig sind. Die sowjetische Stalin-Bürokratie ordnete sich im Verlauf der Festigung ihrer Herrschaft die Komintern völlig unter. Die Partei des Weltproletariats wurde schließlich zu einem Instrument der Durchführung der Außenpolitik der Bürokratie, die in der internationalen Arena auf ein Erreichen und Halten des status quo mit dem Imperialismus ausgerichtet ist.

"Die thermidorianische Bürokratie verriet die Weltrevolution, fühlte sich aber dabei selbst von ihr verraten, und richtete daraufhin ihre Hauptanstrengungen darauf, die Bourgeoisie zu 'neutralisieren'. Dazu mußte sie als gemäßigte, solide, echte Ordnungsstütze erscheinen. Um aber lange und mit Erfolg als etwas zu erscheinen, muß man es wirklich werden. Dafür sorgte die organische Entwicklung der herrschenden Schicht. So kam die Bürokratie, nach und nach vor den Auswirkungen der eigenen Fehler zurückweichend, auf den Gedanken, die Unantastbarkeit der UdSSR durch ihren Anschluß an das System des europäisch-asiatischen status quo zu garantieren. Was kann es in der Tat besseres geben, als einen ewigen Nichtangriffspakt zwischen Sozialismus und Kapitalismus? Die heutige offizielle Formel der Außenpolitik, die nicht nur von der Sowjetdiplomatie, der es erlaubt ist, in der konventionellen Sprache ihres Handwerks zu reden, sondern auch von der Komintern, der es zustände, die Sprache der Revolu-

tion zu führen, breiter propagiert wird, lautet: 'Keinen Fußbreit Boden wollen wir, aber auch keinen Zoll unseres Bodens werden wir abtreten.' Als ob es sich um bloße Zusammenstöße wegen Stücke Bodens handelt und nicht um den weltumfassenden Kampf zweier unversöhnlichen Gesellschaftsordnungen!" (Trotzki, 'Verratene Revolution', Veritas-Verlag, S. 188)

2. Die Volksfrontpolitik — bürokratischer Reflex auf die Niederlage in Deutschland

Obwohl die ultralinke Politik nach dem Sieg des deutschen Faschismus noch aufrechterhalten wurde, setzte sich nach und nach eine Änderung dieser Linie durch.

Unmittelbar nach 1933 war man in der Komintern noch der Meinung, daß der Faschismus die Klassenauseinandersetzungen unweigerlich auf die Spitze treiben und so praktisch zum 'Vorbereiter' der proletarischen Revolution werde, der die Arbeiter zur KPD treibt und die Durchführung der Einheitsfront des Proletariats erst ermöglicht. Der Faschismus wurde nicht als Ausdruck einer tiefen Niederlage der Arbeiterklasse begriffen, sondern als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie.

Auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale (1935) sagte Dimitroff, einer der Volksfronttheoretiker:

"Den Sieg des Faschismus in Deutschland, sagte Genosse Stalin auf dem XVII. Parteitag der kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) darf man nicht nur als ein Zeichen der Schwäche der Arbeiterbewegung und als Ergebnis der Verrätereien an der Arbeiterklasse seitens der Sozialdemokratie betrachten, die den Faschismus den Weg ebnete. Man muß ihn auch als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie betrachten, als Zeichen dafür, daß die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, mit den alten Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu herrschen und in Anbetracht dessen gezwungen ist, in der Innenpolitik zu terroristischen Methoden zu greifen - als Zeichen dafür, daß die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, einen Ausweg aus der jetzigen Lage auf dem Boden einer friedlichen Außenpolitik zu finden, weshalb sie gezwungen ist, zur Politik des Krieges zu greifen."

Die Schuld am Siege des Faschismus wurde letztlich dem Proletariat in die Schuhe geschoben, da es nicht vermochte, die Sozialdemokratie zur Durchführung der Einheitsfront 'zu zwingen'.

Als die Stalinisten ihre Hoffnungen auf eine rasche Radikalisierung der deutschen Arbeiter fallenlassen mußten, weil die Stabilisierung des Faschismus offensichtlich war, durchliefen sie eine schroffe Wendung nach rechts.

Die Volksfronttheorie ist nichts anderes als die Anwendung der menschewistischen Etappentheorie, der bürokratische Reflex auf die Niederlagen der 'dritten Periode'.

Von einer falschen Analyse des Faschismus ausgehend - dieser sei die Diktatur der reaktionärsten, *"am meisten chauvinistischen, am meisten imperialisti-*

schen Elemente des Finanzkapitals" (Dimitroff), wurde der Kampf gegen den Faschismus nicht als Kampf gegen seine Wurzeln verstanden, sondern als Kampf um die bürgerliche Demokratie. In dieser 'Etappe' des Kampfes müsse man demnach das Bündnis mit den 'demokratischen' Teilen der Bourgeoisie suchen.

Daß das Bündnis nur herzustellen war, wenn man alles spezifisch Proletarische aus dem Abkommen strich, verstand sich von selbst. Organisatorischer Ausdruck dieser 'Theorie' war die Volksfront, die von den Stalinisten als eine 'Erweiterung' der Einheitsfront verstanden wurde.

In konsequenter Weiterführung der Politik, die Komintern als außenpolitisches Instrument zu benützen, schuf die Stalin-Bürokratie, die 'Theorie' von den zwei Lagern: eines, das den Krieg suchte und das andere, welches den Frieden wünsche. Zu letzterem gehörten die 'demokratischen' imperialistischen Mächte England und Frankreich. Das proletarische Klasseninteresse, der Klassenkampf war damit den Interessen des 'demokratischen Imperialismus' untergeordnet.

Die Komintern war aus einem Instrument der Weltrevolution zu einem solchen der Verteidigung der bürgerlichen Ordnung geworden. Der Stalinismus warf den letzten Rest der theoretischen Ergebnisse der ersten vier Komintern-Kongresse beiseite. Der Kampf um den Frieden, um demokratische Freiheiten und der Kampf um die Verteidigung der Sowjetunion, wurden getrennt vom Klassenkampf des Proletariats.

"Die Volksfronttheoretiker gehen im wesentlichen über die Anfangsgründe der Arithmetik, nämlich die Addition nicht hinaus: Die Summe von 'Kommunisten', Sozialisten, Anarchisten und Liberalen ist größer als jeder Teil für sich. Das ist ihre ganze Weisheit. Allein, die Arithmetik reicht in diesem Falle nicht aus. Es bedarf zumindest der Mechanik: das Gesetz des Parallelogramms der Kräfte ist auch in der Politik gültig. Die Resultante pflegt bekanntlich umso kürzer zu sein, je stärker die zusammenwirkenden Kräfte auseinanderstreben. Ziehen die politischen Verbündeten nach entgegengesetzten Richtungen, so kann die Resultante gleich null sein. Ein Block verschiedener politischer Gruppen der Arbeiterklasse pflegt zur Lösung gemeinsamer politischer Aufgaben ganz unerläßlich zu sein. Bei gewissen historischen Bedingungen ist ein solcher Block imstande, die unterdrückten kleinbürgerlichen Massen, deren Interessen denen des Proletariats verwandt sind, mitzureißen. Die Gesamtkraft eines derartigen Blocks, kann viel größer sein, als die Kraft jedes seiner Bestandteile. Hingegen ein politisches Bündnis des Proletariats mit der Bourgeoisie, deren Interessen in der heutigen Epoche in den Grundfragen um 180 Grad auseinanderklaffen, ist in der Regel nur imstande, die revolutionäre Kraft des Proletariats zu paralysieren." (Trotzki, 'Spanische Lehren', S. 4)

Die Interessen der Stalin-Bürokratie, die grundsätzlich auf ein Halten des status quo mit dem Imperialismus - und damit gegen die Interessen der Arbeiterklasse - gerichtet sind, bestimmen die stalinistische Volksfrontpolitik. Dies wurde in aller Schärfe im spanischen Bürgerkrieg deutlich, wo der Kampf gegen Franco als 'demokratische Revolution' verstanden wurde, d. h. als bürgerliche Revolution. Obwohl die gesamte Bourgeoisie auf Seiten Francos stand - nur bürgerliche Politiker, die nur sich selbst vertraten (der *'Schatten der Bourgeoisie"* - Trotzki) bildeten mit den Stalinisten, Anarchisten, Sozialdemokraten und der POUM die Volksfront. Dieser *"Schatten der Bourgeoisie"* bekam aber gerade durch den Verrat der Revolution erst ein politisches Gewicht. Er war der sichtbare Ausdruck der 'demokratischen Revolution', des Schutzes des bürgerlichen Privateigentums.

Die Volksfrontpolitik der Stalinisten hat ihre materielle Basis in den konservativen Interessen der stalinistischen Bürokratie. Eine siegreiche proletarische Revolution würde den status quo zwischen Bürokratie und Imperialismus aus dem Gleichgewicht bringen und damit eine Gefahr für das Weiterbestehen der Bürokratie bedeuten.

"Der Stalinismus läßt sich nicht von der Theorie des Marxismus oder überhaupt von irgendeiner Theorie leiten, sondern von den empirischen Interessen der Sowjetbürokratie." (Trotzki, 'Spanische Lehren', S. 3)

Doch die Volksfront ist keineswegs eine 'Erfindung' der Stalinisten. Volksfronten gab es schon bevor die Komintern'theoretiker' diesen Begriff für ihren Verrat konzipierten. Volksfront bedeutet letztlich nichts anderes, als das Bündnis reformistischer Parteien - also bürgerlicher Parteien, die sich auf die Arbeiterklasse stützen - mit offen bürgerlichen Partnern, in einer Situation der schweren Krise des bürgerlichen Staates, wo die Kämpfe der Arbeiterklasse entweder bereits unmittelbar die Machtfrage stellen, oder eine solche Situation unmittelbar bevorsteht.

Das Regierungsbündnis der Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit den Kadetten nach dem Februar 1917 in Rußland, die Regierung der Sozialdemokratie mit dem Zentrum und der Demokratischen Partei nach dem ersten imperialistischen Weltkrieg in Deutschland waren damit ebenso Volksfronten, auch wenn die Reformisten damals diesen Begriff noch nicht verwendeten.

Der Übergang der Stalinisten auf den Boden der bürgerlichen Ordnung, 'bereicherte' - wenn man so will - lediglich die Volksfrontpolitik des Reformismus, nicht zuletzt deshalb, weil er dem Kind einen neuen Namen gab, sondern weil nun im Namen der Oktoberrevolution und ihrer Errungenschaften jetzt jene Politik betrieben wurde, die vorher der Sozialdemokratie vorbehalten war.

Unabhängig davon, ob sie über einen Masseneinfluß verfügen können, erhalten die stalinistischen Parteien in der Volksfront durch ihre Verbindung zu der Sowjetunion eine große Bedeutung, bei der Durchführung dieser Verratspolitik.

Die Sozialdemokratie - durch ihren Verrat über und über besudelt - erhielt durch den Stalinismus einen linken Flankenschutz, der über sie den schützenden Mantel der Autorität der Oktoberrevolution breitete.

Die Volksfrontpolitik der Stalinisten geht auch von dem Interesse der Stalin-Bürokratie aus, dem imperialistischen Druck durch außenpolitische Manöver auszuweichen, gleichzeitig aber die proletarische Revolution zu verhindern. Dieses Interesse hat konsequenterweise ein zeitweiliges Bündnis mit Bourgeoisien zur Folge.

Grundsätzlich ist es dabei unwesentlich, ob die Bourgeoisie in diesem Bündnis durch eine starke Partei vertreten ist, oder bloß durch ihren *"Schatten"*. Der bürgerliche Partner stellt die *"... Verkörperung des Prinzips der 'demokratischen Revolution', d. h. der Unantastbarkeit des Privateigentums ..."* dar. Waren es in der französischen Volksfront die 'Radikalen Sozialisten', also eine starke bürgerliche Partei, die der Garant des Privateigentums waren, so übernehmen in Spanien die Reformisten diese Funktion. Der *"Schatten"* der Bourgeoisie konnte seine Rolle erst durch seine reformistischen und anarchistischen Verbündeten gewinnen.

Die Funktion der Volksfront besteht darin, in einer Situation des aufsteigenden Klassenkampfes, in der durch den Kampf des Proletariats die Machtfrage gestellt ist, diesem Kampf die revolutionäre Spitze zubrechen, d. h. letztlich das Proletariat der Konterrevolution auszuliefern.

Damit ist aber nicht jede Koalition einer reformistischen Partei mit einer offen bürgerlichen Partei eine Volksfront. Desgleichen wäre es für jede Volksfrontbestimmung sinnlos zu meinen, eine reformistische Partei könne alleine die Funktion der Volksfront erfüllen. Der offen bürgerliche Teil der Volksfront und ihr reformistischer Teil benötigen und bedingen einander.

"Azanas und Companys brauchten Stalin als Deckung gegenüber den Arbeitern: er selbst, Stalin, ist natürlich für den Sozialismus, aber man darf doch die re-

publikanische Bourgeoisie nicht abstoßen! Für Azanas und Companys war Stalin notwendig als ein erfahrener Henker mit der Autorität eines Revolutionärs, ohne dies hätte dies verschwindende Häuflein niemals vermocht, noch gewagt, die Arbeiter anzugreifen." (Trotzki, 'Spanische Lehren', S. 6)

Sicher, das Programm der Reformisten ist letztlich immer bürgerlich, aber die gesamte Volksfrontpolitik hebt sich eben erst dadurch von der 'normalen' Klassenkollaboration des Reformismus ab, weil sie der Arbeiterklasse die Verteidigung des bürgerlichen Staates, in einer vorrevolutionären Situation aufzwingt. Die Volksfront ist damit keineswegs ein 'reformistischer Weg zum Sozialismus', im Gegenteil, sie führt das Proletariat geradewegs zur Schlachtbank der Reaktion!

Gerade die Volksfront stellt den klarsten und deutlichsten Verfall der Stalinisten dar. Der Bolschewismus und die Oktoberrevolution werden eingesetzt um die bürgerliche Ordnung zu retten. Das ist der konsequente Ausdruck der 'Theorie' vom 'Sozialismus in einem Lande'.

Doch auch die Volksfront wird schließlich Opfer der Konterrevolution. Eben weil die reformistischen Parteien auch in der Volksfront dem organisierten Druck des Proletariats ausgesetzt sind, stellen sie eine potentielle Gefahr für die Bourgeoisie dar. Der Reformismus ist nicht deswegen bürgerliche Politik, weil er in jeder Situation personell mit der Bourgeoisie verbunden ist, sondern weil er auch in einer Situation, in der die Bourgeoisie den Bürgerkrieg vorbereitet, de facto bürgerliche Politik betreibt und damit die siegreiche Konterrevolution vorbereitet. Dies ist der wesentliche Grundzug reformistischer Politik in der imperialistischen Epoche.

Insbesondere die stalinistische Form der Klassenkollaboration ist im wesentlichen geprägt durch die Volksfrontpolitik. War es gegen den Faschismus das Bündnis mit der 'Demokratie', nach dem Ende des zweiten imperialistischen Weltkrieges der Kampf für eine 'neue Demokratie', so ist heute die 'antimonopolistische Demokratie' der konkrete Ausdruck der Volksfrontpolitik. In der Praxis bedeutet jede dieser Formeln, den Verzicht auf den eigenständigen Kampf der Arbeiter und die Auslieferung des proletarischen Klasseninteresses an die Bourgeoisie.

"Unter dem Banner der Oktoberrevolution verurteilt die versöhnlerische 'Volksfront-Politik die Arbeiterklasse zur Ohnmacht und kehrt dem Faschismus den Weg. Die 'Volksfronten' auf der einen, den Faschismus auf der anderen Seite, dies sind die letzten Reserven des Imperialismus im Kampf gegen die proletarische Revolution." (Trotzki, 'Übergangsprogramm')

3. Die deformierten Arbeiterstaaten

"Das politische Hauptkriterium für uns ist nicht die Umwandlung der Eigentumsverhältnisse in diesem oder jenem Gebiet, wie wichtig sie an sich auch sein mögen, sondern vielmehr die Veränderung im Bewußtsein und in der Organisation des Weltproletariats, das Wachsen seiner Fähigkeit, frühere Errungenschaften zu verteidigen und neue zu erreichen. Nur von diesem Standpunkt aus, und das ist der einzig entscheidende, bleibt die Politik Moskaus, als Ganzes genommen, völlig reaktionär und ist weiterhin das Haupthindernis auf dem Weg zur Weltrevolution." (Trotzki, 'Verteidigung des Marxismus')

Der militärische Sieg der Roten Armee, bzw. die Besetzung von mehreren osteuropäischen Staaten kamen einer Machtausdehnung der Stalin-Bürokratie gleich.

In den Schriften gegen die Vertreter einer Politik, die in der Herrschaft des Stalinismus in der Sowjetunion ein 'staatskapitalistisches Regime' sahen, hatte Trotzki anläßlich der Besetzung Ostpolens durch die Rote Armee methodisch bereits klar aufgezeigt, daß die Sowjetbürokratie nicht auf dem Boden des kapitalistischen Staates bestehen kann, sie also gezwungen sei, die Eigentumsverhältnisse dieser besetzten Gebiete denen der Sowjetunion anzugleichen. Mit der Besetzung, der an sie angrenzenden osteuropäischen Staaten war die Sowjetbürokratie also gezwungen - wollte sie die Macht behalten - die Bourgeoisie politisch und schließlich auch ökonomisch zu expropriieren; nicht weil sie weder beabsichtigt noch dazu imstande ist, die Macht und die Privilegien mit den alten herrschenden Klassen in den besetzten Gebieten zu teilen.

Der Staatsapparat war ohnedies entweder durch den deutschen Faschismus infolge des Krieges zerstört worden. Die Besetzung durch die Rote Armee, die die Funktion des Staatsapparates ausübte, die schließlich einsetzende Enteignung der Grundbesitzer und Unternehmer kam einer Veränderung des Klassencharakters dieser Länder gleich. Sie wurden zu deformierten Arbeiterstaaten.

Waren diese Maßnahmen historisch gesehen ein Fortschritt - ein Teil Europas wurde dem direkten Einfluß des Kapitalismus entzogen, so wäre es dennoch falsch an der marxistischen Einschätzung des Stalinismus, als einer durch und durch konterrevolutionären Kraft etwas zu ändern.

Durch den Einmarsch der Roten Armee und die Aufrichtung eines stalinistischen Regimes wurde jeder unabhängigen Bewegung der Arbeiterklasse, jeder Keimform der Arbeiterdemokratie die Spitze gebrochen. Dies mußte - und das ist entscheidend - zur Verwirrung und Desorientierung des Weltproletariats beitragen.

Wenn der Stalinismus gezwungen war, die Bourgeoisie politisch und ökonomisch zu enteignen, so war er ebenso gezwungen, das Proletariat niederzuhalten.

Der historische Fortschritt besteht darin, daß die Produktionsverhältnisse dieser Länder auf eine ökonomisch höhere Stufe gehoben wurden. Allein aus diesem Grund ist es auch die Pflicht jedes Revolutionärs diese deformierten Arbeiterstaaten im Falle eines Krieges mit dem Imperialismus bedingungslos zu verteidigen.

Die Errichtung eines stalinistischen Regimes stellt ein Hindernis,und keineswegs eine Begünstigung, für den Kampf der Arbeiterklasse dar. Der Stalinismus

besudelt das revolutionäre Programm und verstärkt damit die 'demokratischen Illusionen' in großen Teilen der Arbeiterklasse. Die proletarischen Aufstände in den deformierten Arbeiterstaaten - DDR 1953, Ungarn und Polen 1956, Polen 1971, sowie die Entwicklung 1968 in der CSSR - zeigen klar an, daß die stalinistische Bürokratie auch hier als Agent des Imperialismus, als Todfeind der proletarischen Revolution handelt.

Wenn wir vom 'Doppelcharakter' des Stalinismus sprechen, meinen wir damit nicht eine reaktionäre und eine fortschrittliche Seite der Medaille.

Die Kennzeichnung 'Doppelcharakter' meint nicht eine irgendwie zentristische Politik des Stalinismus, sondern soll die bonapartistische Stellung der stalinistischen Bürokratie kennzeichnen. Diese Kaste geht einerseits ein politisches Bündnis mit dem Imperialismus ein, findet ihre soziale Stütze jedoch in den proletarischen Produktionsverhältnissen. Durch diese Politik der 'Sozialpartnerschaft' - d. h. der Klassenkollaboration - im Weltmaßstab, gefährdet die Bürokratie die proletarischen Produktionsverhältnisse und damit ihre eigene Herrschaft. Der 'Doppelcharakter' der Bürokratie verweist somit auf den Widerspruch, zwischen ihrer sozialen Stütze einerseits und der bürgerlichen Politik andererseits. Ein Widerspruch aus dem übrigens die historische Perspektivlosigkeit der Bürokratie und die Notwendigkeit der politischen Revolution folgt.

Denn jede eigenständige Bewegung der Arbeiterklasse ist eine potentielle Gefahr für die Herrschaft der Bürokratie und muß von ihr unterdrückt werden.

Die herrschende Bürokratie stellt ein Hindernis für die proletarische Revolution dar, die in diesen Staaten - ebenso wie in der Sowjetunion - die Form der politischen Revolution annimmt. Die Kämpfe der Arbeiter in der Sowjetunion und in den anderen Arbeiterstaaten sind unzertrennbarer Teil der proletarischen Weltrevolution.

In einer Reihe anderer Staaten (Jugoslawien, China, Kuba, Vietnam) wurde der Klassencharakter nicht durch den Einmarsch der Roten Armee verändert, sondern durch Revolutionen, die, getragen vor allem von kleinbürgerlichen Schichten, von stalinistischen Parteien oder kleinbürgerlich-nationalistischen Bewegungen geführt wurden.

Unter extremen Bedingungen sind solche Bewegungen durchaus in der Lage deformierte Arbeiterstaaten zu errichten. Die außerordentliche Schwäche der 'einheimischen' Bourgeoisie und ihres Herrschaftsapparates, das Fehlen oder die Schwäche einer revolutionären Partei kann es einer solchen kleinbürgerlichen Bewegung ermöglichen, den alten Staatsapparat zu zertrümmern und die eigene Staatsmacht zu errichten. In der Interessenkollision mit dem internationalen Kapitalismus, kann eine solche Bewegung dann unter dem Druck des Imperialismus gezwungen sein, um ihrer Selbstbehauptung willen, über ihr kleinbürgerliches Programm hinauszugehen und die ökonomischen Grundlagen eines Arbeiterstaates zu legen. Die Beibehaltung und Sicherung ihrer Herrschaft und neu errungenen Privilegien erfordert aber gleichzeitig, sich nicht die Herrschaft durch 'ihre eigene' Arbeiterklasse streitig machen zu lassen. Jede unabhängige Bewegung der Arbeiterklasse muß unterbunden werden, das Proletariat ist und bleibt politisch entmachtet. Ein deformierter Arbeiterstaat ist entstanden. Notwendig ist die politische Revolution der Arbeiterklasse, um diese neu entstandene Bürokratie zu stürzen und die Rätediktatur der Arbeiterklasse zu errichten. Erst dann ist die Gewähr für eine Weiterentwicklung dieses Arbeiterstaates in Richtung Sozialismus und die Gewähr für ein Vorantreiben der internationalen Revolution durch diesen Arbeiterstaat gegeben. Wir kämpfen nicht für die Errichtung eines deformierten Arbeiterstaates, sondern für die revolutionäre Diktatur des Proletariats, auf der Grundlage unseres Programms der permanenten Revolution.

Dies ist keineswegs allein ein objektiver Prozeß, der sich gegen sämtliche subjektiven Hindernisse durchsetzt, so wie es uns die Zentristen einreden wollen. Grundvoraussetzung für den Sieg dieses Programms ist die proletarische Partei, die dem objektiven Prozeß - der sich im Drang der unterdrückten Massen den Kapitalismus zu überwinden ausdrückt - erst zum Durchbruch verhelfen kann.

MOSKAUER PROZESSE..... SEITE 8

permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV. INTERNATIONALE

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IV.K)

China nach Maos Tod:

Seltsames und Ungeheuerliches

„Permanente Revolution", Zentralorgan der „Internationalen Kommunistischen Liga" (Österreich).
Erscheint monatlich. Einzelpreis: öS 7.00 (1 DM)
Abonnement (10 Nummer): öS 80.00 (15.00 DM)
Bestellungen an IKL, Postfach 1454, A – 1010 Wien , Österreich.

workers' ACTION

No.33 October 22nd–28th 1976 10p

TRICD VICTORY

Transkei & Apartheid

Revolutionary challenge?

ZIMBABWE: The people should decide – not Geneva

THE CRISIS FIGHTING BACK

„Worker's' Action',

Erscheint wöchentlich. Einzelpreis: 10 p (0.50 DM)
Bestellungen an (auch für Abonnements): Worker's Action, 49 Carnac St., London SE 27, Großbritannien

La Classe

Rovesciamo Andreotti con un piano di lotte operaie!

Il saluto del compagno A. Leonetti

„La classe', Zentralorgan der „Lega Communista' (Italien)
erscheint monatlich. Einzelpreis: 200 Lire (0.60 DM)
Bestellungen an: Lega Communista, A.M. CP 30093, Roma, Italien

8 Seiten Portugal/Spanien-Teil

sparfacus

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Streik umsonst?

Ein Abonnement (10 Ausgaben inkl. Sondernummern und Porto kostet 15 DM, ein Luftpost-Abonnement (Ausland) 25 DM, Förderabonnements kosten 30 DM und mehr. Alle Überweisungen auf das Konto: Ergebnisse & Perspektiven Verlags- und Vertriebs-GmbH Postscheckamt Essen, Kto-Nr. 377 31-437.
Die Adresse bitte deutlich auf den Überweisungsabschnitt schreiben; eine gesonderte Bestellung ist dann nicht mehr nötig.

Arbeiterregierung und Einheitsfront

"Die Losung der Arbeiterregierung ist sowenig dasselbe wie die proletarische Diktatur, sowenig etwa die Losung der Produktionskontrolle dasselbe ist, wie die des Sozialismus."
('Die Internationale', 15. Dezember 1922)

"Die Losung der 'Arbeiter- und Bauernregierung' wird von uns einzig und allein in dem Sinne gebraucht, den sie 1917 im Munde der Bolschewiki hatte, d.h. als eine antibürgerliche Losung, aber auf keinen Fall im 'demokratischen' Sinn, den ihr später die Epigonen unterlegten. Damit haben sie die Losung, die eine Brücke zur sozialistischen Revolution darstellt, zur Hauptbarriere auf diesem Weg gemacht."
(Trotzki, Übergangsprogramm)

Nach dem Rückgang der revolutionären Nachkriegswelle, den Niederlagen in Deutschland, Polen und Ungarn, trat die kommunistische Weltbewegung in eine Diskussion taktischer und programmatischer Fragen, wobei die Einheitsfrontpolitik und ihr zugeordnet die Losung der 'Arbeiterregierung', sowie die Bedeutung der Übergangsforderungen im Mittelpunkt dieser Diskussion standen.

Die revolutionären Parteien erwiesen sich - außer in Rußland - als zu schwach, das ungestüm nach vorwärts drängende Proletariat in der Tat zur Macht zu führen. Der Reformismus - in Gestalt der Sozialdemokratie - konnte seine politische Existenz und damit die des bürgerlichen Staates sichern. Mit dem Abklingen dieser Welle waren die Arbeiter nicht - um mit Trotzki zu sprechen - 'weniger revolutionär' geworden, sondern 'vorsichtiger' geworden. Das Vertrauen von Millionen Arbeitern in den Reformismus drückte damals wie heute nicht die Weigerung dieser Arbeiter aus, für reale Verbesserungen zu kämpfen, sondern vielmehr ihre Illusion, diese Verbesserungen im Rahmen der 'Demokratie' ebenfalls erreichen zu können.

Der Weg des Bürgerkrieges erscheint als zu gefährlich und unsicher.

Für die Kommunisten ergab sich die Notwendigkeit - ohne opportunistisch dem Druck nachzugeben - dieses Bewußtsein in ihrer Taktik zu berücksichtigen, Wege zu den Massen zu finden, die es ermöglichen, in der Praxis zu zeigen, daß nur die Kommunistische Partei den Ausweg darstellt. Der bürgerlichen Demokratie dabei bloß die Diktatur des Proletariats entgegenzustellen, war und ist dabei ebenso ungenügend und falsch, wie allein den Verrat des Reformismus propagandistisch aufzuzeigen. Beides war und ist auch heute fester Bestandteil revolutionärer Politik, doch erfordert die Taktik der Kommunisten mehr als die Wiederholung 'ewiger Wahrheiten'.

Wenn es den Revolutionären nicht gelingt, den Massen (oder Teilen von ihnen) Erfahrungen zu ermöglichen, werden sie stets Propagandagesellschaft (im negativen Sinne des Wortes) bleiben.

Die Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung sind dem 'System der Übergangsforderungen', welches in der imperialistischen Epoche des Kapitalismus die einzige wirkliche Alternative für die Arbeiterklasse darstellt, auf das Engste zugeordnet. Jedoch taktische Methoden sind nicht universell, ihre Anwendung ist stets an das Vorhandensein bestimmter Situationen des Klassenkampfes gebunden.

Die Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung über eine solche Situation hinauszuziehen, die Veränderung im Kräfteverhältnis der Klassen nicht zu berücksichtigen, kann die Partei, die diesen Fehler begeht, objektiv zum Handlanger der Reaktion machen. Die unmittelbar vergangenen Ereignisse in Portugal - auf die wir noch zu sprechen kommen - beweisen dies mit aller notwendigen Deutlichkeit.

Das strategische Ziel der Kommunisten bleibt in jedem Fall die größtmögliche Einheit der Arbeiterklasse und deren Machtübernahme durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Jedoch, um in ein Zimmer zu gelangen, muß man in den meisten Fällen ein Vorzimmer durchqueren. In den seltensten Fällen wird man durch die Wand eindringen können, es sei denn man besitzt die Kräfte um diese niederzuwerfen.

Wenn wir heute über diese taktischen Probleme diskutieren, so tun wir dies in dem Bewußtsein, daß revolutionäre Politik (vor allem in Österreich und Deutschland) heute nicht bedeutet, Massen von Arbeitern in den Kämpfen zu führen. Daraus kann aber nicht der Schluß gezogen werden, daß die revolutionäre Propagandagruppe (besser gesagt, der Kaderkern, der für die Errichtung einer solchen kämpft) auf die Anwendung taktischer Methoden verzichten muß. Die Durchsetzung einer derartigen Methode würde zur Folge haben, daß der Kaderkern auf dem Niveau der ersten Etappe des Parteiaufbaues bleibt und letztlich im Sektierertum erstarrt.

Unsere Pflicht ist es, genau zu bestimmen, welche Taktiken unter welchen Bedingungen zur Anwendung kommen müssen. Wenn wir heute die Frage der Arbeiterregierung diskutieren und dabei auf die Diskussion auf dem IV. Weltkongreß der III. Internationale und die Auseinandersetzungen in der KPD zurückgreifen, so müssen wir dabei die Tatsache im Auge behalten, daß bei dem damaligen Stand des Parteiaufbaues die direkte Teilnahme einiger kommunistischer Parteien an einer Arbeiterregierung (bzw. Arbeiter- und Bauernregierung) sowie die reale Möglichkeit (aufgrund des Masseneinflusses dieser Parteien) des Zustandekommens der proletarischen Einheitsfront auf der Tagesordnung standen. Wenn die Taktik der Einheitsfront unter der Losung 'Klasse gegen Klasse' steht, dann wird klar, daß wir heute nicht die aktiven Träger der Einheitsfront der Arbeiterklasse sein können. Daraus folgt jedoch keineswegs, daß die Ergebnisse der Diskussion in den Sektionen der KI heute für uns bedeutungslos geworden sind.

War jedoch die Spaltung der Arbeiterklasse in einen reformistischen und einen revolutionären Teil (durch Sozialdemokratie und Kommunistische Partei verkörpert) für die Genossen der KI gegeben, so ist seit der Degeneration dieser Internationale und dem schließlichen Übergang des Stalinismus ins reformistische Lager, die Arbeiterklasse in vielen Ländern in zwei reformistische Lager gespalten, deren Politik sich zwar qualitativ nicht unterscheidet, die aber dennoch - bedingt durch die Verschiedenheit ihrer Entstehung und ihrer Gebundenheit - oft auf verschiedenen Seiten der Barrikaden stehen, ohne daß eine der beiden Seiten die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse verkörpert. Zudem kommt noch die - durch die Zerstörung der IV. Internationale im 2. Weltkrieg dramatisch demonstrierte - Führungskrise des Proletariats, die bis heute noch nicht gelöst ist.

Das alles zeigt, daß wir beim Herangehen an die Diskussion taktischer Probleme - wie die Einheitsfront und der Arbeiterregierung - nicht nur den Stand und die Perspektive der Klassenkämpfe berücksichtigen müssen, sondern ebenso die Etappe des Parteiaufbaues, in der wir uns befinden.

ALLE MACHT DEN SOWJETS!

Nach dem April 1917 standen die Bolschewiki vor der Tatsache, daß die Organe der Doppelherrschaft - die Sowjets - unter der Führung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, also unter der Führung des Reformismus, standen, während sie selbst eine Minderheit in den Sowjets darstellten. Die Massen der in den Sowjets organisierten Arbeiter und Bauern drängten zur Macht, wenngleich fehlende Erfahrung es ihnen verunmöglichte, den politischen Charakter der Parteien, die sie wählten, zu begreifen. Die bloße Propagierung der Verräterein der Reformisten hätte den Übergang zur revolutionären Partei niemals möglich gemacht. Allein, die Bolschewiki wiesen diesen Millionen Arbeitern und Bauern mit der Losung 'Alle Macht den Sowjets' die Perspektive der Machtergreifung, die aufgrund besonderer Umstände eine gewisse Zeit lang durchaus friedlich verlaufen hätte können.

In seinen 'Briefe(n) aus der Ferne' charakterisiert Lenin die Sowjets folgendermaßen:

"Neben dieser Regierung (der ersten provisorischen Regierung, d.Verf.)- *die im Grunde genommen vom Standpunkt des gegenwärtigen Krieges nichts anderes ist als ein Kommis der Milliarden'firmen' 'England und Frankreich' - ist die Hauptregierung entstanden, eine inoffizielle, noch unentwickelte und verhältnismäßig schwache Arbeiterregierung, die die Interessen des Proletariats und des ganzen ärmeren Teils der Stadt- und Landbevölkerung zum Ausdruck bringt. Das ist der Sowjet der Arbeiterdeputierten in Petrograd, der Verbindung mit den Soldaten und Bauern und - natürlich besonders, in erster Linie und mehr als mit den Bauern - mit den Landarbeitern sucht."*

Die Sowjets waren also nichts anderes als die 'Keimzellen einer neuen Staatsmacht' - nämlich der des Proletariats, aber noch auf dem Boden des - sich zersetzenden - bürgerlichen Staates. Geführt wurden sie aber von den Reformisten. Neben den Besonderheiten der russischen Revolution sehen wir hier die ganze Kompliziertheit der sprunghaften Entwicklung des proletarischen Bewußtseins in der imperialistischen Epoche, die es den revolutionären Parteien gerade erst ermöglicht hat, diese taktischen Methoden erfolgreich anzuwenden.

Formal wählten die Arbeiter und Bauern zwar noch reformistisch, jedoch durch ihre tägliche Aktion schritten sie bereits über die Grenzen des bürgerlichen Staates und damit über die des Reformismus hinaus. Die Übernahme der Macht durch die Sowjets hätte die Errichtung der proletarischen Diktatur außerordentlich beschleunigt, ohne durch diese Machtübernahme schon selbst die Diktatur darzustellen.

Bedeutet also die Losung 'Alle Macht den Sowjets' einfach eine Koalitionsregierung von Menschewiki und Sozialrevolutionären? Keineswegs.

"Jedoch wird die Losung 'Die Macht den Sowjets' sehr oft, wenn nicht in den meisten Fällen, ganz falsch aufgefaßt, und zwar in dem Sinne einer Regierung aus den Parteien der Sowjetmehrheit, und auf diese von Grund auf irrige Auffassung wollen wir ausführlicher eingehen. Eine 'Regierung aus den Parteien der Sowjetmehrheit' bedeutet, daß ein Personenwechsel in der Regierung stattfindet, der ganze alte Apparat der Regierungsmacht aber unangetastet beibe-

halten wird, ein Apparat der durch und durch bürokratisch, durch und durch undemokratisch und unfähig ist, ernsthafte Reformen durchzuführen, Reformen, die sogar in den Programmen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki enthalten sind. 'Die Macht den Sowjets', das bedeutet die radikale Umgestaltung des ganzen alten Staatsapparates, dieses Bürokratenapparates, der alles Demokratische hemmt, das bedeutet, diesen Apparat zu beseitigen und durch einen neuen, einen Apparat des Volkes zu ersetzen, d.h. durch einen wahrhaft demokratischen Apparat der Sowjets, d.h. der organisierten und bewaffneten Mehrheit des Volkes ..."
(Lenin, 'Eine der Kernfragen der Revolution', 27. September 1917)

Wir zitieren Lenin deshalb so ausführlich, weil hier wesentliche Fragen aufgeworfen werden, die auch später im Mittelpunkt der Diskussion um die Arbeiterregierung standen. Zum ersten wird hier klar, daß diese nicht bloß die Ersetzung der einen (bürgerlichen) Regierung, durch eine andere (reformistische oder revolutionäre/reformistische) ist, sondern auf der bewaffneten Macht der Arbeiter und Soldaten beruht. Zum anderen setzt Lenin an den Reformen an, die in den Programmen der Reformisten enthalten sind, Reformen, für die die Massen kämpfen und die nur gegen die Bourgeoisie durchzusetzen sind. Den reformistischen Programmen wird also nicht nur einfach das revolutionäre - nach dem Motto: Hier knie nieder - entgegengesetzt, sondern, die in ihnen enthaltenen Reformen werden zum Ausgangspunkt genommen. Wenn wir auch alle Besonderheiten der russischen Revolution berücksichtigen müssen, dann haben wir dennoch den Grundzug revolutionärer Taktik in der imperialistischen Epoche vor uns.

In seiner Schrift 'Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll', legt Lenin ein Programm einer 'Arbeiter- und Bauernregierung' vor. Ausgehend von den dringendsten Bedürfnissen der Massen entlarvt er die Klassenkollaboration der Reformisten. Wenn Lenin die Verwirklichung dieses Programms (der 'revolutionären Demokratie') einen "Schritt zum Sozialismus" nennt, dann meint er damit keineswegs - wie die Stalinisten behaupten - eine eigene 'Zwischenetappe', sondern den Übergang zur Diktatur des Proletariats. Hier wird aber auch deutlich, wie sinnlos und schematisch es ist, der Losung der Arbeiterregierung die Diktatur des Proletariats gegenüberzustellen.

Die Weigerung der Reformisten, die Macht zu übernehmen, ändert nicht das geringste am erzieherischen Wert der Losung.
"Trotzdem hatte die an die Menschewiki und Sozialrevolutionäre gerichtete Forderung der Bolschewiki: 'Brecht mit der Bourgeoisie, nehmt die Macht in eure eigenen Hände' einen unschätzbar erzieherischen Wert für die Massen. Die hartnäckige Weigerung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die Macht zu ergreifen, die in den Juli-Tagen auf so tragische Weise offenbar wurde, verurteilte sie endgültig in der Meinung des Volkes und bereitete den Sieg der Bolschewiki vor."
(Trotzki, Übergangsprogramm)

ÜBERGANGSPROGRAMM, EINHEITSFRONT UND ARBEITERREGIERUNG

"Die Bereitschaft der Kommunistischen Partei, mit den Sozialdemokraten eine Arbeiterregierung zu bilden, hängt nicht von den Versprechungen der reformistischen Führer ab, sondern von der Bewertung der allgemeinen politischen Lage durch die Partei, von der Kampfbereitschaft der Massen, den Perspektiven dieses Kampfes, vom Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat, von der Fähigkeit der eigenen Partei, den Widerstand der reformistischen

Bürokratie zu überwinden und von der Möglichkeit, die Massen in den Kampf für ihre Forderungen zu führen."
(A. Kleine, Der Kampf um die Arbeiterregierung und die opportunistische Gefahr, 'Die Internationale', 1. Feber 1923)

Nach den Niederlagen der Arbeiterklasse in einer Reihe von Ländern und der damit verbundenen relativen ökonomischen und politischen Stabilisierung der Bourgeoisie, wurde im Kampf gegen die 'Offensivtheoretiker', auf dem III. und IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale die 'strategische Wende' zur Einheitsfrontpolitik vollzogen.

Aktuell stand der Kampf um die Macht nicht auf der Tagesordnung, die europäische Arbeiterklasse stand entmutigt und desorientiert einer politischen Offensive der Bourgeoisie gegenüber, die schließlich auch die Sozialdemokratie bedrohte. Die Propaganda und Agitation für die Einheit des sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter - ohne dabei die Gegensätze zu verwischen - stand nun im Mittelpunkt der politischen Arbeit der Kommunisten. Ohne diese Einheit in der praktischen Aktion, in den Betrieben und Wohnbezirken konnte die Offensive der herrschenden Klasse nicht zurückgeschlagen werden.

Die Losung der Arbeiterregierung wies den desorientierten Arbeitern die Perspektive der Machtergreifung. Die Sozialdemokratie - unter dem Druck der Arbeiterklasse - war gezwungen, antikapitalistische Forderungen in ihr Programm aufzunehmen, ohne daß die reformistischen Führer auch nur einen Augenblick daran dachten, für deren Verwirklichung zu kämpfen.

Aber genau hier lag der Ansatzpunkt. Nicht die abstrakte Propagierung der Diktatur des Proletariats war die Aufgabe (wobei diese natürlich immer das Ziel der Kommunisten bleibt und auch nicht verschwiegen wird), sondern die Propaganda für die Klassenunabhängigkeit, für eine Regierung der Arbeiterklasse, die die dringendsten Bedürfnisse des Proletariats zu ihrem Programm macht und praktische Schritte zu deren Lösung setzt und sich dabei auf die Arbeiter selbst stützt.

Der sozialdemokratische Arbeiter glaubte an die 'Demokratie', er hielt die Diktatur des Proletariats für überflüssig, war aber bereit, mit den Kommunisten gegen die Offensive des Kapitals zu kämpfen. Daß seine Führer an bloße parlamentarische Mauschelein, an 'Verhandlungen' mit den Spitzen der Bourgeoisie dachten, wenn sie gegen den 'unmenschlichen Kapitalismus' wetterten, wußte er nicht. Heute wie damals genügt es nicht zu sagen: 'Scheidemann (oder Kreisky, Marchais, Berlinguer usw.) ist ein Verräter'. Natürlich, sie alle sind Verräter; wären sie allein, wären sie nicht einmal einen Gedanken wert. Das 'Dumme' ist bloß, daß Millionen Arbeiter noch immer an sie glauben.

Unabhängig davon, um welche Schwerpunkte der Kampf um die Einheitsfront der Arbeiterklasse geführt wird - gegen Arbeitslosigkeit, Inflation oder drohenden Faschismus -, die Losung der Arbeiterregierung weist den kämpfenden Arbeitern die Perspektive der politischen Macht. Sie ist damit keineswegs eine Losung, die ausschließlich in der Offensive benützt werden kann, ebensowenig wie sie als 'Allheilmittel' mißverstanden werden sollte. Defensive und Offensive schließen einander weder in der Bewegung des Krieges, noch in der des Klassenkampfes aus. Revolutionäre Parteien benötigen taktische Methoden, um die politische Offensive vorzubereiten.

Die Erfahrung der Klassenkämpfe in der imperialistischen Epoche zeigt, daß die Arbeiterklasse - will sie ihre soziale Existenz sichern - (dies gilt natürlich nur für die gesamte Epoche und nicht für jeden einzelnen Abschnitt) mit der bürgerlichen Legalität brechen muß. Sie muß den geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen der bürgerlichen Ökonomie und Politik ihre eigenen entgegenstellen und sie im Kampf durchsetzen. Genau hier sehen wir die engen Berührungspunkte zwischen der Taktik der Einheitsfront, der Arbeiterregierung

und dem 'System der Übergangsforderungen'. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit kann nur erfolgreich geführt werden, wenn er die Wiedereingliederung der Arbeitslosen zum Ziele hat. Aber genau dann durchbricht die Arbeiterklasse die bürgerlichen Gesetze und stellt der bourgeoisen Welt ihre eigene entgegen. Der Kampf gegen den Faschismus kann ohne Bewaffnung der Arbeiter nicht ernsthaft geführt werden, daß Recht der Bourgeoisie, sich ihre eigenen bewaffneten Verbände zu halten, wird durchbrochen. Die Arbeiterklasse muß also, noch auf dem Boden des bürgerlichen Staates, die Keimformen der eigenen bewaffneten Macht organisieren. Für jedes dieser Ziele ist aber die größtmögliche Einheit des Proletariats notwendig, ebenso wie alle diese Kämpfe ohne die Perspektive der Machtergreifung zur Niederlage führen müssen. Diese Perspektive muß aber auch dann in den Mittelpunkt gestellt werden, wenn die Mehrheit der kämpfenden Arbeiter noch an die 'Demokratie' glaubt.

"Wenn es uns gelingt, nicht diese Arbeitermassen sofort zu Kommunisten zu machen, sondern sie nur unter Anknüpfung an ihre eigenen Nöte, durch eine klare Propaganda für die Arbeiterregierung gegen die Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie anfangs mittels Ausnützung des Parlamentarismus und der eigenen Klassenorgane: Gewerkschaften, Betriebsräte oder Arbeiterräte in den Kampf zu bringen, daß sie auf diese Art und Weise, wie sie sich einbilden, auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie, unter den bestehenden Verfassungsverhältnissen, in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes gestellt werden, so wäre das für die Revolution von ungeheurer Bedeutung."
(Brandler, Die gegenwärtigen Aufgaben der Partei, 'Die Internationale', 6. Jänner 1923)

Wenn die Arbeiterklasse also noch auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie beginnt, die proletarische Diktatur zu organisieren - dies kann natürlich nur im Kampf geschehen -, dann stellt die Losung der Arbeiterregierung den eigentlichen Kern des 'Systems der Übergangslosungen' dar.

Aber wie bei jeder Taktik, so bestehen auch bei dieser opportunistische Gefahren. Zum einen ist weder die Taktik der Einheitsfront, noch die der Arbeiterregierung in jeder Situation anwendbar. Natürlich, in ihrer Propaganda werden Revolutionäre in jeder Situation des Klassenkampfes die notwendige Einheit der Arbeiterklasse und die Perspektive ihrer Machtergreifung betonen. Der springende Punkt dabei ist jedoch, wie diese Einheit zustandekommt und wie die Arbeiterklasse an die Macht kommt. Kurz, das Problem besteht darin, in welcher Situation diese Taktik als unmittelbare, aktuelle Kampflosung hervorgehoben wird.

Der deutschen Sozialdemokratie im Jänner 1919 die Einheitsfront vorzuschlagen, wäre das Angebot an die Konterrevolution gewesen, mit ihr zusammenzuarbeiten. Dabei geht es keineswegs um Fragen der Moral. Wir wissen, Sozialdemokratie und Stalinismus werden die Arbeiterklasse in jeder Situation verraten, dieser Verrat nimmt jedoch - eben weil beide dem organisierten Druck der Arbeiter ausgesetzt sind und weil sie schließlich selbst von der bürgerlichen Konterrevolution bedroht werden - unterschiedliche Formen an und diese Unterschiede gilt es zu nützen. Wer nicht begreift, daß zwischen der Noske-Politik und dem Caballero-Flügel der spanischen SP ein gewaltiger Unterschied besteht, der sollte von der politischen Bühne verschwinden. Sicherlich, beide sind Reformisten - Caballero kann sogar in bestimmten Situationen gefährlicher sein als Noske - doch die richtige taktische Ausnützung der konkreten Erscheinung reformistischer Politik entscheidet über nichts weniger als das Schicksal der Arbeiterklasse. Es wäre wenig marxistisch, genaue 'ewige' Bedingungen für die Anwendung taktischer Methoden konstruieren zu wollen. Die erste Frage, die wir uns dabei zu stellen haben, ist die nach den nationalen und internationalen Perspektiven der Klassenkämpfe. Die zweite muß auf die konkrete Politik der Reformisten eingehen, und die dritte schließlich ist die nach der Stärke und Verankerung der eigenen Organisation.

In einer Situation, in der der Reformismus zur Hauptkraft der Konterrevolution geworden ist, wo er aktiv die Zerschlagung der proletarischen Vorhut unternimmt, wäre die Propaganda für die Arbeiterregierung eine solche für die Konterrevolution. Das muß aber nicht unbedingt für beide reformistische Lager gelten.

Eine derartige Situation hatten wir im Sommer 1975 in Portugal, wo die Sozialdemokratie zur Speerspitze der 'demokratischen Konterrevolution' wurde. Ihr Ziel war die Zerschlagung der Arbeitervorhut und die Herstellung einer funktionierenden bürgerlichen Demokratie. Aber auch diese Arbeitervorhut stand zum großen Teil im reformistischen und halbreformistischen Lager (KP und Zentristen), welches zum Angriffsziel der Sozialdemokratie wurde. Hier zu sagen: Beide sind reformistisch und beide vertreten nicht die Klassenunabhängigkeit des Proletariats, wäre der Gipfel der politischen Idiotie. Die Einheit mußte in dieser Situation natürlich auch mit den sozialdemokratischen Arbeitern gesucht werden, aber dies war nicht möglich unter der Losung 'Arbeiterregierung SP-KP'. Es galt vor allem, die Angriffe gegen die Arbeitervorhut und gegen die Basis der KP abzuwehren, ohne dabei die geringste politische Verantwortung für die Politik dieses Lagers zu übernehmen.

Die Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung ist also nicht an bestimmte Parteien gebunden, sie ist kein Ultimatum der Revolutionäre an die Entwicklung des Klassenkampfes. Generell kann man bloß sagen, daß ihre Anwendung an eine Situation gebunden ist, in der der Reformismus (oder ein reformistisches Lager mit Masseneinfluß) ein objektives Interesse hat, gegen die Offensive des Kapitals zu kämpfen. Diese Bestimmung wird aber keine revolutionäre Partei von der Aufgabe befreien, jede Situation konkret analysieren zu müssen.

In welcher Form, unter welchen Losungen die Einheit der Arbeiterklasse zustandekommt, und welche politischen Inhalte der Kampf um die Arbeiterregierung haben wird, läßt sich also nicht im voraus bestimmen.

Verschiedene Faktoren - Krieg, Ausbruch der Revolution in imperialistischen Ländern - können es ermöglichen, daß die Einheit des Proletariats erst unter der alleinigen Führung der revolutionären Massenpartei zustandekommt, daß der Reformismus binnen weniger Tage zur völligen Bedeutungslosigkeit herabsinkt. Die gleichen Faktoren können dazu führen, daß die Arbeiterregierung schlagartig gleichbedeutend mit der Diktatur des Proletariats ist. Revolutionäre Taktik kann niemals über eine bestimmte Situation hinausgezogen werden, will die Partei, die sie anwendet, nicht zum Hemmschuh der Revolution werden.

Eine revolutionäre Partei, die sich auf die Errichtung der Arbeiterregierung als notwendigen Übergang zur Diktatur des Proletariats unbedingt festlegt, wird unweigerlich im Rechtsopportunismus versinken. Nicht geringer gefährlich allerdings ist die Gefahr der 'linken Kinderei', die in Sorge um die 'Reinheit' der Lehre den Zugang zu den Massen versperrt.

"Die Losung der Arbeiterregierung ist eine notwendige orientierende Losung, eine Losung, die der Einheitsfront ein einheitliches Ziel setzt. Der Moment, in dem sich die Arbeiter zum Kampf um die Arbeiterregierung, um die Kontrolle der Produktion zusammenfinden, wird den Beginn unserer Gegenoffensive bedeuten, denn wenn wir nicht nur das, was ist und verschwindet, verteidigen, sondern um neue Positionen kämpfen, beginnt die Offensive."
(Radek, IV. Kongreß der KI)

ARBEITERREGIERUNG ODER DIKTATUR DES PROLETARIATS?

"Wir müssen den Massen klar machen, was eine Arbeiterregierung ist und was sie nicht ist. Sie ist nicht - und ich brauche darüber kein Wort zu sagen - Eintritt von Kommunisten in ein sozialdemokratisches Kabinett; sie ist aber auch nicht Diktatur des Proletariats ..."
(Brandler, Die gegenwärtigen Aufgaben der Partei)

Auf dem IV. Kongreß der KI kam es zu Differenzen, die vor allem zwischen dem Vorsitzenden der Internationale Sinowjew und Mitgliedern der deutschen Sektion ausgetragen wurden.

Sinowjews Position zur Frage der Arbeiterregierung war äußerst widersprüchlich. Völlig korrekt betonte er gegen die rechts-opportunistischen Tendenzen, daß, auch wenn es zur Arbeiterregierung kommen sollte, "der Bürgerkrieg nicht vermieden werden könne". Die Möglichkeiten des falschen Verständnisses der Arbeiterregierung als einer 'fortschrittlichen' parlamentarischen Kombination, durch die man unbedingt hindurchmüsse, um zur Diktatur des Proletariats zu gelangen, wurde also von Sinowjew richtig erkannt. Das widersprüchliche, ja falsche an seiner Position besteht darin, daß er einerseits die Losung der Arbeiterregierung als "Synonym für die Diktatur des Proletariats" verwendet, andererseits aber vier "Arten der Arbeiterregierung" konstruiert. Er raubt in seiner Darstellung dieser 'vier Arten' (wobei er weitere nicht ausschließt) der Losung praktisch jegliche Übergangsdynamik. Die erste Art nennt er 'bürgerliche Arbeiterregierung', worunter er eine Alleinregierung einer liberalen Partei versteht. Eine sozialdemokratische Regierung bezeichnet er als die zweite Art der Arbeiterregierung und eine Koalitionsregierung zwischen Sozialdemokraten, Parteilosen und Gewerkschaftlern ("vielleicht auch Kommunisten") ist seine dritte Art. Unter eigentlicher Arbeiterregierung versteht er dann die Regierung der Diktatur des Proletariats (die vierte Art). Diese 'wirkliche Arbeiterregierung' ist für Sinowjew ein Synonym für die Diktatur des Proletariats.

Die Erfahrung der Klassenkämpfe zeigt, daß es völlig sinnlos und falsch ist, derartige Typen von Arbeiterregierungen zu konstruieren. Die Losung verliert dabei ihre gesamte Kraft und wird zu einer - noch dazu falschen - Typisierung degradiert. Gerade die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, daß sozialdemokratische Alleinregierungen durchaus - für eine bestimmte Periode - effektiver die Geschäfte der Bourgeoisie führen können, als die traditionellen bürgerlichen Parteien. Die Regierungen in Österreich, Schweden, England oder der BRD (diese wäre wohl so etwas, wie ein Zwischending der ersten und zweiten Kategorie) zu 'Arbeiterregierungen' zu erklären, wenn auch zu 'unechten' oder ähnlichem, würde diese Taktik ihres gesamten Inhaltes berauben und die Revolutionäre diskreditieren.

Wesentlich interessanter aber ist der zweite Aspekt in Sinowjews Position, die Arbeiterregierung als Synonym für die Diktatur des Proletariats zu verwenden. Die Losung soll dabei zu einem pädagogischen Hilfsmittel werden, das Bewußtsein der Massen des Proletariats schneller zu erreichen. Natürlich besitzt die Losung der Arbeiterregierung großen erzieherischen Wert, doch in einem gänzlich anderen Sinn. Bei Sinowjew (der nebenbei gesagt eine durch und durch ultimatistische Position in der Frage der Machtergreifung vertritt) erscheint das Ganze letztlich als 'Trick'. Weil die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter noch an die 'Demokratie' glauben, sollen die Kommunisten ihr Ziel mit der 'Arbeiterregierung' umschreiben. Nach dem Sieg wird der Arbeiter dann feststellen, daß er eigentlich für die Diktatur des Proletariats gekämpft hat. In einem gewissen Sinne ist dies natürlich richtig, doch bleibt

dabei der Aspekt der Arbeiterregierung als auf die Machtergreifung zugespitzter Teil des Systems der Übergangsforderungen auf der Strecke. Das Ultimatum wird umschrieben. Nebenbei gesagt, macht man es dabei den reformistischen Führern leicht, die 'Unehrlichkeit' der Kommunisten zu entlarven.

In seiner - berechtigten - Sorge, daß die Anwendung dieser Taktik zu rechten Abweichungen, zur Anpassung an die Sozialdemokratie führen kann, vertrat Sinowjew eine -im Kern- ultimatistische, linksopportunistische Position. Der erzieherische Wert dieser Taktik geht bei ihm gänzlich verloren.

Die Sinowjewsche Kategorisierung wurde auch in die Thesen des IV. Weltkongresses der III. Internationale aufgenommen. Das ändert allerdings nichts daran, daß wir die Methode, die in diesen Thesen zur Arbeiterregierung zum Ausdruck kommt, voll für gültig halten. Diesen Aspekt allerdings (die verschiedenen Arten der Arbeiterregierung) müssen wir - von den Erfahrungen, die seit dem IV. Kongreß der KI (1922) gemacht wurden, ausgehend - ablehnen.

Die Losung der Arbeiterregierung und die bei ihrer Anwendung bestehenden Probleme, werden von uns vor allem im Zusammenhang mit dem System der Übergangsforderungen gesehen. Natürlich ist auch die Regierung der Diktatur des Proletariats eine Arbeiterregierung. Doch diese Feststellung allein bleibt banal und geht an den Kernpunkten der revolutionären Taktik, sowie der Frage, ob und wie das Bewußtsein der Arbeiterklasse in das revolutionäre Programm einfließt, vorbei.

Wir halten es daher auch für verwirrend und nicht sinnvoll, von zwei 'Arten' der Arbeiterregierung zu sprechen, also einer, die noch auf dem Boden des Kapitalismus entsteht, und einer solchen, die tatsächlich nur mehr der populäre Ausdruck der Diktatur des Proletariats wäre.

Wir hoffen aufgezeigt zu haben, daß hier kein Gegensatz liegt, die politische Machtergreifung der Arbeiterklasse bereits ihre Keimformen, ihre Grundzüge auf dem Boden des bürgerlichen Staates annimmt, wenngleich sie erst in der qualitativ neuen Form des Staates - der Diktatur der Arbeiterklasse - voll zum Ausdruck kommen kann.

Die Arbeiterregierung ist nicht die Diktatur des Proletariats. Sie ist es ebensowenig - oder ebenso - wie die Losung der Produktionskontrolle die des Sozialismus ist. Der namentlich nicht erwähnte Autor des Artikels in der 'Internationale', aus dem wir anfangs zitierten, hat die ganze Problematik in diesem Satz meisterhaft dargestellt. Trotzki schreibt in seinen Artikeln zur Diskussion über das Übergangsprogramm, daß die 'gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit' ja nichts anderes seien, als die Arbeitsmethoden der sozialistischen Gesellschaft. Aber der Kampf dafür beginnt schon auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft, und wir können es auch nicht a priori ausschließen, daß es zu einer Verwirklichung dieser Losung - noch vor der politischen Machtergreifung - kommen kann. Das entscheidende dabei bleibt, daß ohne die politische Machtübernahme diese Erfolge der Arbeiter in kürzester Zeit durch die Konterrevolution wieder zunichte gemacht werden. Deshalb die große Bedeutung der Losung der Arbeiterregierung im Zusammenhang mit dem System der Übergangsforderungen. Die Arbeiterregierung ist der Diktatur des Proletariats nicht entgegengestellt, sondern sie kann der Übergang zu dieser sein. NUR in diesem Zusammenhang können Revolutionäre diese Losung verwenden. Der Inhalt der Propaganda für die Arbeiterregierung muß an den dringendsten Bedürfnissen der unterdrückten Massen ansetzen. Diese können im Abwehrkampf gegen die Offensive des Kapitals auf der Ebene der Löhne, Preise und Mieten liegen, aber ebenso auf der Ebene des Kampfes gegen die drohende faschistische Gefahr.

Die Arbeiterregierung ist damit keine parlamentarische Kombination, wie Brandler richtig feststellet, sondern eine Regierung des Kampfes. Sie muß sich auf Organe dieses Kampfes stützen (Räte, Gewerkschaften usw.), wobei es

falsch wäre,die Propaganda für diese Regierung vom Bestehen solcher Organe abhängig zu machen.Im Kampf selbst können und müssen diese entstehen,es können aber auch schon bestehende Organisationsformen für die zu lösenden Aufgaben herangezogen werden. Die Arbeiterregierung wird aber auch das Parlament für ihre Zwecke ausnützen, eben weil sie auch von Arbeitern getragen wird, die noch an die 'Demokratie' glauben. Diese dialektische Verbindung von Ausnützung der parlamentarischen Möglichkeiten und Aufbau der Keimformen der Arbeitermacht wird die Arbeiterregierung zu einer Regierung der Doppelherrschaft machen.

"Ob wir zur Regierung kommen durch den Bürgerkrieg, ob wir dazu kommen durch das Versagen der Bourgeoisie, der Bürgerkrieg ist das Resultat der Arbeiterregierung. Die Arbeiterklasse wird nicht imstande sein, die Macht zu halten ohne den Bürgerkrieg" (...)
"Wo die Arbeiterregierung zustande kommt, wird sie nur der Ausgangspunkt des Kampfes um die Diktatur des Proletariats sein ..."
(Radek, IV. Kongreß der KI)

Die Arbeiterregierung ist also alles andere als ein 'bequemes' Zwischenstadium zur Diktatur des Proletariats, sondern eine Möglichkeit,den Kampf um die Macht aufzunehmen, auch wenn Teile der kämpfenden Arbeiter noch unter reformistischer oder halbreformistischer Führung stehen. Sie wird der Übergang zur Arbeiterdiktatur sein, oder sie wird nicht sein, wie Radek in seinem vortrefflichen und jedem Sektierer empfohlenen Referat auf dem IV. Kongreß der KI ausführt. Daraus folgt, daß eine der wesentlichsten Aufgaben dieser Regierung in der Bewaffnung der Arbeiterklasse besteht.

Wenn wir zusammenfassen, dann müssen wir folgenden Zusammenhang zwischen der Arbeiterregierung und der Diktatur des Proletariats feststellen:

1. Beide sind nicht identisch; die Arbeiterregierung (egal nun in welcher konkreten Form sie zustandekommt) ist ein möglicher Übergang zur Diktatur des Proletariats, ohne eine eigene, abgeschlossene Zwischenetappe darzustellen.

2. Die Losung der Arbeiterregierung ist der zugespitzte Ausdruck des Systems der Übergangsforderungen, indem sie den Kämpfen der Arbeiterklasse um die Sicherung ihrer sozialen und politischen Existenz die Perspektive der Machtergreifung weist.

3. Die Kommunisten setzen an den demagogischen 'antikapitalistischen' Forderungen in den Programmen der Reformisten und/oder Zentristen an, verbinden diese mit ihren Übergangsforderungen und der Losung der Arbeiterregierung. Sie verschweigen dabei keineswegs, daß sie weiter der Ansicht sind, daß nur die Diktatur des Proletariats die Lösung der Probleme der unterdrückten Massen zur Gänze bewerkstelligen kann.

4.Sie stellen sich aber den unter reformistischem oder zentristischem Einfluß stehenden Arbeitern nicht ultimatistisch entgegen,sondern erklären ihre Bereitschaft nicht nur auf der Ebene des Betriebes,sondern auch auf der der Regierung,eine Einheitsfront mit den Reformisten und /oder Zentristen zu bilden,wenn diese Parteien in der Tat an die Lösung der Bedürfnisse der Massen schreiten.

5. Die Voraussetzung für das Zustandekommen einer solchen Regierung ist die Bereitschaft der Arbeiterklasse,eigene, von der Bourgeoisie unabhängige Organe zu bilden und die Bereitschaft der Reformisten und Zentristen,die Arbeiter zu bewaffnen bzw. diese Bewaffnung zu dulden, und die entstehenden (oder schon bestehenden) Organe der Arbeiterklasse als Gegenmacht zum bürgerlichen Parlament anzuerkennen und sich auf diese Organe zu stützen.

6. Die Kommunisten müssen, auch wenn sie sich an einer solchen Regierung beteiligen,ihre völlige politische Unabhängigkeit bewahren. Die reformistischen

Führer werden, auch dann wenn sie gezwungen werden, an einer Arbeiterregierung teilzunehmen, niemals aufhören, den Kampf der Arbeiter zu desorientieren und diese zu verwirren. Trotz alledem wird dieser praktische Beweis dafür, wer tatsächlich die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, den Übergang der unterdrückten Massen auf die Seite der Kommunisten ungeheuer beschleunigen.

"Eben darum, weil die Arbeiterregierung noch keine proletarische Diktatur ist, sondern lediglich eine Regierung der Arbeiterparteien, die sich auf außerparlamentarische Kampforgane der Einheitsfront stützt, sind Schwankungen in ihrer Politik unvermeidlich. Diese Schwankungen können zu ihrem Sturz und zu einer neuen Herrschaft der Bourgeoisie führen, wenn die Kommunistische Partei es nicht verstehen wird, den breiten Massen die Untauglichkeit der demokratischen Methoden im Kampf gegen die bürgerliche Gewalt, die Sabotage, die Konterrevolution, den Widerstand der Bourgeoisie als Klasse mit Hilfe von internationalen und inländischen Verschwörungen nachzuweisen; wenn die Kommunistische Partei es nicht verstehen wird, das Vertrauen der breiten Massen in einem solchen Maße zu erobern, um ihren Kampf gegen die Bourgeoisie leiten zu können. Wenn die Arbeiterregierung auch im Rahmen der bürgerlichen Demokratie entstehen kann, so kann sie ihre Existenz nur dadurch sichern, indem sie diesen Rahmen überschreitet; das soll ein Kommunist niemals vergessen."
(A. Kleine, Der Kampf um die Arbeiterregierung und die opportunistische Gefahr, 'Die Internationale', 1. Feber 1923)

7. Die Kommunisten gehen nicht ultimativ an die Frage der Arbeiterregierung heran. Das bedeutet, sie können es nicht zur Voraussetzung machen, daß sich diese Regierung auf ihr volles Programm stützen muß. Die Arbeiterregierung wäre dann auch überflüssig. Voraussetzung für das Zustandekommen dieser Regierung ist die praktische Inangriffnahme der Lösung der dringendsten Probleme der Massen.

8. Ob die Arbeiterregierung zustande kommt, kann nicht auf dem 'grünen Tisch' bestimmt werden. In jedem Falle wird sie der Übergang zum Bürgerkrieg und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats sein. Aber auch die Regierung dieser Diktatur muß nicht unbedingt eine Alleinregierung der Kommunistischen Partei sein. Die Arbeiterregierung wird dann aber von einer Regierung der Doppelherrschaft zu einer solchen der proletarischen Macht.

"Ist die Errichtung einer solchen Regierung durch die traditionellen Arbeiterorganisationen möglich? Die bisherige Erfahrung zeigt uns, wie gesagt, daß dies zumindest unwahrscheinlich ist. Man kann jedoch nicht von vornherein kategorisch die theoretische Möglichkeit ausschließen, daß unter dem Einfluß eines außergewöhnlichen Zusammentreffens bestimmter Umstände (Krieg, Niederlage, Finanzkrach, revolutionäre Offensive der Massen usw.) kleinbürgerliche Parteien - die Stalinisten eingeschlossen - auf dem Weg des Bruches mit der Bourgeoisie weiter gehen können, als ihnen lieb ist. Jedenfalls steht eines außer Zweifel: selbst wenn diese wenig wahrscheinliche Variante irgendwann und irgendwo verwirklicht und eine 'Arbeiter- und Bauernregierung' im oben bezeichneten Sinn tatsächlich gebildet würde, so stellte sie nur ein kurzes Zwischenspiel auf dem Weg zur wirklichen Diktatur des Proletariats dar."
(Trotzki, Übergangsprogramm)

Es muß als äußerst unwahrscheinlich bezeichnet werden, daß, ohne den Druck einer revolutionären Massenpartei, die Reformisten oder Zentristen gezwungen werden können, mit der Bourgeoisie zu brechen. Nur die Bedingungen eines massiven Abwehrkampfes der Arbeiterklasse, die zum Teil schon auf dem revolutionären Programm steht, der Einheitsfront dieser Arbeiter mit den anderen Teilen der Klasse, schaffen die Voraussetzung für das Zustandekommen einer solchen Übergangsregierung.

Hier kann es nicht darum gehen, daß wir annehmen, daß die reformistischen

Führer plötzlich 'bekehrt' werden und der Klassenkollaboration abschwören, oder daß die Führer der Zentristen plötzlich zu entschlossenen Revolutionären werden, die das ewige Pendeln zwischen den Polen lassen. Hier geht es einfach darum, daß diese Führer unter bestimmten Bedingungen einfach gezwungen werden können, weiter zu gehen, als ihnen lieb ist. Der Abwehrkampf, der mehr und mehr zu einer Offensive gegen das Kapital wird, die Einheitsfront dieses Kampfes, in der die revolutionäre Partei - de facto - die Führung innehat, können und werden die Bedingungen der systematischen Auflösung der reformistischen und zentristischen Parteien schaffen, ebenso wie es zur Massenabspaltung von diesen kommen kann. Natürlich, nicht der objektive Gang der Ereignisse allein wird die reformistischen und zentristischen Führer zwingen, weiter zu gehen als ihnen lieb ist, sondern die Verbindung dieses Faktors mit der Politik der revolutionären Partei.

Die reformistischen Führer werden in jeder Situation versuchen, den bürgerlichen Staat zu retten, das wissen wir. Allein, entscheidend ist, wie, in welcher Form sie dies tun. Wir wissen, daß diese Leute niemals der Bildung einer Arbeiterregierung zustimmen werden, weil sie der Bourgeoisie das Genick brechen wollen. Doch wenn ein Largo Caballero von der Notwendigkeit der Bewaffnung der Arbeiterklasse spricht, was soll die bolschewistische Partei antworten? Etwa: "Du bist und bleibst ein Reformist und willst auch jetzt nur die Arbeiter täuschen." Diese Antwort wäre - hoffentlich - das letzte, was wir von dieser Partei hören würden.

Nein. Wenn die revolutionäre Partei täglich an Boden gewinnt, der Bürgerkrieg sich abzuzeichnen beginnt, die Arbeiter, die den Reformisten noch vertrauen, in den täglichen Kämpfen aber bereits fest an der Seite der kommunistischen Arbeiter stehen, werden die reformistischen Führer versuchen zu retten, was noch zu retten ist. In einer derartigen Situation zu sagen: "Ihr seid bloß bereit, die Arbeiterregierung zu bilden, um weiter zu verraten", würde die Arbeiter, anhand ihrer täglichen Erfahrungen vom Reformismus zu lösen beginnen, wieder zurück treiben, indem der Reformismus die beste Gelegenheit erhält, die 'Unehrlichkeit' der Kommunisten zu 'beweisen'. Die unglücklichen Revolutionäre würden so den Leichnam wieder mit neuem Leben füllen.

"Die reformististischen Führer werden in diesem Prozeß des Kampfes wiederholt versuchen, durch Kompromisse, durch eine 'vorsichtige' Politik, vor der zum Bürgerkrieg provozierenden Bourgeoisie zu kapitulieren ...
Diese Schwankungen der reformistischen Führer werden die Stellung der Arbeiterregierung gefährden, aber sie werden hunderttausende von Arbeitern aus den Ketten des Reformismus befreien und in ihnen den Funken des Kampfes für die pröletarischen Ideale aufflammen lassen ...

Der Menschewismus ist der Revolution feindlich, er weiß ganz gut, was sie bedeutet, er kennt ihren Sinn. Dennoch verliert der Menschewismus, wenn der bürgerliche Partner ihn aus dem Sattel werfen will und eine außerparlamentarische Kampfbewegung stark anwächst, den Kopf, er beginnt sich zu zersetzen, in Ledebour-Leuten, in Rosenfelde, in Fellische usw. bis zu Noske und Hilferding, - in zehn Richtungen, nur um die Massen zurückzuhalten".
(A. Kleine, ...)

Thesen zum Wiederaufbau der IV. Internationale

Im Angesicht des herannahenden II. imperialistischen Weltkrieges 1938 gegründet, stellte die IV. Internationale die Kontinuität und Weiterentwicklung des revolutionären Marxismus dar, wie er in der Form des Bolschewismus und der ersten vier Kongresse der III. Internationale seinen höchsten Ausdruck gefunden hatte.

Die Bedeutung der IV. Internationale (bzw. der trotzkistischen Bewegung überhaupt) beruhte niemals in ihren organisatorischen Fähigkeiten, in ihrer Massenanhängerschaft oder in Erfolgen politischer Natur, die für das Proletariat weltweit erkennbar gewesen wäre. Sie war in einer Periode des schrecklichen Rückflutens der Arbeiterkämpfe entstanden, nach einer langen Serie von Niederlagen in Europa und Asien, nach dem Triumph des Nazifaschismus, am Ende des spanischen Bürgerkrieges, nunmehr ohne die revolutionären Kader aus den besten Jahren der III. Internationale.

Am Vorabend des II. Weltkrieges lag ihre Kraft ausschließlich in ihrem Programm, in ihrer politischen Klarheit, im Bestehen einer erfahrenen, wirkungsvollen Führung, die unmittelbar mit der Geschichte des Bolschewismus verbunden war, was weit mehr als symbolisch durch die Person Leo Trotzkis verkörpert wurde.

Inmitten des allgemeinen Niederganges der Arbeiterbewegung und des damit verbundenen Verfalls des wissenschaftlichen Sozialismus stellte sie die einzige genuin marxistische Strömung dar und stand programmatisch auf der Höhe ihrer Aufgaben.

In ihrem Programm waren die wesentlichen Entwicklungen des internationalen Klassenkampfes seit Lenins Tod richtig analysiert und die entsprechenden politischen Aufgaben entwickelt worden: Degeneration der Sowjetunion, Faschismus, Volksfrontpolitik, Aufbau einer neuen Internationale, revolutionäre Haltung zum imperialistischen Krieg.

Im Übergangsprogramm waren noch einmal die Aufgaben der Kommunisten auf der Grundlage dieser Analysen und der gemachten Erfahrungen formuliert.

II. Bis zur Notkonferenz von 1940 gelang es, ein internationales Führungszentrum aufrechtzuerhalten. Als der Weltkrieg die entscheidende Wende nahm, hatte dieses Führungszentrum aufgehört zu existieren, bevor noch die eigentliche Bewährungsprobe für die Internationale gekommen war. Diese Führung - an ihrer Spitze Trotzki selbst - wurde während des Krieges durch Faschismus und Sta-

linismus physisch vernichtet. Demoralisierung und die Abspaltung der Shachtman -Gruppe führten zu weiteren Verlusten.

Die Vierte Internationale war unter den Schlägen des Klassenfeindes und dem Druck des Krieges vernichtet worden. Sie hatte aufgehört, als internationale Organisation zu bestehen. Sie war in nationale Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen zerfallen, die ohne Korrektur und Kontrolle durch ein internationales Zentrum, ungeachtet ihres oft heroischen Kampfes in unterschiedlichem Ausmaß dem Druck feindlicher Klassen erlagen.

Sie wichen in ihrer Politik mehr oder weniger stark vom Programm der IV. Internationale ab und waren nirgendwo in der Lage, sich als Pol des revolutionären Defaitismus zu profilieren.

Während es also sehr wohl zur Degeneration einzelner Sektionen kam (SWP, franz. Gruppen, besonders kraß IKD), war die Internationale als Internationale zerstört worden, bevor sie noch hätte degenerieren können.

Die organisatorische Zerstörung der Internationale blieb nicht ohne Auswirkungen auf das Programm. Mit der organisatorischen Zerschlagung der Internationale kam abrupt die Weiterentwicklung eines internationalen Programms zum Stillstand. Ein Programm, das bei sich veränderten objektiven Bedingungen nicht weiterentwickelt wird, hört auf, ein adäquates Instrument revolutionärer Politik zu sein.

Somit war es bereits Mitte des II. imperialistischen Weltkrieges notwendig, die IV. Internationale wiederaufzubauen.

Dies hätte damals bedeutet: Den eben erst abgerissenen Faden wiederaufzunehmen. Z. B. in der Schweiz aus führenden Kadern der SWP und Emigranten der europäischen und überseeischen Sektionen ein internationales Zentrum aufzubauen. Eine internationale Konferenz einzuberufen und Bilanz zu ziehen über den Verlauf des Krieges. Die eigene Politik überprüfen und zu versuchen, über dieses Zentrum tatsächlich zum Träger revolutionären Defaitismus zu werden.

Nichts davon geschah. Die Verantwortung dafür hat in hohem Maße die SWP zu tragen. Sie war - dank des unmittelbaren Eingreifens Trotzkis in ihre Entwicklung - die stärkste und politisch reifste Sektion der Internationale gewesen. Verglichen mit den europäischen Sektionen, wurde sie kaum von der Repression getroffen und verfügte über relativ reichliche finanzielle Mittel. Es wäre also gerade an der SWP und ihrem bekanntesten Führer, James P. Cannon, gelegen, das Banner der Internationale hochzuhalten.

Mit dieser Aufgabe konfrontiert, versagte die SWP. Ihre Kapitulation vor dem reaktionären Voorhis-Act (der amerikanischen Parteien die Zugehörigkeit zu internationalen Organisationen verbietet) und ihr Rückzug in nationale Selbstgenügsamkeit trugen mit zum Scheitern der IV. Internationale bei.

III. Als mit dem Ende des Krieges in Europa der Versuch unternommen wurde, die Reste der trotzkistischen Bewegung wieder zu sammeln, fand er unter einer völlig neuen Führung statt. Michel Pablo, ein bis dato unbedeutender Delegierter der Gründungskonferenz, übernahm eine führende Funktion. Mit ihm Pierre Frank, ein Sektierer, der in allen wichtigen Fragen der französischen Sektion gegen das internationale Zentrum gestanden war, und schließlich unerfahrene Genossen wie Ernest Mandel und Livio Maitan.

Die SWP stand abseits. Sie beteiligte sich nicht wirklich am Aufbau der internationalen Führung, sondern stärkte mit ihrer Autorität das Prestige der neuen Leute an der Spitze der Bewegung. Die Neusammlung der Reste der trotzkistischen Bewegung, die sich nunmehr unter der Übernahme des Namens der IV. Internationale gebildet hatte, stand nicht mehr bruchlos in der Kontinuität der Internationalen Linksoppositon, der International Communist Ligue und der IV. Internationale.

Die IV. Internationale war durch die Schläge des Klassenfeindes, den Druck der objektiven Verhältnisse und auch aufgrund eigener politischer Schwächen zerstört worden, ohne daß sie ihr revolutionäres Programm durch ein revisionistisches ersetzt hätte oder auf die andere Seite der Barrikaden übergelaufen wäre.

Es galt nun, die versprengten Kader und Sektionen zu sammeln, die komplexe Nachkriegsentwicklung mit der marxistischen Methode zu analysieren und auf dieser Grundlage ein, den veränderten Bedingungen entsprechendes, internationales Programm in der Tradition der Gründungskonferenz von 1938 und der Notkonferenz zu entwickeln.

Insbesondere drei Komplexe waren es, die bewältigt hätten werden müssen; die neuen Probleme, die aus dem Überleben des Imperialismus entstanden, die Stärkung des Stalinismus und seine Ausbreitung (trotz des konterrevolutionären Charakters seiner Führung) und schließlich die Zerstörung der IV. Internationale während des Krieges.

Etwa bis zum Ende der Vierziger Jahre schloß die trotzkistische Bewegung die Augen vor der Realität, indem sie sich weigerte, den ungebrochenen Einfluß des Stalinismus auf das Weltproletariat zur Kenntnis zu nehmen. Statt dessen prognostizierte sie sein unmittelbares Ende und schätzte jene Staaten Osteuropas als deformiert kapitalistisch ein, in denen die Invasion der 'Roten Armee' und die Flucht der Bourgeoisie eine tiefgreifende Veränderung bewirkt hatten. Diese Veränderung hatte ihnen eine ähnliche politische und soziale Struktur wie der UdSSR gegeben. Eine entscheidende Kapitulation bahnte sich gegenüber der jugoslawischen Führung an, als diese mit dem Kreml brach. Dort war es den Nationalstalinisten Titos im Verlauf eines, einer proletarischen Hegemonie beraubten, Befreiungskrieges gelungen, einen deformierten Arbeiterstaat zu errichten. Der Bruch mit dem Kreml wurde fälschlich als Bruch mit dem Stalinismus interpretiert und die jugoslawische KP als nahezu revolutionär-marxistische Partei angesehen.

Ausgehend von diesen Phänomenen (die sich in Vietnam, China, Korea und modifiziert in Kuba wiederholt haben), begann die trotzkistische Bewegung - über die dogmatische Phase hinausgewachsen, in der sie reale Fakten nicht anerkannt hatte - einige Kernpunkte des revolutionären Programms fallen zu lassen. Die Tatsache, daß in Osteuropa, in Jugoslawien, in China nur Karikaturen der Diktatur des Proletariats errichtet worden waren, daß die Übergangsphase schon im Entstehen blockiert wurde, daß es dort nicht einmal den Schatten einer proletarischen Demokratie gab, daß man sofort begann, das Weltproletariat den politischen Preis für die nationalen ökonomischen Fortschritte zahlen zu lassen, wurde von den Nachkriegstrotzkisten überhaupt nicht verstanden. Anstatt im Lichte dieser historischen Phänomene die Aktualität des Marxismus zu bekräftigen, begannen die Trotzkisten, sie 1948 in Frage zu stellen, indem sie de facto behaupteten, daß sich sozialistische Revolutionen auch ohne die proletarische Hegemonie und ohne die revolutionäre Weltpartei entwickeln können. Es wurde die trotzkistische Analyse des Stalinismus revidiert und der Stalinismus nunmehr als ein 'fortschrittlicher' Faktor der sozialen Entwicklung gesehen. Die schwache trotzkistische Bewegung begab sich auf die Suche nach einem Ersatz für die zwei wichtigsten Elemente der Revolution: die proletarische Hegemonie und die Avantgardepartei in Verbindung mit einer revolutionären Internationale. Der Sprung vom Sektierertum zum Opportunismus bahnte sich an.

So schreibt Pablo:
"Der objektive Prozeß bleibt in letzter Analyse der einzig bestimmende Faktor, höher als alle Hindernisse subjektiver Natur ... Die Kommunistischen Parteien (gemeint sind die stalinistischen Parteien, d. Verf.) *behalten unter bestimmten Umständen die Möglichkeit, eine annähernd revolutionäre Ori-*

entierung einzuschlagen". Im Januar 1951, in "Wohin gehen wir" gelingt es Pablo, dem Sekretär der Internationale, all den Revisionismus, der sich in der Nachkriegszeit entwickelt hatte, auf einen Nenner zu bringen.

IV. Die Natur der Revision umfaßt hauptsächlich das Wesen des Stalinismus und eine evolutionistische Konzeption des Klassenkampfes, die dahin tendiert, die subjektive Rolle des Proletariats, seiner politischen Avantgarde, des revolutionären Bruchs mit dem Reformismus in all seinen Varianten in den Hintergrund zu drängen ...

Diese Konzeption gipfelte in der Annahme des *"tiefen Entrismus"* (Entrismus "sui generis"). Unter"Entrismus sui generis" versteht man den vollständigen Entrismus (Eintritt) in feindliche Organisationen, ohne daß diese programmatisch charakterisiert werden, ohne zeitliche Begrenzung und ohne präzise Ziele. Ohne de facto an der Bildung einer alternativen Organisation zu arbeiten, sondern mit der Perspektive, daß sich die reformistischen Parteien unter dem Druck des (angeblich bevorstehenden) Dritten Weltkrieges, der Massenbewegung oder in einer fortgeschrittenen Phase unter dem Druck der 'Trotzkisten' völlig oder teilweise regenerieren.

Auf dieser Grundlage nahm der 3. Weltkongreß 1951 ein revisionistisches Programman und verschob die Perspektive des Aufbaus einer unabhängigen revolutionären Klassenführung auf unbestimmte Zeit, wenn sie nicht überhaupt aufgegeben wurde.

Nicht besser stand es auf anderen Gebieten.

Eine der zentralen Aufgaben, denen sich die Nachkriegsinternationale gegenübersah, war die Erarbeitung eines theoretischen Verständnisses des Nachkriegskapitalismus, eine Analyse der kapitalistischen Produktion auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der imperialistischen Epoche. Diese Aufgabe wurde nie auf wissenschaftliche Art und Weise bewältigt und die Diskussion über den Marshall-Plan und den Nachkriegskapitalismus wurde auf bloß beschreibende und empirische Abhandlungen beschränkt. Pablos Analyse des Marshall-Plans und des europäischen Kapitalismus im Mai 1948 sagte voraus, daß der Plan keine Auswirkung auf die Krise des europäischen Kapitalismus haben könne. Außerdem prophezeite Pablo den Ausbruch einer Krise in den USA während der Periode 1948-1951. Diese Voraussagen beruhten auf einer Unterkonsumtions-Krisentheorie, die *"die Reduzierung des Marktes, der den europäischen Ländern für ihren Handel zugänglich war"* als Hauptursache der Krise ansah.

Abgerundet wurde diese Serie von Fehleinschätzungen noch durch ein vollständiges Unverständnis der Möglichkeit der Konterrevolution in 'demokratischer' Form, wie sie sich nach 1945 tatsächlich in vielen Ländern abspielte. Die Haltung der Internationale erinnerte dabei fatal an die stalinisierte Kom-Intern der 'Dritten Periode'.

Ebensowenig zeigte sich die trotzkistische Nachkriegsbewegung in der Lage, den realen Stand der Organisation zu erkennen. Statt zur Kenntnis zu nehmen, daß die Bewegung in vielfacher Hinsicht politisch wie organisatorisch auf ein Stadium zurückgeworfen war, das der Zeit vor 1938 entsprach, bejubelte die Internationale ihre nicht vorhandenen Erfolge.

Um nicht in eine idealistische Analyse dieses Niederganges zu verfallen, muß man sich in Erinnerung rufen, daß nicht Pablo die schwache trotzkistische Bewegung aus den Gleisen des revolutionären Marxismus geworfen hat. Diese Abweichungen, deren Ausdruck er war, waren bestimmt 1. von der Abwesenheit der programmatischen und organisatorischen Kontinuität gegenüber dem Erbe des Oktobers und der Linksopposition und 2. von der Last der Isolation nach dem II. Weltkrieg: Die Niederlage der trotzkistischen Bewegung durch die gemeinsame Wirkung von Imperialismus und Stalinismus, welche die trotzkistische Bewegung außerhalb der organisierten Arbeiterbewegung stehen ließ und sie somit leicht anfällig für objektiv antiproletarische Tendenzen machte.

V. Wie ist nun dieses Nachkriegsgebilde, das sich den Namen 'IV. Internationale' zulegte, einzuschätzen?

Es war ein sehr heterogenes Konglomerat, das in der ersten Phase zweifellos starke sektiererische Züge aufwies und den Marxismus auf das Niveau einer Sammlung von Vorhersagen bzw. eines Zitatefundus herabgedrückt hatte. Die Nachkriegsinternationale kann nicht mehr als eine revolutionäre Kraft angesehen werden. Sie konstituiert sich bereits auf einer nicht-marxistischen Grundlage. Wir finden bereits vor der Spaltung 1952-54 die wesentlichen Elemente des Revisionismus, Opportunismus und Sektierertums vor, die später konstitutiv für die verschiedenen Tendenzen wurden, die aus dem Zerfall dieser Nachkriegsinternationale hervorgegangen sind.

Allerdings konnte man damals noch nicht mit Sicherheit sagen, daß Zentrismus bzw. Sektierertum sich endgültig verfestigen würden. Daher hätten Revolutionäre an dieser Neuformierung teilnehmen und in den Reihen dieser Internationale den Kampf um die Erneuerung des trotzkistischen Programms und der IV. Internationale aufnehmen müssen. Der endgültige Markierungspunkt war dann der 3. Weltkongreß 1951, an dem die weitgehende Liquidation des Gedankens der IV. Internationale in verallgemeinerter Form programmatisch festgehalten wurde. Ab diesem Zeitpunkt war für Marxisten kein Platz mehr in dieser Internationale.

VI. Die Spaltung der Nachkriegsinternationale begann damit, daß zuerst die französische Sektion und dann die amerikanische sich auf rein nationaler Basis weigerten, die entristische Taktik anzuwenden, ohne aber zu dieser Zeit die grundlegenden Fragen aufzuwerfen, die eine solche Taktik stellte. Die Führung griff daraufhin zum Mittel des Ausschlusses, nachdem sie in einer Art in die Führung der PCI (französische Sektion) eingegriffen hatte, die verblüffend an die Methoden der stalinisierten KomIntern erinnerte. Es ist jedoch notwendig festzustellen, daß sowohl die PCI als auch die SWP erst dann in Opposition gegangen waren, als die mehrheitliche Orientierung mit 'nationalen' Orientierungen in Konflikt kam, was auch die zeitliche Differenz zwischen den beiden Ausschlüssen erklärt. Das ‚Internationale Komitee' formierte sich aus der SWP, der PCI, der britischen SLL sowie der Schweizer, der Chinesischen und der Kanadischen Sektion.

Dieses Komitee hat niemals reell auf internationaler Ebene funktioniert, da es in Wirklichkeit nichts anderes war, als die Koordination dreier nationaler Führungen samt Anhang, die gleichermaßen auf ihre nationale Autonomie erpicht waren und gleichermaßen auf die Manöver der anderen Komponente lauerten. Ebensowenig besaß das IK jemals ein internationalistisches Programm, noch eine entsprechende Tätigkeit. Es hat sich darauf beschränkt, einige Allgemeinweisheiten des Trotzkismus in dogmatischer Form und manchmal verdreht zu wiederholen, hinter denen sich in England eine ouvristisch-sektiererische Politik, in den USA ein minimalistischer Sektoralismus oder in Frankreich die Anfänge einer Annäherung an die Sozialdemokratie verborgen hielt. Es erweckte eine allgegenwärtige Zielscheibe - den Pablismus - zum Leben, gegen die man zu kämpfen hatte und verhinderte somit die autonome Ausarbeitung einer alternativen Programmatik. Der Logik eines föderativen Blockcharakters entsprechend zerfiel das IK im Laufe der Zeit in seine einzelnen nationale Bestandteile. 1963 kehrte die SWP mit Anhang in den Verband des IS zurück, das seither 'Vereinigtes Sekretariat' (VS) heißt. 1971 kam es zum Bruch der englischen Healy-Organisation und den französischen Lambertisten. Heute sind jene Tendenzen, die aus der Tradition des IK hervorgegangen sind (Healys, Lambis, Spartacists, Ex-Lirqui) als Sekten einzuschätzen, die mitunter nicht frei sind von opportunistischen Zügen.

Sektierer dürfen mit Zentristen nicht einfach in einen Topf geworfen werden. *"Einem oberflächlichen Gemüt mag es scheinen, daß solche Worte wie Sektierer,*

Zentrist etc. bloße polemische Ausdrücke sind, die von Gegenspielern mangels anderer, geeigneter Attribute ausgetauscht werden. Doch das Konzept des SEKTIERERTUMS ebenso wie das des Zentrismus hat eine präzise Bedeutung in einem marxistischen Vokabular" (Trotzki,'Secterianism, Centrism and the Fourth International', Writings 1935/36).

Sektierer unterscheiden sich in der Art des Herangehens an die Probleme des Klassenkampfs deutlich von den Zentristen; sie haben ihre festen Prinzipien(die auf einer äußerst abstrakten Ebene durchaus richtig sein können), die sie der Realität des KLassenkampfs gegenüberstellen, während Zentristen bestrebt sind, mit der "realen Bewegung" zu schwimmen und dabei Prinzipien meist als hinderlichen Ballast empfinden.

VII. Mit dem 3. Weltkongreß 1951 hatte sich bei der Mehrheit der Nachkriegsinternationale der zentristische Charakter vollends durchgesetzt. Dieser Zentrismus - ein Zentrismus eigener Art (sui generis) - ist seither bestimmend geblieben für das 'Vereinigte Sekretariat der IV. Internationale'. Seine Hauptlinie besteht darin, einen Ersatz für die proletarische Hegemonie und für die revolutionäre Partei zu finden. Nach dem Liebäugeln mit dem Stalinismus hat es begonnen - enttäuscht vom Gang der 'Entstalinisierung' Chruschtschows, äußerst beeindruckt vom Aufschwung der Kolonialrevolution -, in den internationalen Befreiungskämpfen das neue Epizentrum der Weltrevolution zu sehen, in ihren kleinbürgerlichen Führungen die embryonalen Klassenparteien und in den armen Bauernmassen das neue Subjekt der sozialen Revolution.

Als letzten Endes entscheidend wird vom 'VS' der 'objektive Prozeß' angesehen. Demgemäß führt - laut 'VS' - die bloße Entwicklung des Imperialismus dazu, daß immer wieder Teile von Klassen und Schichten der Bevölkerung von selbst zu einem Bruch mit dem Reformismus getrieben werden und sich unbewußt dem revolutionären Marxismus annähern. Aufgabe der Trotzkisten ist es nun, sich möglichst vollständig in diese Strömungen zu integrieren und beschleunigend bei diesem automatischen Prozeß zu wirken. Die Integration erfolgt durch politische Anpassung an das jeweilige radikalisierte Milieu. Dieses Milieu wird dabei völlig klassenunspezifisch bestimmt. Handelt es sich einmal um Teile der Arbeiterklasse, sind es beim nächstenmal die armen Bauern, Studenten oder 'Neue Avantgarden'. Je nach der besonderen Eigenart der entsprechenden Zielgruppe nimmt die Politik des 'Zentrismus sui generis' eine ultralinke oder aber rechtsopportunistische Ausprägung an.

Auf dieser politischen Basis fand auch 1963 die Wiedervereinigung zwischen dem Internationalen Sekretariat und der SWP statt. Sie beruhte hauptsächlich auf dem Anhängen an die Führung Ben Bellas in Algerien und den Castrismus in Kuba. Das zentrale Projekt der Wiedervereinigung war, auf die Kubanische Führung in jeder nur denkbaren Form Druck auszuüben, einschließlich der Teilnahme an ihren guerilleristischen Abenteuern mit dem Zweck, sich in die internationale 'revolutionäre' Strömung zu integrieren, die der Castrismus darstellte.

Doch die Ersatzavantgarden sind austauschbar. Waren es gestern noch die bäuerlichen Massen der 3. Welt, sind es heute die Studenten und Intellektuellen der 'Neuen Avantgarde mit Massencharakter', können es morgen schon die klassenkämpferischen Arbeiter einer neuen Arbeitervorhut sein.

VIII. Der Zentrismus des IS/VS ist ein Zentrismus besonderer Art (sui generis), der auf der Grundlage der Zerstörung der IV. Internationale entstanden ist. Er unterscheidet sich von den Spielarten des Zentrismus, die aus der sozialdemokratischen II. oder der stalinistischen III. Internationale hervorgegangen sind. Die besonderen Merkmale dieses Zentrismus sind:

Er beruft sich auf den Trotzkismus und gibt vor, die lineare Kontinuität der IV. Internationale zu verkörpern.

Er besitzt eine internationale Organisation und eine internationale Führung. Diese ist zwar keineswegs nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgebaut, hat aber doch zur Folge, daß die einzelnen nationalen Sektionen sich in der Regel nicht einfach den nationalen Gegebenheiten anpassen, sondern daß sich das VS vor allem periodisch an klassenfremde Strömungen anpaßt, die in kontinentalem oder weltweitem Maßstab auftreten.

Er hat als politische Strömung eine 30-jährige Kontinuität. Seine Existenz ist offenbar nicht an politische Konjunkturphasen gebunden, die der Entstehung zentristischer Organisationen günstig sind.

Nun reichen weder die Berufung auf den Trotzkismus noch die internationale Organisierung aus, das jahrzehntelange Zwitterleben des VS/IS zwischen Reformismus und Revolution zu erklären. Dieses wurde vielmehr erst ermöglicht durch die lange Periode relativen Klassenfriedens in den imperialistischen Zentren während der Rekonstruktionsphase und des 'langen Booms'. Zusammen mit der sozialen Isolation des VS/IS von der Arbeiterklasse verhinderte diese Periode des Klassenfriedens, daß der 'Zentrismus sui generis' endgültig Farbe bekennen mußte. Dies umso leichter, als er - auf Grund der Unzulänglichkeit seiner Widersacher vom IK - niemals dem Druck von Seiten einer authentisch trotzkistischen Strömung ausgesetzt war.

Damit waren jene Faktoren, die den Zentrismus üblicherweise zu einer Entscheidung zwingen - Zuspitzung des Klassenkampfes, Druck der antagonistischen Klassen, Druck einer revolutionären Kraft - für das VS/IS teilweise außer Kraft gesetzt bzw. sehr gemildert. Diese Bedingungen haben sich mit dem Aufschwung der europäischen Revolution seit 1968 und dem Entstehen embryonaler authentischer trotzkistischer Kaderkerne zu ändern begonnen.

Wir lehnen das Konzept des 'Pablismus' ab. Es stammt aus der Tradition der IK-Organisationen. Da diese aber nicht imstande waren, eine revolutionäre programmatische Alternative zum Revisionismus des IS/VS zu entwickeln, konnten sie auch keine korrekte wissenschaftliche Analyse eben dieses Revisionismus geben. Dies hätte nämlich bedeutet, den eigenen Anspruch aufzugeben, selbst die Kontinuität der IV. Internationale darzustellen. So diente das Konstrukt des 'Pablismus' als bloße Außenfeind-Projektion zur Legitimation des eigenen Anspruchs und war zu keinem Zeitpunkt ein marxistischer Begriff.

IX. Das VS konnte sich seit 1968 organisatorisch stärken und organisiert heute die Mehrheit der sich auf den Trotzkismus berufenden Genossen in der ganzen Welt. Es kann nahezu unangefochten den Anspruch erheben, die IV. Internationale zu sein. Doch die Geschichte hat unmißverständlich den zentristischen Charakter der Führung des VS bewiesen. Damit ist der Zentrismus 'sui generis' zum gegebenen Zeitpunkt das Haupthindernis für die Herausbildung einer revolutionären, internationalen Tendenz.

Der Aufbau einer solchen Tendenz ist aber unumgänglich notwendig, denn jede der Strömungen, die sich auf die IV. Internationale berufen oder vorgeben sie zu sein, hat ihre revolutionäre Impotenz zur Genüge bewiesen und dazu beigetragen, den Trotzkismus in den Augen der Arbeiterklasse zu diskutieren.

Die kleinen trotzkistischen Kerne, die es heute gibt, haben die Aufgabe, anknüpfend an die Methode der IV. Internationale bis 1940 ein internationales Programm zu erstellen, das den Nachkriegsentwicklungen Rechnung trägt, und auf dieser Grundlage die IV. Internationale wieder aufzubauen.

Diese Arbeit kann nur in enger Verbindung mit dem Klassenkampf laufen, durch die Erfüllung konkreter Aufgaben, wie dem Eingreifen in Ländern, in denen der Klassenkampf den höchsten Grad der Polarisation erreicht, sowie durch die programmatische Klärung der Hauptpunkte, auf denen das revolutionäre Programm basiert.

Das erste konkrete Ergebnis wird die Bildung einer internationalen demokratisch-zentralistischen Tendenz sein. Diese Tendenz wird die ersten Schritte auf dem Weg zur IV. Internationale in scharfer Konkurrenz zum VS machen können. In dieser Phase wird die internationale revolutionäre Klassenführung nicht einfach neben dem VS aufgebaut, sondern gegen das VS und auf seine Kosten. Daher müssen die Trotzkisten, die heute an den Aufbau einer solchen Tendenz gehen, eine Taktik entwickeln,um dieses politische Hindernis zu zerschlagen und die besten Genossen des VS zu gewinnen.

Die Umgruppierungspolitik gegenüber dem VS hat rein taktische Bedeutung. Das Entstehen von Volksfront-Regierungen in Europa wird das VS, wie die Gesamtheit der zentristischen Organisationen, in eine tiefe Krise treiben. Es ist möglich, daß das VS auf Grund von politischen Zusammenbrüchen in mehreren Zentren des internationalen Klassenkampfes oder auf Grund von internationalen Spaltungen seine besondere Bedeutung für die Umgruppierungspolitik des authentischen Trotzkismus wieder verliert.

verlag ergebnisse & perspektiven

Politische Literatur — **Preis**

'Spartacus', Zentralorgan des Spartacusbundes	
bis Nr. 21 jede Ausgabe	*0.50*
ab Nr. 22 jede Ausgabe	*1.00*
1 Abonnement (10 Ausgaben inkl. Porto)	*15.00*
'Ergebnisse &Perspektiven', Theoretisches Organ des Spartacusbundes	
Nr. 1 – Dokumente der Fusionskonferenz	*3.00*
Nr. 2 – Einschätzung der SPD, GIM, Chile, SAG	*5.00*
Nr. 3 – Thesen zur Arbeitslosigkeit, Lutte Ouvriere, Ceylon	*5.00*
Sonderausgaben von 'Ergebnisse & Perspektiven'	
Nr. 1 Die Vierte Internationale wiederaufbauen, Interview mit einem Genossen der SAP, Revolutionary Communist Group /GB Die Frage der Internationale	*3.50*
Nr. 2/3 – Die Vierte Internationale nach dem II. Weltkrieg, Dokumente und Analysen	*6.50*
'Spartacus-Flugschriften'	
Nr. 1 – Solschenyzin, Büttel der Reaktion	*0.50*
Nr. 2 – Marxismus und individueller Terror	*0.50*
Nr. 3 – Wahlprogramm des Spartacusbundes in Bremen.	*0.50*
Nr. 4 – Kritik an Programm und Praxis des KBW	*3.00*
Nr. 5 – Lehrstellen her, sonst knallt's!	*1.50*
Nr. 6 – Rechtshilfe für Arbeitslose (in deutsch)	*0.50*
Nr. 7 – Rechtshilfe für Arbeitslose (in türkisch)	*0.50*
Nr. 8 – Die portugiesische Revolution in Gefahr	*2.00*
Nr. 9 – Unser Kampf im RASP / Ein Soldat der SUV berichtet	*3.50*
Nr. 10 – Unser Kampfprogramm gegen die Krise	*1.00*
Nr. 11 – Die MPLA, eine sozialistische Befreiungsbewegung?	*0.50*
Nr. 12 – GRS: MPLA und revolutionäre Arbeiterbewegung in Angola	*3.80*
Chilenische Lehren	*3.00*
'Spartacus', Zeitung der Kommunistischen Jugendorganisation (KJO), Ausgaben Nr. 19-43 inkl. Sondernummern	*10.00*

Schriften von Leo. D. Trotzki	
Übergangsprogramm/Schriften zum Programm	*6.50*
Verteidigung des Marxismus	*17.80*
Frau, Familie und Revolution	*3.00*
Verratene Revolution	*8.00*
Die russische Revolution 1905	*13.50*
1917 – Lehren der Revolution	*3.00*
Kopenhagener Rede / Drei Konzeptionen der russischen Revolution	*3.80*
Ihre Moral und unsere	*3.00*
Stalins Verbrechen	*16.80*
England/Europa und Amerika	*11.80*
Der Neue Kurs	*6.50*
Was nun ?	*4.80*
Fragen des Alltagslebens	*6.80*
Fälschung der Geschichte der russischen Revolution	*2.80*
China, die erwürgte Revolution, Band 2	*18.80*
Kapitalismus oder Sozialismus	*4.80*
Wohin geht Frankreich	*4.50*
Bolschewismus und Stalinismus	*1.00*
Schriften über Deutschland, 2 Bände	*92.00*
Ergebnisse und Perspektiven, Permanente Revolution	*9.00*
Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?	*9.00*
Mein Leben (Autobiographie)	*8.80*

Thesen zur Methodik des Übergangs-programms

DIE NOTWENDIGKEIT DER REKONSTRUKTION DES REVOLUTIONÄREN PROGRAMMS

In der Epoche des Imperialismus, in der das Kapital die Weltherrschaft ausübt, hat der Klassenkampf noch mehr als in der vorangegangenen Epoche internationalen Charakter. Das Kampfprogramm gegen das Kapital muß daher eine internationale Strategie formulieren. Erst im Rahmen einer internationalen Strategie können die nationalen Besonderheiten eines jeden Landes wissenschaftlich korrekt erfaßt werden und in die kommunistische Taktik einfließen.
So entwickeln Kommunisten für die imperialistischen Metropolen, die deformierten Arbeiterstaaten und die neokolonialen Länder nicht etwa verschiedene Strategien, sondern konkretisieren ihre internationale Strategie in unterschiedlichen taktischen Schritten (unter Taktik verstehen wir konkrete Kampfschritte, die sich aus der Strategie in einer bestimmten Situation des Klassenkampfes ergeben).

Um seine Aufgabe erfüllen zu können, muß das kommunistische Programm in umfassender und systematischer Weise Aussagen zu folgenden Punkten machen:

1) <u>Nach welchen allgemeinen Prinzipien muß der Klassenkampf geführt werden?</u>

a) Hierher gehört eine allgemeine Analyse der jetzigen Epoche und die Antworten des Proletariats hierauf: Diktatur des Proletariats und Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Konkrete, aktuelle Aufgabe ist hier die Weiterentwicklung der Imperialismustheorie, die eine Einschätzung der Rekonstruktionsperiode nach 1945 ermöglicht.

b) Nicht zu trennen von den allgemeinen Antworten auf unsere Epoche sind die historischen Erfahrungen der Arbeiterklasse. Hier beziehen sich die wesentlichsten Lehren darauf, daß das Proletariat sich in unabhängigen Klassenorganen organisieren muß, um die Macht erringen zu können. Organisatorischer Ausfluß dieser Politik ist die Schaffung von Räten und ähnlichen klassenspezifischen Kampforganen. Eine weitere grundlegende Lehre der Geschichte ist die unabdingbare Notwendigkeit einer revolutionären Führung. Von dieser Erfahrung, die von jedem Ereignis in der Geschichte der Arbeiterbewegung bestätigt wurde, leitet sich die allererste Aufgabe und Pflicht der Revolutionäre in der Gegenwart ab, die Krise der proletarischen Führung zu lösen, d.h. die gesamte Politik von der Notwendigkeit des Wiederaufbaus der 4. Internationale her zu bestimmen.

Wenn die Prinzipien des Klassenkampfs auch Voraussetzung für revolutionäre Politik überhaupt sind, so folgt aus ihnen doch noch keine konkrete Bestimmung der revolutionären Strategie und Taktik. Um diese zu leisten, ist zunächst erforderlich:

2) Ein Fazit aus der letzten Entwicklungsetappe des Kapitalismus und der Klassenkämpfe zu ziehen.

Hier geht es darum, im Lichte der "allgemein gültigen Prinzipien" eine kritische Bilanz der eigenen Einschätzungen der Ereignisse der Epoche sowie der daraus resultierenden Praxis zu ziehen. Momentan heißt dies konkret, die aktuelle Entwicklung der Kapitalverwertung und der Klassenkämpfe zu bestimmen. Dazu gehört eine Analyse der Klassenkämpfe seit Abschluß der Rekonstruktionsperiode, eine Einschätzung des subjektiven Faktors (Reformismus, zentristische Strömungen, Versuche des Wiederaufbaus der 4.Internationale) und der daraus resultierende allgemeine Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse.

3) Aufbauend auf den Prinzipien des Klassenkampfes und dem Fazit der letzten Entwicklung des Kapitalismus und der Klassenkämpfe muß das Programm eine Strategie für die folgende Etappe formulieren.

Die Strategie gibt ein System von Handlungen an, das in der konkreten Situation geeignet ist, das Proletariat an die Macht zu führen. Diese Bestimmung der Strategie weist jedes Programmverständnis zurück, welches das Übergangsprogramm der 4.Internationale von 1938 als allzeitig gültiges Kampfprogramm der Arbeiterklasse in der imperialistischen Epoche ansieht. Die 4.Internationale formulierte 1938 in ihrem Programm ein System von Handlungen zur Machtergreifung in der strategischen Erwartung eines bestimmten Verlaufs des zweiten imperialistischen Weltkriegs und vor dem Hintergrund der katastrophalen Niederlage der Arbeiterklasse gegen den Faschismus in Europa. Es liegt auf der Hand, daß sowohl das Fazit der letzten Entwicklungsetappe des Kapitalismus und der Klassenkämpfe als auch die strategischen Erwartungen heute anders sind als 1938. Aus dieser wissenschaftlichen Bestimmung der Methode der Erstellung des Programms ergibt sich, daß wir uns auf eine völlig andere Art und Weise auf das Übergangsprogramm von 1938 beziehen als alle Sekten, die in wahrhaft religiöser Manier versuchen, die konkreten Aufgaben des Klassenkampfs von 1938 heute in die Tat umzusetzen und dabei laufend in Widerspruch zur Realität geraten. Unsere Bezugnahme zum Übergangsprogramm ist eine methodische: Es gilt, nach derselben wissenschaftlichen Methode des Marxismus, wie es die 4.Internationale angesichts des herannahenden Krieges tat, die Strategie zu bestimmen, die die Arbeiterklasse an die Macht führt. Unmittelbar verbunden mit der Entwicklung dieser Strategie ist die Schaffung einer revolutionären internationalen Führung, die diese Strategie in die Praxis umsetzt und an Hand der gemachten Erfahrungen weiterentwickelt - die 4.Internationale muß wiederaufgebaut werden. Voraussetzung hierfür ist die Schaffung einer internationalen Tendenz, die diese Aufgaben von einem internationalen Standpunkt aus angeht.

Die folgenden Thesen führen unser Verständnis der Methode des Übergangsprogramms aus und sind unsere Diskussionsgrundlage für die Fusion mit den Organisationen, die sich wie wir den Aufbau einer internationalen Tendenz zum Ziel gesetzt haben.

1

Der Kapitalismus hat die gesamte menschliche Gesellschaft einer bisher noch nie dagewesenen Umwälzung unterworfen. Die vererbten unterschiedlichen Entwicklungsstufen, das ungleichmäßige Entwicklungstempo der alten Gesellschaften, der verschiedenen Teile der Menschheit, hat er mit seinen Mitteln und Wegen radikal verändert. Getrieben durch die Notwendigkeit,Kapital in immer größerem Maßstab anzuhäufen, hat der Kapitalismus - im Gegensatz zu allen vorangehenden Gesellschaften - sich ständig ausgeweitet, immer neue Gebiete durchdrungen, wirtschaftliche Unterschiede immer mehr ausgeglichen, die verschiedensten Wirtschaftsgebiete zu einem einzigen Weltsystem zusammengeschmolzen.

Diese Tendenzen, von Marx und Engels schon analysiert und beschrieben, sind durch die imperialistische Expansion seit dem Beginn des imperialistischen Zeitalters auf eine neue Stufe gehoben worden. Der Imperialismus schafft eine Weltwirtschaft, der alle nationalen Kapitale unterworfen sind. Er stellt eine internationale Arbeitsteilung her, die nicht an den nationalen Grenzen haltmacht. Doch mit der Unterjochung des gesamten Erdballes, wird die fortschrittlichste Fraktion des Kapitals, das Monopolkapital,zur herrschenden und der Kapitalismus verliert dadurch seine ehemals fortschrittliche Rolle, er hat seine 'zivilisatorischen Aufgaben' (Marx) erfüllt. Der Weltmarkt ist vollständig unter die imperialistischen Mächte aufgeteilt. Das Kapital ist in den Händen weniger Monopolgiganten zentralisiert und konzentriert, die fortan die Geschicke der Menschheit bestimmen. Zwar stellt der Kapitalismus zum ersten Mal in der Geschichte ein System der Weltwirtschaft her; aber nur mit seinen chaotischen Methoden und Wegen, die ständig seine eigenen Errungenschaften untergraben, ein Land dem anderen, einen Industriezweig dem nächsten entgegenstellen, die Weiterentwicklung der reichen Länder nur mit immer verbrecherischeren Raubzügen und Überfällen auf die armen Länder sichern. Der Imperialismus verschärft diese vielfältigen Widersprüche weiter und verleiht ihnen einen explosiven Charakter. Der Kapitalismus ist in seine niedergehende Epoche eingetreten, ein Zeitalter der Kriege und Revolutionen ist angebrochen.

Die sozialistische Revolution ist vom Fernziel zur unmittelbaren Aufgabe geworden. Wie die Entwicklung des Kapitalismus bereits die nationalen Ketten der Produktion gesprengt hat, so kann die sozialistische Revolution im Rahmen des Nationalstaates nicht endgültig siegen. Sie kann ihre Aufgabe - mit der Überwindung der chaotischen kapitalistischen Produktionsverhältnisse eine ungeahnte Entfaltung der Produktivkräfte ermöglichen und so die Menschheit auf eine neue geschichtliche Entwicklungsstufe heben - nur im internationalen Maßstab erfüllen.

Das sind die Grundlagen des proletarischen Internationalismus, wie sie die Politik der Bolschewiki in Rußland bestimmten, die sich bewußt waren, daß der Sieg der Oktoberrevolution 1917 nur wirklich gesichert werden konnte durch die sozialistische Revolution, zumindest in den wichtigsten Industriestaaten Europas. Das ist das Fundament, auf dem heute das Gebäude einer prinzipienfesten revolutionären Politik errichtet werden muß.

2

Das politische Programm der revolutionären Marxisten in der Epoche des niedergehenden Kapitalismus muß in wissenschaftlicher Weise die unumgängliche Methode zur Errichtung der Diktatur des Proletariats, der Weltrepublik der Sowjets (Räte), ausdrücken. Das Proletariat als einzig revolutionäre Klasse im Zeitalter des Imperialismus, kann sein Klassenziel, die Diktatur des Proletariats, jedoch nur erreichen, wenn es sich eine revolutionäre Partei

schafft. Das hat die Geschichte der letzten sechzig Jahre immer wieder gezeigt - Rußland 1917 in positiver Weise, Deutschland 1923 und 1933 und 1953, China 1926/27, Frankreich 1936, Spanien 1936-39, Griechenland 1944, Chile 1973, Portugal Nov. 1975, Argentinien März 1976...in negativer. Die Niederlagen des Proletariats, die immer bedingt waren durch die Krise seiner Führung, zeigen, daß die Arbeiterklasse nur mit einer revolutionären Partei, ausgerüstet mit einer Strategie, die auf den theoretischen Erkenntnissen des Marxismus und den Erfahrungen des internationalen Klassenkampfes beruht, die Macht erringen kann. Eine solche Strategie kann nur als internationale entworfen und ausgearbeitet werden. Das sind die Konsequenzen aus den Tendenzen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems: Revolutionäre Politik muß auf einer wissenschaftlichen Analyse der Gesamtheit des kapitalistischen Weltsystems beruhen; sie ist nur möglich auf der Grundlage eines internationalen Programms, aus dem die nationalen Programme abgeleitet sind.

Trotzki schrieb in seiner Kritik an dem,am VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale von der Stalin/Bucharin-Fraktion vorgelegten,Programmentwurf:
"In unserem Zeitalter, welches ein Zeitalter des Imperialismus, d.h. der Weltwirtschaft und der Weltpolitik ist, welche durch das Finanzkapital beherrscht werden, vermag keine einzige nationale Sektion,ihr Programm lediglich oder auch nur vorwiegend aus den Bedingungen und Tendenzen der nationalen Entwicklung heraus aufzubauen ... die Stunde der nationalen Programme hat zum letzten Mal am 4. August 1914 geschlagen. Eine revolutionäre Politik des Proletariats kann sich nur auf ein internationales Programm stützen, welches dem Charakter der gegenwärtigen Epoche des endgültigen Zusammenbruchs des Kapitalismus entspricht. Ein internationales kommunistisches Programm ist auf keinen Fall eine Summe nationaler Programme, eine Zusammenstellung deren gemeinsamer Züge. Ein internationales Programm muß unmittelbar aus der Analyse der Bedingungen und Tendenzen der Weltwirtschaft und des politischen Weltsystems als eines ganzen hervorgehen, mit all ihren Verbindungen und Widersprüchen, d.h. mit der gegenseitigen antagonistischen Abhängigkeit ihrer einzelnen Teile, In der gegenwärtigen Epoche muß und kann die nationale Orientierung des Proletariats in noch viel größerem Maße als in der vergangenen nur aus der internationalen Orientierung hervorgehen und nicht umgekehrt. Das bildet den grundlegenden und ursächlichen Unterschied zwischen der Kommunistischen Internationale und allen Abarten des nationalen Sozialismus."
('Die intern. Revolution und die KI', Seite 13)

Deshalb kann auch die revolutionäre Partei nur als internationale, als demokratisch-zentralistische Weltpartei aufgebaut werden, deren demokratisch gefaßte internationale Entscheidungen für die nationalen Sektionen verbindlich sind. Der organisatorische Ausdruck des proletarischen Internationalismus ist die Internationale.

Auch und gerade national existierende revolutionäre Kaderkerne werden nur mit einer prinzipienfesten internationalen programmatischen und organisatorischen Grundlage dem Druck von Sozialdemokratie und Stalinismus, dem Einfluß fremder Klassen widerstehen und eine von reformistischen Schwankungen und ultralinken Zickzacks freie, revolutionäre Politik entwickeln können. Im Jahre 1930 schrieb Trotzki an A. Nin, den späteren Führer der spanischen POUM:
"Damit die kleinen nationalen Gruppen, ohne ausreichende theoretische Grundlage, ohne Tradition, ohne Erfahrung, sich im Prozeß der geduldigen Klärung nicht einander auf dem Wege verlieren, muß es fortwährend gegenseitige Nachprüfung, organisierte ideologische Kontrolle, doppelte und dreifache Ideologische Unversöhnlichkeit geben ..."
('Spanische Revolution', Seite 382 f.)
Die politischen Grundlagen der Revolutionäre, ihre Organisierung,müssen von vornherein international sein.

Das Übergangsprogramm ist eine Einheit, es kann nicht in 'Sektoren' zerlegt

werden. Der Kampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Massen ist eine Einheit, in den imperialistischen Zentren, den deformierten Arbeiterstaaten, sowie den halbkolonialen und kolonialen Ländern. Wir lehnen deshalb die Ideologie der 'VS-Internationale' von der 'Dialektik der drei Sektoren der Weltrevolution' ab. Diese Konzeption läßt die Theorie der permanenten Revolution zu einer Sektoren-Ideologie, also einer speziellen Abart des 'nationalen Sozialismus' degenerieren.

3

In der vorimperialistischen, aufsteigenden Phase des Kapitalismus war eine kämpferische reformistische Politik durchaus möglich. Das Minimalprogramm der Sozialdemokratie umfaßte Forderungen, die zwar den bürgerlichen Rahmen nicht sprengten - es war damit keineswegs ein revolutionäres Programm -, aber die programmatische Grundlagen legten zur Erkämpfung von Reformen für die Arbeiterklasse. Der Reformismus der Sozialdemokratie hatte in dieser Phase des Kapitalismus objektiv eine relativ fortschrittliche Rolle, obwohl gleichzeitig wirksame Faktoren der Deformierung des proletarischen Klassenbewußtseins entstanden.

In dem Maße, wie der Kapitalismus (vor dem Hintergrund seiner Entwicklung zum Imperialismus) in seine Niedergangsphase eintritt, schwinden die objektiven Voraussetzungen für eine erfolgreiche reformistische 'Arbeiterpolitik'. Reformismus war nunmehr nur möglich als Klassenkollaboration. Das Minimalprogramm der Sozialdemokratie degenerierte zu einem Programm zur 'Reformierung' des Kapitalismus.

Das Eintreten der internationalen Sozialdemokratie für den imperialistischen Krieg 1914 war der sichtbare Punkt, an dem die Änderung der Funktion, damit des Klassencharakters der sozialdemokratischen Parteien - des Reformismus - festgemacht werden muß. Für die Revolutionäre wurde damit das Verlassen der organisatorischen Hülle des Reformismus und die Überwindung der programmatischen 'Beschränktheit' des Reformismus - eben die Trennung zwischen Minimal- und Maximalprogramm - zur unumgänglichen Notwendigkeit.

Die stalinistischen Parteien der Dritten (kommunistischen) Internationale sind der Sozialdemokratie gefolgt. Sichtbarer Ausdruck des Verlassens der revolutionären Programmatik der ersten vier Weltkongresse, war die Übernahme der menschewistischen Etappentheorie, deren Anwendung z.B. zu den furchtbaren Niederlagen des chinesischen Proletariats in den zwanziger Jahren führte. Die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse 1933 und die nunmehr klar zutage getretene organisatorische Unfähigkeit des Stalinismus, diese Niederlage grundlegend kritisch aufzuarbeiten, war der endgültige Beweis, daß ebenso wie die Sozialdemokratie auch der Stalinismus seinen '4. August' erlebte, d.h. daß sich sein Klassencharakter qualitativ veränderte.

Gegen den Reformismus der Sozialdemokratie und des Stalinismus gehen die Kommunisten davon aus, daß die Aufgaben des Proletariats im Sturz des Kapitalismus, in der Zertrümmerung des bürgerlichen Staatsapparates und in der Errichtung der Diktatur des Proletariats bestehen. Der politische Inhalt der Forderungen des kommunistischen Programms, des Übergangsprogramms, besteht in einem System von Losungen, das von den Kämpfen der Arbeiter um ihre Tagesinteressen ausgehend, unweigerlich zum Kampf um die Macht führt.

4

Wir gehen davon aus, daß im Zuge des niedergehenden Kapitalismus, der Epoche des Imperialismus, aufgrund seines tiefgehenden ökonomischen und gesellschaft-

lichen Krisencharakters ein konsequenter Kampf des Proletariats für seine Tagesinteressen mit dem gesamten kapitalistischen System in einen unversöhnlichen Widerspruch geraten muß.

Das Übergangsprogramm geht von der Krise des Kapitalismus, von den 'strukturellen Tendenzen' des Kapitalismus in seiner imperialistischen Epoche aus.Die objektiven Grundlagen der Übergangslosungen und ihre Dynamik bestehen darin, anzusetzen an diesen strukturellen Tendenzen, diesen Krisenformen des Kapitalismus, und den Kämpfen der Arbeiterklasse, die sich notwendigerweise gegen diese 'Grundübel' (Trotzki) richten, eine zusammenfassende Perspektive bis hin zur Eroberung der Staatsmacht zu weisen.

Zur Verdeutlichung: Arbeitslosigkeit und Inflation sind notwendige Ergebnisse der kapitalistischen Produktion, die gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit sind darauf die notwendigen Antworten der Arbeiterklasse. Warum? Weil diese Losungen 1. aktuell an dem Bedürfnis der gesamten Klasse ansetzen, nämlich die Trennung von Beschäftigten und Unbeschäftigen aufzuheben, den Lebensstandard zu halten etc., 2. einen generellen Kampf gegen die kapitalistische Profitlogik ansagen und 3. in gewisser Weise (embryonal) das System der sozialistischen Produktion vorwegnehmen.

Natürlich ist das Übergangsprogramm nicht das Programm der sozialistischen Gesellschaft. Heute ein Programm der Übergangsgesellschaft zu entwerfen, wäre in der Tat unmarxistisch und idealistisch. Wie hieß es doch in einem Brief von Karl Marx an Ruge: *"Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier kniee nieder! Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien."*
Das heißt: das Übergangsprogramm ist mehr als'nur'der Weg zur Diktatur des Proletariats, mehr als 'nur' die Negation der bürgerlichen Gesellschaft. Es nimmt schon heute zentrale Momente der Übergangsgesellschaft auf, nicht weil wir uns diese 'ausdenken' (der Gesellschaft doktrinär entgegentreten), sondern weil aus dem Kampf gegen die kapitalistische Profitlogik und die kapitalistische Gesellschaft insgesamt die historischen Interessen des Proletariats hervorwachsen. Mit anderen Worten: Arbeitslosigkeit ist notwendige Konsequenz kapitalistischer Produktion in der Krise, der Kampf gegen Arbeitslosigkeit wird unter der Losung der gleitenden Skala der Löhne und der Arbeitszeit geführt, d.h. Arbeit für alle Hände. Wie ist dies möglich? Nur unter der Bedingung,daß die Produktion der Gesellschaft nach einem einheitlichen gesellschaftlichen Plan organisiert wird. Trotzki drückt diesen Umstand deutlich aus:
"Was ist diese Losung (die gleitende Skala)? In Wirklichkeit ist sie das Arbeitssystem der sozialistischen Gesellschaft."
(Diskussion über das Übergangsprogramm, 'Schriften zum Programm', Seite 60)

Die von der revolutionären Partei aufgestellten Übergangslosungen dienen also dazu, die Klasse für den Kampf um die Macht zu einen und schon bestimmte Kernpunkte der Übergangsgesellschaft zu formulieren und vorwegzunehmen. Allerdings ist die Machtübernahme durch das Proletariat ein qualitativer Sprung, der die Übergangslosungen positiv aufhebt: Z.B. die Arbeiterkontrolle wird positiv aufgehoben, indem die Arbeiter nach der Machtübernahme nicht mehr die kapitalistische Produktion kontrollieren (da sie zerschlagen ist), sondern die wirklich gesellschaftliche Produktion und Verteilung nach den Bedürfnissen des proletarischen Staates organisieren; aus den Räten als 'Doppelherrschaftsorgane', Organe des Proletariats zur Zersetzung und Zertrümmerung der bürgerlichen Staatsgewalt, werden die wesentlichen Träger der neuen proletarischen Staatsmacht; die zum Sturz der bürgerlichen Gesellschaft aufgestellten Arbeitermilizen werden nach der Revolution ausgebaut, vom proletarischen Staat materiell unterstützt bis zur Bewaffnung der gesamten Arbeiterklasse.

5

"... es gilt jedes Bedürfnis der Massen zum Ausgangspunkt der revolutionären Kämpfe zu nehmen, die erst vereint den mächtigen Strom der sozialen Revolution bilden ... um aber diese Aufgabe zu erfüllen, haben die kommunistischen Parteien Forderungen aufzustellen, deren Erfüllung ein sofortiges, unaufschiebbares Bedürfnis der Arbeiterklasse bildet, ob sie mit der Profitwirtschaft der kapitalistischen Klasse vereinbar sind oder nicht ... an Stelle des Minimalprogramms der Reformisten und Zentristen setzt die Kommunistische Internationale den Kampf um konkrete Bedürfnisse des Proletariats, um ein System von Forderungen, die in ihrer Gesamtheit die Macht der Bourgeoisie zersetzen, das Proletariat organisieren, Etappen im Kampf um die proletarische Diktatur bilden und deren jede für sich dem Bedürfnis der breitesten Massen Ausdruck verleiht, auch wenn diese Massen noch nicht bewußt auf dem Boden der proletarischen Diktatur stehen."
(Thesen zur Taktik, 3. Weltkongreß der KI)

Die Forderungen des Übergangsprogrammes sind im Kapitalismus auf Dauer nicht zu verwirklichen, da sein Inhalt mit dem Bestand der kapitalistischen Gesellschaft unvereinbar ist. In dem Maße, in dem die Arbeiterklasse im Kampf selbst immer gesteigerte Losungen aufgreift, wird die Bourgeoisie ihre Gegenmaßnahmen verstärken bis hin zur militärischen Konterrevolution. Für die Kommunisten ergibt sich die Notwendigkeit, nicht nur einzelne Übergangslosungen in die Kämpfe einzubringen, sondern ein System solcher Losungen, die miteinander verbunden der Arbeiterklasse den Weg zur Machtergreifung ermöglichen und aufzeigen. Auch der konsequenteste Kampf um eine einzelne dieser Losungen muß unweigerlich mit einer Niederlage der Arbeiter enden, wenn diese in ihrem Kampf stehen bleiben. Erst dann wird es der Bourgeoisie mit Hilfe ihrer reformistischen Agenten in den Reihen der Arbeiterklasse gelingen, die Kämpfe der Arbeiter zu isolieren, aufzusplittern und wenn nötig auch militärisch niederzuschlagen.

Aus dem Gesagten ergibt sich also, daß die Durchsetzung 'einer' solchen Übergangslosung selbst in einem Teilbereich der Gesellschaft einen labilen Charakter aufweist und nach einer Lösung drängt. Entweder gelingt es der Bourgeoisie, den Erfolg der Arbeiterklasse rückgängig zu machen, oder die Arbeiterklasse kann das Erreichte ausweiten und schließlich auf gesamtgesellschaftlicher Ebene die Macht in Frage stellen.

Ein gefährlicher Trugschluß ist die Annahme, es genüge bloß die Perspektive des Sozialismus anzugeben, d.h. sich darauf beschränken zu sagen, daß nur der Sozialismus die Probleme der Arbeiterklasse lösen könne. Ein derartiges Herangehen würde die Kommunisten völlig isolieren, da dabei der konkrete Bewußtseinsstand der kämpfenden Arbeiter - die in ihrer Masse zwar bereit sind, gegen die Auswirkungen des Kapitalismus, aber noch nicht für den Sozialismus zu kämpfen - ignoriert wird. Eben weil die Einsicht in die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur bei breiten Schichten der Arbeiterklasse nicht vorhanden ist, ist es notwendig, in den Kämpfen selbst - durch die Intervention auf der Grundlage des Übergangsprogramms - diesen Schichten die notwendigen Erfahrungen zu ermöglichen, so daß sie im Kampf die Perspektive des Sozialismus, die Notwendigkeit der Machtergreifung, als praktische Notwendigkeit begreifen.

6

Die krisenhafte Entwicklung des kapitalistischen Systems kann äußerst unterschiedliche Formen annehmen, und dementsprechend kann sich der Kampf und die Radikalisierung der Arbeiterklasse über ganz verschiedene Bahnen entwickeln.

Dem müssen die Kommunisten in ihrer Intervention, in ihren zentralen Losungen und deren politischer Zuspitzung Rechnung tragen - sie müssen jedoch immer die Notwendigkeit der Machtergreifung des Proletariats offen darlegen.

Wieder als Beispiel: Im Kampf gegen Inflation und Arbeitslosigkeit, d.h. im Kampf für das Recht auf Arbeit und menschenwürdige Existenz und im Kampf für die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse in einen arbeitenden und einen arbeitslosen Teil, der der ständigen Gefahr der Pauperisierung ausgesetzt ist, werden weitere Forderungen des Übergangsprogramms auf die Tagesordnung gesetzt,bis hin zur Bewaffnung der Arbeiter, der Errichtung der Doppelherrschaft und der Diktatur des Proletariats. Ob die Phase der Doppelherrschaft eingeleitet wird durch eine Phase des Kampfes um die Arbeiterkontrolle der Produktion oder gleich mit der Existenz von national ausgebreiteten und koordinierten Räten beginnt, läßt sich nicht a priori bestimmen. Mehrere Faktoren, wie das Vorhandensein einer starken revolutionären Partei, der Umfang der Klassenkämpfe im internationalen Rahmen usw., werden dabei maßgebend sein. Mit Bestimmtheit kann man nur sagen, daß eine bloß auf den Produktionssektor ausgerichtete ('ökonomische') Doppelherrschaft letztlich scheitern muß, wenn sie nicht zur 'politischen' wird, d.h. letztlich zur Machtergreifung des Proletariats führt.

Der Kampf um die Forderung der gleitenden Skala der Löhne und der Arbeitszeit erfordert Schaffung von Komitees, die ständig die Entwicklung der Preise überwachen, sowie die Bildung von Fabrikkomitees, deren Aufgaben in der Öffnung der Bücher, der Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß usw., zu sehen sind. Diese Maßnahmen und die Aufgaben der sie durchführenden Komitees müssen sich ständig erweitern und bilden so die Voraussetzungen für die Arbeiterkontrolle über die Produktion und Verteilung. Die tatsächliche Bildung von Fabrikkomitees und die Besetzung der Betriebe versetzen *"dem Götzenbild des kapitalistischen Eigentums einen schweren Schlag. Jeder Besetzungsstreik stellt praktisch die Frage, wer der Herr in der Fabrik ist: der Kapitalist oder die Arbeiter."* (Übergangsprogramm) Die Öffnung der Bücher, d.h. die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, legt die Manipulation der Kapitalisten vor der gesamten Arbeiterklasse offen dar und leitet über zur Forderung nach Enteignung der Banken und Verstaatlichung des Kreditsystems unter Arbeiterkontrolle. Genau in diesem Sinne stellen die Fabrikkomitees letztlich nichts anderes dar, als die Keimformen der national organisierten Räte.
"Die Verschärfung des Kampfes des Proletariats bedeutet die Verschärfung der Methoden des Gegenangriffs von seiten des Kapitals. Die neuen Streikwellen mit Fabriksbesetzungen können und werden unausweichlich energische Gegenmaßnahmen der Bourgeoisie als Reaktion hervorrufen. Die Vorbereitungen dazu werden schon jetzt in den Generalstäben der Trusts getroffen. Wehe den revolutionären Organisationen, wehe dem Proletariat, wenn sie wieder unvorbereitet überrascht werden und sich auf Improvisationen verlassen."
(Übergangsprogramm)
Die Kommunisten müssen von Beginn der Kämpfe an auf die Bewaffnung der Arbeiterklasse hinarbeiten. Zuerst durch die Aufstellung von Streikposten und deren Bewaffnung gegen Streikbrecher, Polizei und faschistische Banden. Schließlich mit der Bildung von Arbeiterschutzkommandos, eigener paramilitärischer Verbände, bis hin zur Situation der Doppelherrschaft auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, wo die allgemeine Bewaffnung der Arbeiterklasse sowie die Entwaffnung der Bourgeoisie unmittelbar auf der Tagesordnung stehen.

"Engels definiert den Staat als besondere Formation bewaffneter Menschen. Die Bewaffnung des Proletariats ist ein unabdingbarer, wesentlicher Teil seines Befreiungskampfes. Wenn das Proletariat es will, findet es Mittel und Wege, sich zu bewaffnen." (ebenda)

Zur Methodik des Übergangsprogrammes gehört es nicht, immer und überall aus-

schließlich zu wiederholen, daß der Sozialismus (oder schlimmer: daß das Übergangsprogramm) notwendig ist. Sie besteht weder darin, Taktiken oder bestimmte Kampfformen zur Strategie zu erheben, noch darin, besondere Programme für einige Sektoren oder verschiedene Programme für unterschiedliche soziale Sektoren zu erstellen; auch nicht darin, das einheitliche Programm in verschiedene Teile zu zerreißen, die untereinander autonom sind oder der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten ein Paket von spezifischen ökonomischen Forderungen vorzuschlagen, die nur einen Teil des Proletariats - und sei er noch so groß - betreffen.

Vor allem aber widerspricht es der Methode des Übergangsprogramms, das proletarische Bewußtsein graduell steigern zu wollen - von einem sehr niedrigen Niveau auf ein etwas höheres, dann auf ein wieder etwas höheres usw. -, vielmehr wird das proletarische Bewußtsein von der jeweiligen Stufe, auf der es sich befindet, sprunghaft zur Erkenntnis der Notwendigkeit des Sozialismus gelangen. Die Kommunisten machen ihre Strategie nicht abhängig von der angeblichen mangelnden 'Reife' der Arbeitermassen, um sie z.B., wenn sie stark reaktionär beeinflußt sind, zunächst für die bürgerliche Demokratie, dann für den Reformismus, darauf für den Zentrismus und schließlich für den Kommunismus zu gewinnen. In Wirklichkeit ist hier ein Sprung möglich und notwendig.

7

Die Methode des Übergangsprogramms stellt auch deswegen eine Überwindung des alten Minimalprogramms dar, weil es nicht zwischen einer Phase des Kampfes für demokratische Freiheiten und einer des Kampfes um den Sozialismus unterscheidet, sondern den Kampf für demokratische Rechte in den Kampf für den Sozialismus einbettet. In den fortgeschrittenen, imperialistischen Ländern ist es ganz offensichtlich, daß ein isolierter Kampf für bürgerlich-demokratische Rechte nicht die geringste progressive Funktion hat. Die Form der bürgerlichen Demokratie, genauer die 'demokratische Konterrevolution' war es, die in der Nachkriegszeit das Überleben und die Festigung der Macht des Kapitalismus ermöglicht hat, die während des 2. Weltkrieges erschüttert worden war.

Alle bürgerlich-demokratischen Freiheiten, die vom Proletariat nicht selbst und direkt kontrolliert werden, haben sich gegen das Proletariat gewandt und die wahre Natur der Klasseninteressen gezeigt, die durch sie verteidigt werden. Wenn hingegen das Proletariat einige dieser demokratischen Rechte nutzen wollte, um seinem Standpunkt zum Siege zu verhelfen, hat das immer eine generelle Auseinandersetzung mit dem Kapital zur Folge gehabt, deren Tragweite über die Frage der demokratischen Freiheiten weit hinausging,

Für Revolutionäre muß die Konsequenz daraus heißen: Unabhängig von der Form und der Dauer, in der sich Massenbewegungen für die Verteidigung von demokratischen Rechten entwickeln können, die von Teilen oder auch von der überwiegenden Mehrheit der Bourgeoisie bedroht bzw. eingeschränkt werden, oder Kämpfe für die Erlangung demokratischer Rechte, die vom bürgerlichen Regime noch nicht akzeptiert worden sind, wirken die Revolutionäre an den Massenkämpfen und in den Strukturen (Organen), die Ausdruck dieser Bewegung sind, mit. Sie beteiligen sich jedoch an den Kämpfen mit ihrem eigenen revolutionären Programm, machen selbständig Vorschläge zu den anstehenden Fragen und bewahren immer ihre organisatorische Selbständigkeit.

Die Kommunisten haben nichts mit dem Programm der Reformisten gemein, das darin besteht, die demokratischen Rechte 'als solche' zu verteidigen bzw. zu erkämpfen, vielmehr bekämpfen sie die Illusionen über den wirklichen Charakter dieser 'Rechte' und über die Rolle der 'progressiven' Bourgeoisie im allgemeinen, die die Massenbewegung mit sich bringt. Stattdessen füllen die Re-

volutionäre den Kampf für demokratische Freiheiten mit Klasseninhalten! Erstens, um auf die reellen Forderungen der Klasse zu antworten, die in der Epoche des niedergehenden Kapitalismus niemals Forderungen zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie sein können, zweitens um die Klasse wirklich mobilisieren zu können, drittens weil sie sich des illusionistischen Charakters eines 'demokratischen Kampfes' bewußt sind, der den Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht überschreitet.

Nochmals: Das Proletariat muß auch für demokratische Freiheiten kämpfen, aber mit seiner Methode, nach seinen Klasseninteressen und mit der Perspektive, den Kampf für bürgerlich-demokratische Rechte sofort auszunutzen, um die Kampfbedingungen, unter denen es das eigene Programm und Klassenziel ansteuert, zu verbessern. *"Wir verteidigen die Demokratie mit den Mitteln und Methoden des Proletariats. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie vertrauen wir diese Verteidigung nicht dem bürgerlichen Staat an."* (Trotzki) Insbesonders im Kampf gegen den Faschismus spielen bürgerlich-demokratische Illusionen eine verhängnisvolle Rolle.

"Vom bürgerlichen Staat zu verlangen, daß er die faschistischen Banden entwaffne, wie es die Stalinisten tun, bedeutet, den Weg der deutschen Sozialdemokratie und des Austromarxismus einzuschlagen ...Eine demokratische Regierung kann, das ist wahr, - wenn es ihr notwendig erscheint - individuelle Faschistengrüppchen entwaffnen, aber nur, um mit größerer Grausamkeit die Arbeiter entwaffnen zu können und sie daran zu hindern, sich selbst zu bewaffnen. Am Tag danach wird der bürgerliche Staat den Faschisten, die er erst gestern 'entwaffnet' hat, die Möglichkeit geben, sich doppelt so gut zu bewaffnen und ihre Waffen mit doppelter Kraft auf das entwaffnete Proletariat zu richten. Sich an den Staat, d.h. an das Kapital zu wenden mit der Forderung, die Faschisten zu entwaffnen, heißt die übelsten demokratischen Illusionen auszusäen, die Wachsamkeit des Proletariats einzulullen, seinen Willen zu brechen. In Bezug auf die Bewaffnung der faschistischen Banden besteht die korrekte revolutionäre Politik in der Schaffung von bewaffneten Arbeiterabteilungen für den Zweck der Selbstverteidigung und in dem unermüdlichen Ruf an die Arbeiter, sich selbst zu bewaffnen ...Der Armee zu vertrauen, daß sie die Verteidigung der Arbeiterorganisationen gegen den Faschismus aus eigener Initiative, und auch, daß sie die Übertragung der Macht in die Hände des Proletariats garantiere, heißt den harten Lektionen der Geschichte goldene Illusionen zu substituieren." "Die Entwaffnung der Faschisten ist eine schändliche Losung, wenn sie an die bürgerliche Polizei gerichtet ist. Die Entwaffnung der Faschisten ist eine ausgezeichnete Parole, wenn sie an die revolutionären Arbeiter gerichtet ist." (Trotzki)

8

In seiner imperialistischen Phase ist der Kapitalismus nicht mehr imstande, die Produktivkräfte qualitativ und dauerhaft weiterzuentwickeln. Ständige Bedrohung der sozialen Existenz der breiten Massen sowie imperialistische Kriege sind Ausdruck dieser Tatsache. Die einzige Klasse, die letztlich den Fortbestand der gesamten Menschheit sichern kann, ist die Arbeiterklasse. Der Kapitalismus kann seine Herrschaft nur durch immer stärkere Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und der ausgebeuteten Schichten des Kleinbürgertums in den imperialistischen Ländern, sowie den kolonialen und halbkolonialen Ländern aufrechterhalten. Die Voraussetzung zur Lösung der Probleme aller dieser Klassen und Schichten stellt die Diktatur des Proletariats dar. Daraus ergibt sich, daß das Proletariat in seinem Kampf gegen den Imperialismus das Bündnis mit den ausgebeuteten Schichten des Kleinbürgertums auf der Basis des proletarischen revolutionären Programms suchen muß.

Diese Schichten haben in der kapitalistischen Gesellschaft keine stabile und

dauerhafte ökonomische Existenz, ihre soziale Existenz ist dauernd bedroht und ihr politisches Verhalten ist bestimmt durch ein Schwanken zwischen den beiden Hauptklassen, der Bourgeoisie und dem Proletariat. Um zu verhindern, daß die ausgebeuteten Schichten des Kleinbürgertums zum Stoßtrupp der Konterrevolution werden, müssen die Kommunisten durch Einbringen ihres Programms diesen Massen die Notwendigkeit des Bündnisses mit der Arbeiterklasse verdeutlichen. Diese Sektoren und Verbindungsglieder zwischen den zwei Hauptklassen (die in manchen Ländern die Mehrheit der Bevölkerung darstellen) können noch eine progressive Rolle spielen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sie fest mit dem Programm der proletarischen Revolution verankert sind. Daher die Lebensnotwendigkeit für das Proletariat, die dringlichsten Forderungen dieser Schichten in das eigene politische Programm aufzunehmen, oder aber, sie ganz klar abzulehnen, wenn ihre Weiterexistenz die Anwendung des Programms beeinträchtigt (das ist der Fall bei den stalinistischen Bürokratenkasten, aber es ist auch der Fall bei der Masse der kleinen und großen Bürokraten im Apparat der bürokratischen "Arbeiterparteien" in den kapitalistischen Staaten, in den Gewerkschaften und den Genossenschaften, das ist der Fall bei allen parasitären Sektoren, die künstlich vom Kapitalismus am Leben erhalten werden, weiters beim städtischen und ländlichen Subproletariat, dem das Proletariat nur die Perspektive der Integration in seine Klasse anbieten kann).

Das proletarische Programm wendet sich an alle Schichten der arbeitenden Bevölkerung, an die Studenten, an die radikalisierten Frauen, an die Soldaten, an die Befreiungs- und Emanzipationsbewegungen, die sich aus verschiedenen Schichten zusammensetzen, an verschiedene soziale Klassen wie die Bauern oder das Kleinbürgertum. Sie alle können, auch wenn sie nicht zum Proletariat gehören, dennoch für ein politisches Programm gewonnen werden, wenn es die diversen spezifischen Ansprüche aller dieser Schichten berücksichtigt.

9

In der revolutionären Situation, zu der wir mit unserer Agitation, Propaganda, Aktion und Organisation gelangen müssen, wird das auslösende Moment, das der Gesamtheit unseres Programms reale Gültigkeit verleihen wird, die Erhebung, der Aufstand sein, ob ihm ein Generalstreik vorausgegangen ist oder nicht.

Die Pazifisten, Reformisten und Rechtszentristen aller Art lächeln über die Parole 'Aufstand', als sei es eine alte Erinnerung an das 19. Jhdt. Die linken Zentristen, ultralinke und zum Terrorismus neigende Gruppen, sind bis heute nicht in der Lage, den Sinn der politischen Vorbereitung des Aufstandes zu verstehen. Im besten Falle werden sie es als die (lächerliche) Notwendigkeit verstehen, einige Gewehre für den entscheidenden Tag beiseite zu legen. Die Perspektive des Aufstandes bereitet man weder militärisch noch technisch außerhalb von revolutionären Situationen vor. Man bereitet sie politisch vor, indem man beginnt, sie unter den Massen zu propagieren, und indem man den Mitgliedern der Partei selbst verständlich macht, daß sie unvermeidlich aus der Klassennatur des Konfliktes unserer Epoche hervorgeht. Die Mitglieder der Partei dazu erziehen, daß zwischen der alltäglichen Routine von heute und der Diktatur des Proletariats der Aufstand und nicht ein Übergang zur Macht liegt, heißt verständlich zu machen, welche Dynamik sich effektiv eröffnet, wenn die Massen die gegen die Interessen des kapitalistischen Systems gerichteten Ziele zu erreichen versuchen, verständlich zu machen, welche Aufgaben sich am Tage nach - oder im Verlauf - der Bildung einer Arbeiterregierung stellt, die darangeht, die ganze Macht an sich zu nehmen. Eine Avantgarde, die nicht ständig und bewußt auf die Perspektive des Aufstandes

vorbereitet ist, wird nicht einmal in der Lage sein, den Weg dorthin vorzubereiten. Das Unverständnis der realen Dynamik der Klassenauseinandersetzungen wird bewirken, daß eine solche 'Avantgarde' immer an partiellen Errungenschaften der Arbeiterbewegung 'klebenbleibt', selbst in einem Moment, da die Dynamik der permanenten Revolution es notwendig macht, diese Errungenschaften - und seien sie noch so groß - zu riskieren, um den Aufstand zu organisieren.

Beim Fehlen einer politischen Partei, die mit einem solchen Programm gerüstet ist, bleiben den Massen, die an den Rand der revolutionären Zuspitzung der Krise gelangt sind, zwei Perspektiven: Die erste - und häufigste - ist die des physischen Massakers und des Triumphs der bürgerlichen Diktatur, die andere - die sich in einer außergewöhnlichen Situation verifiziert - ist die Bildung eines bürokratisch deformierten Arbeiterstaates, einer Karrikatur der Diktatur des Proletariats, der unfähig ist, ein Land zum Sozialismus zu führen.

Der Aufstand ist weder eine Taktik noch eine Strategie. Er ist die logische Krönung des Kampfes für das System von Übergangslosungen, er ist die konkrete Aufgabe der sich formierenden Arbeitermacht und der Augenblick, in dem das Programm der Revolutionäre von den Massen verstanden und akzeptiert wird, die damit auf ein revolutionäres Bewußtseinsniveau gelangt sind.

10

"Die kommunistische Partei ist ein Teil der Arbeiterklasse und zwar der fortgeschrittenste, klassenbewußteste und daher revolutionärste ... Die kommunistische Partei hat keine von den Interessen der gesamten Arbeiterklasse abweichenden Interessen ...Die kommunistische Partei ist der organisatorisch-politische Hebel, mit dessen Hilfe der fortgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse die gesamte Masse des Proletariats und des Halbproletariats auf den richtigen Weg lenkt."
(II. Weltkongreß der KI)

Erst die politische und organisatorische Verschmelzung der kommunistischen Kader mit den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse wird es ermöglichen, immer breitere Teile des Proletariats und der ausgebeuteten Schichten des Kleinbürgertums in den Kampf gegen die bürgerliche Herrschaft miteinzubeziehen.

Die Einbringung der Übergangslosungen als unmittelbare Kampflosungen muß - von den Erfahrungen der Arbeitervorhut ausgehend - dieser eine Vertiefung ihrer Erfahrungen ermöglichen und so immer größere Teile der Arbeiterklasse für den Sturm auf die kapitalistische Festung zu rüsten. Die Grundlage des Kampfes um die Gewinnung der Arbeitervorhut ist ausschließlich das Übergangsprogramm. Erst wenn die fortgeschrittensten Arbeiter auf dem Boden dieses Programms stehen, werden sie tatsächlich zur revolutionären Avantgarde, zu revolutionären Kadern der Partei. Denn: *"Das Programm muß die objektiven Aufgaben der Arbeiterklasse eher ausdrücken als die Rückständigkeit der Arbeiter. Es muß die Gesellschaft widerspiegeln, so wie sie ist, und nicht die Rückständigkeit der Arbeiterklasse. Es ist ein Werkzeug, die Rückständigkeit zu überwinden und zu besiegen... In erster Linie ein klares Bild der objektiven Lage geben, der historischen Aufgaben, die dieser Lage entspringen, unabhängig davon, ob die Arbeiter heute reif dafür sind oder nicht. Unsere Aufgaben hängen nicht von der Mentalität der Arbeiter ab."* (Trotzki, Diskussion über das Übergangsprogramm, in: SzP., S. 57-58) Daher ist jede Position des Aufweichens des revolutionären Programms - um den momentanen politischen Stimmungen der Arbeitervorhut 'entgegenzukommen' - entschieden abzulehnen, da sie die revolutionären Kader auf das Niveau der meist vom Reformismus linker

Prägung oder vom Zentrismus beherrschten Arbeitervorhut herabdrückt.

Auch in sogenannten Tageskämpfen muß stets die Perspektive der Machtergreifung aufgezeigt werden, wenn auch nicht als unmittelbare, aktuelle Kampflosung! Das Bewußtsein der Arbeiterklasse entwickelt sich sprunghaft, es durchläuft nicht verschiedene Etappen, bis es revolutionäres Bewußtsein ist. Auch aus diesem Grunde haben die Kommunisten die Pflicht, in solchen Kämpfen der Massen ihr volles revolutionäres Programm einzubringen, die ursprünglich mit unzulänglichen, vom reformistischen Bewußtsein der Arbeiter getragenen Zielen begonnen haben.

Die notwendige Vertiefung und Ausweitung der Kämpfe, der Erfolg in den Teilkämpfen ist jedoch nur möglich bei größtmöglicher Einheit der Arbeiterklasse. In einer Situation, in der die Arbeiterklasse politisch in Reformismus, Zentrismus und einen revolutionären Teil gespalten ist, ist die Taktik der Aktionseinheit bzw. der Einheitsfront ein unerläßliches Mittel, diese Spaltung im Kampf selbst zu überwinden. Nur im Kampf selbst werden diejenigen Schichten, die noch ihren reformistischen und zentristischen Führern folgen, den Verrat dieser Führer erkennen können. Die Taktik der Aktionseinheit oder Einheitsfront darf jedoch von den Kommunisten niemals mit grundsätzlichen programmatischen Zugeständnissen und Verschweigen oder Verwischen der bestehenden Differenzen erkauft werden.

In der Etappe des Parteiaufbaues, in der der revolutionäre Kader auf das Niveau einer Propagandagruppe zurückgeworfen ist, d.h. wo die Arbeit der Revolutionäre vor allem durch die Vorrangigkeit der Propaganda für das revolutionäre Programm gekennzeichnet ist, die Kämpfe der Arbeiterklasse noch sehr begrenzt sind und auf sehr niedrigem Niveau stehen, stellt sich das Einbringen von Übergangsforderungen in den Kampf des Proletariats in aller Regel nicht in der Form von aktuellen Kampflosungen. In dieser Etappe des Parteiaufbaues, in der die 'ursprüngliche Akkumulation von revolutionären Kadern' die Hauptaufgabe des Kaderkerns ist, hat die Propaganda mit dem Programm und für das Programm auch in der Arbeit innerhalb der Arbeiterklasse absolute Priorität.

Das bedeutet, jede Konzeption scharf zu bekämpfen, nach der einzelne Losungen aus dem Zusammenhang des Systems von Übergangsforderungen herausgerissen werden (Aufsplitterung, um auf die rückständige Mentalität der Arbeiter und ihre partiellen Interessen 'Rücksicht' zu nehmen. Selbst in solchen Kämpfen (z.B. Lohnkämpfen), die ursprünglich mit einem äußerst geringen Bewußtseinsstand der beteiligten Arbeiter beginnen, müssen die Kommunisten in ihrer Propaganda erklären, daß die Lösung der Probleme der Arbeiterklasse nur durch die Zerschlagung und Überwindung des bürgerlichen (Lohn)systems und die Machtübernahme der Arbeiterklasse erreicht werden kann.

Das bedeutet nicht, die Losungen des revolutionären Programms in jeder Situation des Klassenkampfes, gleich einem Gebetbuch, aufzusagen. Einzelne dieser Losungen können und müssen - der konkreten Situation entsprechend - besonders betont und hervorgehoben werden. Sie bleiben damit aber Bestandteil des Systems von Übergangsforderungen.

Es ist dabei unmöglich, im Voraus zu bestimmen, welche dieser Losungen zuerst besonders hervorgehoben werden muß oder als unmittelbare Kampflosung herausgegeben wird. In der Realität des Klassenkampfes kann die Bewaffnung der Arbeiterklasse eher auf der Tagesordnung stehen als die Forderung nach Öffnung der Bücher.

Zur Gewerkschafts-frage

I. Die Gewerkschaften im Imperialismus

1. Die Gewerkschaften entstanden als permanente Einheitsfrontorgane der Arbeiterklasse um beim Verkauf der Ware Arbeitskraft dem Kapitalisten kollektiv, und möglichst einheitlich gegenüberzutreten.

Diese Aufgabe ist aktueller denn je zuvor. Besteht doch im Imperialismus die permanente Tendenz des Kapitals, seine Verwertungsbedingungen durch die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, durch Entlassungen und Lohndruck zu verbessern. Es ist die Pflicht der Kommunisten aufzuzeigen, daß der Kampf der Gewerkschaften gegen die Abwälzung der kapitalistischen Krise auf die Arbeiterklasse, nur dann dauerhafte Erfolge erzielen kann, wenn dieser Kampf über den ökonomischen Kampf hinausgeht, wenn dieser Kampf geführt wird um die Zerschlagung des bürgerlichen Lohnsystems, d. h. die sozialistische Revolution.

2. *"Die Gewerkschaften haben kein revolutionäres Programm, und können es angesichts ihrer Aufgaben, ihrer Zusammensetzung und der Art und Weise ihrer Mitglieder gar nicht haben; deshalb können sie die Partei nicht ersetzen."* (Trotzki, 'Übergangsprogramm'). Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die Gewerkschaft um ihre Aufgaben wahrzunehmen, möglichst umfassend sein muß, d. h. die unterschiedlichsten Schichten des Proletariats organisiert, mit den unterschiedlichsten Bewußtseinsformen.

Die revolutionäre Organisation dagegen umfaßt nur die klassenbewußte Avantgarde, die durch ihre zentralisierte Intervention in den Klassenkampf die Arbeiterklasse insgesamt, über alle Teilinteressen hinweg, zu ihrer historischen Aufgabe führen soll.

3. Die Gewerkschaften werden heute geführt und beherrscht von einer Gewerkschaftsbürokratie. *"Die materiellen Grundlagen für die Entstehung der Gewerkschaftsbürokratie, im aufsteigenden Monopolkapitalismus, war die Möglichkeit, Teile der Arbeiterklasse über materielle Verbesserungen an sich zu binden. Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie sind die sozialen Träger dieser Agentur der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse" ... "Im niedergehenden Kapitalismus sorgt die Gewerkschaftsbürokratie dafür, daß die objektive Schranke, die dem Kapitalismus im Lohnkampf gesetzt ist, nicht durchbrochen wird."* (Grundsatzerklärung Spartacusbund). Sie versucht die Arbeiterkämpfe abzuwürgen oder in die Irre zu führen, letztlich die Kämpfe der Arbeiterklasse auf dem Boden des Kapitalismus zu belassen.

4. In der Epoche des Imperialismus ist reformistische Politik immer eine Form der Klassenkollaboration, d. h. Zusammenarbeit bis Verschmelzung der Gewerkschaftsführung mit dem bürgerlichen Staatsapparat.

Gerät die imperialistische Wirtschaft in die Krise, ist es den Gewerkschaften mit ihrer heutigen reformistischen Führung nicht möglich, auch nur die unmittelbaren materiellen Interessen der Arbeiterklasse ernsthaft und erfolgreich zu verteidigen. Die einzigen Antworten auf die Grundübel des Kapitalismus - Arbeitslosigkeit, Inflation etc., die tatsächlich den Lebensstandard der Arbeiterklasse sichern können, sind jene, die im Übergangsprogramm aufgezeigt werden. In diesem Sinne ist das Übergangsprogramm in seinen Grundzügen nicht nur das Programm der revolutionären Partei, es ist auch das Programm der Kommunisten in den Gewerkschaften.

Damit die Gewerkschaft wieder ein Instrument der Arbeiterklasse werden kann, ist es notwendig, die völlig der reformistischen Logik entsprechende Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staatsapparat zu bekämpfen. In der Epoche des Imperialismus sind vom bürgerlichen Staatsapparat unabhängige Gewerkschaften nur unter revolutionärer Führung möglich. D. h. Gewerkschaften, die ihren Kampf auf der Basis des Übergangsprogramms führen. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich der hohe Stellenwert unserer Forderung nach Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat. Sie stellt für uns einen Hebel dar, die Arbeiterklasse auch auf der Ebene des gewerkschaftlichen Kampfes frontal der Bourgeoisie gegenüber zu stellen. Aus der Dynamik des Übergangsprogramms und der objektiven Tendenz ökonomischer Kämpfe im niedergehenden Imperialismus eine politische Dimension zu erhalten, ergibt sich so die Möglichkeit, diese Kämpfe bis zum Stellen der Machtfrage zuzuspitzen.

5. Eingebettet in den Kampf gegen den Kapitalismus und in den Kampf um eine vom bürgerlichen Staat unabhängige, d. h. unter Revolutionärer Führung stehender Gewerkschaft, ist der Kampf um Arbeiterdemokratie in den Gewerkschaften!

Die Kommunisten verteidigen dabei das Recht aller Strömungen der Arbeiterbewegung sich auf politischen Plattformen zu organisieren und für ihre Positionen offen aufzutreten. Arbeiterdemokratie bedeutet aber auch, daß wir für die ständige Kontrolle aller gewerkschaftlicher Funktionsträger durch die Mitglieder eintreten. Die Arbeiterdemokratie ist kein Selbstzweck oder entspringt irgendeinem abstraktem Gerechtigkeitsprinzip, sondern ist eine elementare Voraussetzung die Gewerkschaft zu einem Instrument im Klassenkampf zu machen und für eine revolutionäre Führung in den Gewerkschaften zu kämpfen.

6. Die Hauptaufgabe der bürgerlichen Gewerkschaftsführung ist es die Kämpfe der Arbeiterklasse auf dem Boden des kapitalistischen Systems zu halten. Ein Haupthebel dabei ist die Ideologie der 'Neutralität der Gewerkschaften'. Jede politische Stellungnahme, jede Aktion, die über die unmittelbaren ökonomischen Fragen hinausgeht, soll durch diese Ideologie verunmöglicht werden. Die Notwendigkeit des politischen Kampfes soll unterdrückt werden. Dies gilt selbstverständlich nur für die einfachen Gewerkschaftsmitglieder, die Gewerkschaftsbürokratie selbst nimmt unentwegt für die 'Sozialdemokratie' (in Österreich) 'Partei'.

Dem treten die Kommunisten gegenüber. In der Gewerkschaft soll offen und breit über allgemeine nationale und internationale Fragen diskutiert werden, und die Gewerkschaft soll dann dazu Stellung nehmen.

II. Die Notwendigkeit einer kommunistischen Gewerkschaftsfraktion

1. *"Die Bolschewiki-Leninisten stehen in der vordersten Reihe aller Kämpfe der verschiedensten Formen, selbst wenn es sich um die bescheidensten materiellen Interessen oder demokratischen Rechte der Arbeiterklasse handelt. Sie nehmen aktiv am Leben der Massengewerkschaften teil und bemühen sich, sie zu stärken und ihren Kampfgeist zu erhöhen."* (Trotzki, 'Übergangsprogramm')

Der Kampf der Kommunisten um die revolutionäre Führung der Gewerkschaften beruht auf ihrem Programm zum Sturz des Kapitalismus. Sie lehnen es ab, in den Gewerkschaften Teile ihres Programms vor den Arbeitern zu 'verbergen'.

Zu unseren programmatischen Grundlagen gehören vor allem die Beschlüsse auf den ersten vier Weltkongresses der Komintern und das Übergangsprogramm von 1938.

2. Um dieses Ziel, die Eroberung der Mehrheit der Gewerkschaft für die Ziele der sozialistischen Revolution zu erreichen, schließen sich die Kommunisten innerhalb der Gewerkschaft zu einer besonderen kommunistischen Gewerkschaftsfraktion zusammen. Die Fraktion soll zu allen wesentlichen Fragen offen Stellung beziehen, ein einheitliches Auftreten und die Konzentrierung und Zentralisierung des Kampfes der Kommunisten in den Gewerkschaften gewährleisten. Nur so können sie beweisen, daß sie eine umfassende politische Alternative gegenüber allen anderen Strömungen darstellen.

3. Die Kommunisten haben ein elementares Interesse an der Einheit der Gewerkschaftsorganisationen. Die Gewerkschaftsbürokratie wird jedoch, je mehr die Kommunisten an Einfluß gewinnen, weder vor Ausschlußterror, noch vor Spaltungen zurückschrecken. Wir haben immer die Pflicht aufzuzeigen, daß diejenigen, die den Klassenkampf sabotieren die Verantwortung für Spaltungen tragen, *"Aber daraus folgt noch keineswegs, daß die hohle Formulierung der Einheit wichtiger ist, als die revolutionären Aufgaben der Arbeiterklasse."* (Trotzki). Der Klassenkampf macht es tagtäglich erforderlich ad hoc Kampf- und Organisationsformen zu schaffen, die außerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens liegen, bzw. ihn überschreiten (von Aktionseinheitskomitees, über Fabrikkomitees bis zu Räten).

"Wenn es verbrecherisch ist, den Massenorganisationen den Rücken zu kehren, um sich mit sektiererischen Fiktionen zu begnügen, so ist es nicht weniger verbrecherisch, passiv die Unterordnung der revolutionären Massenbewegung unter die Kontrolle der offen reaktionären oder verhüllt konservativen ('progressiven') bürokratischen Cliquen zu dulden. Die Gewerkschaft ist kein Ziel an sich, sondern nur eines der Mittel auf dem Weg zur proletarischen Revolution." (Trotzki, 'Übergangsprogramm')

Zur nationalen Frage

In der Epoche des Imperialismus ist es den abhängigen Ländern nicht mehr möglich den historischen Vorsprung der imperialistischen Mächte aufzuholen, doch wird die Nationalbourgeoisie bisweilen versuchen durch Ausspielen der imperialistischen Konkurrenz die völlig koloniale Unterwerfung zu verhindern, selbst wenn das Krieg gegen eine imperialistische Fraktion bedeutet. Obwohl sich die nationale Bourgeoisie nicht vom imperialistischen System lösen kann und will, ist ihr Kampf gegen den Imperialismus um die relativ unabhängige politische Macht und 'abhängige Industrialisierung' insofern eine Verbesserung für die Kampfbedingungen der Arbeiter und Bauern, als die Klassengegensätze dadurch zugespitzt werden. Revolutionäre müssen daher diesen Kampf militärisch unterstützen, auch dann, wenn die nationale Bourgeoisie, die die Führung in diesem Kampf hat, Streiks unterdrückt und keinerlei demokratische Rechte zuläßt.
"Und wenn sich dieser Kampf gegen ein imperialistisches Land richtet in dem die bürgerliche Demokratie herrscht. Die Revolutionäre dürfen sich durch Phrasen 'allgemeiner Humanität' und 'internationaler Gerechtigkeit' um so weniger einlullen lassen, als die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Handlanger alles daran setzen vom wirklichen Klasseninhalt des Konflikts abzulenken, indem sie vom 'Kampf der Demokratie gegen Feudalfürsten und wilde Militärdiktaturen' reden. Es geht hier aber gar nicht um 'Demokratie oder Reaktion', vielmehr um den Gegensatz von imperialistischen Räubern - egal mit welcher Staatsverfassung - und ihren Opfern in der 'dritten Welt', die gegen die kurzfristige planlose Ausplünderung ihrer natürlichen und gesellschaftlichen Resourcen und für die Möglichkeit einer nationalen Industrialisierung kämpfen."
(siehe Lenin, 'ursprünglicher Thesenentwurf zur nationalen Frage', II. Komintern-Kongreß)

Wenn die nationale Bourgeoisie in ihrem Kampf um nationale Unabhängigkeit imperialistische Monopole verstaatlicht, ist das zwar weder sozialistisch noch kommunistisch, doch muß das Proletariat diese Maßnahmen unterstützen, da sie eine Schwächung des Imperialismus bedeuten.

In den kolonialen und halbkolonialen Ländern stellt der Kampf für die bürgerliche Demokratie - eingeschlossen der Kampf um die nationale Einheit und Unabhängigkeit und die Lösung der Agrarfrage - ein notwendiges und fortschrittliches Stadium der historischen Entwicklung dar.

"Das Proletariat ist gezwungen, den Kampf um die elementarsten Aufgaben der nationalen Unabhängigkeit und der bürgerlichen Demokratie mit dem sozialistischen Kampf gegen den Weltimperialismus zu kombinieren. In diesem Kampf sind die demokratischen Forderungen, die Übergangsforderungen und die Aufgaben der sozialistischen Revolution nicht in besondere Epochen geschieden, sondern gehen unmittelbar auseinander hervor." (Trotzki, 'Übergangsprogramm')

Der Kampf für diese bürgerlich-demokratischen Aufgaben stellt einen wesentlichen Bestandteil des Bündnisses der Arbeiter mit den unterdrückten Bauernmassen dar, wenngleich er kein abgeschlossenes Stadium ist, sondern von Beginn an mit dem Kapf gegen die nationale Bourgeoisie verbunden sein muß, die in jedem Falle gegen die eigenständige Bewegung der Arbeiter und Bauern vorgehen wird.

Das Programm der permanenten Revolution negiert also keineswegs die bürgerlichen Aufgaben der Revolution in den unterdrückten Nationen, aber es macht klar, daß nur die Arbeiterklasse - gestützt auf die armen Bauern - diese Nationen endgültig vom Imperialismus befreien kann.

Die permanente Revolution weist den kämpfenden Massen damit als einzigen Ausweg die Perspektive der Diktatur des Proletariats. Revolutionäre müssen zwischen dem Nationalismus einer unterdrückenden Nation (der in jedem Falle reaktionär ist) und dem einer unterdrückten Nation unterscheiden. Der Kampf der unterdrückten Massen trägt unvermeidlich stark ausgeprägte Züge des Nationalismus mit sich, der in diesem Falle bedingt fortschrittlich ist. D. h., die Gefahr des Chauvinismus darf im Zusammenhang mit einem Krieg zwischen einer unterdrückenden und einer unterdrückten Nation nicht zu einem Argument des Defaitismus werden, da der Nationalismus in einem abhängigen Land einen anderen Stellenwert aufweist als in einem imperialistischen.

"Da diese nationalen Vorurteile in den rückständigen Ländern erst nach dem Verschwinden des Imperialismus und des Kapitalismus in den fortgeschrittenen Ländern und nach der radikalen Umgestaltung aller Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens der zurückgebliebenen Länder verschwinden können, geht das Absterben dieser Vorurteile notwendigerweise nur sehr langsam vor sich. Daraus erwächst dem klassenbewußten kommunistischen Proletarier, aller, insbesondere der imperialistischen Länder die Pflicht sich besonders behutsam und besonders aufmerksam zu den überlebenden nationalen Gefühlen in den am längsten unterdrückten Ländern und Völkern zu verhalten, wie auch die Pflicht, gewisse Zugeständnisse zu machen, damit dieses Mißtrauen und diese Vorurteile rascher überwunden werden." (Lenin, These 12, II. Komintern-Kongreß)

Der Kampf der Arbeiter und Bauern kann die nationale Bourgeoisie kurzfristig zu ökonomischen und politischen Zugeständnissen zwingen, ebenso wie der Angriff des Imperialismus sie zwingen kann, sich durch gewisse Zugeständnisse die Unterstützung der Massen zu erkaufen.

Dieser Kampf gegen den Imperialismus - bzw. gegen eine Fraktion - muß aktiv von den Arbeitern der imperialistischen Länder unterstützt werden, nicht zuletzt deshalb, weil dadurch auch die reaktionären Kräfte im eigenen Land geschwächt werden. *"Ein Volk das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst befreien."* (Marx, Engels). Im Kriegsfalle haben die Arbeiter der imperialistischen Staaten die unbedingte Pflicht des revolutionären Defaitismus. Ihr Hauptfeind steht immer im eigenen Land. Darüberhinaus tragen sie die Verantwortung dafür, inwieweit es dem Proletariat der unterdrückten Länder gelingt, sich vom Einfluß der nationalen Bourgeoisie zu lösen.

Wenn Marxisten Aktionen der nationalen Bourgeoisie, die gegen eine Fraktion des Imperialismus gerichtet sind, unterstützen, so müssen sie zur selben Zeit unversöhnlich die Halbherzigkeit und verräterische, kompromißlicherische Politik der nationalen Bourgeoisie weitertreiben, mit dem Ziel die militärische und politische Führung im antiimperialistischen Kampf zu übernehmen. Dazu ist die unabhängige Organisierung des Proletariats auf einem revolutionären Programm unabdingbare Voraussetzung.

Die demokratische und nationale Revolution kann zu größeren Ausbeutungsmöglichkeiten der nationalen Bourgeoisie führen - insoferne ist diese am Kampf interessiert. Wenn das Proletariat aber diesen Kampf selbständig weiterführt und den Kampf um Demokratie und Unabhängigkeit mit sozialistischen

Forderungen verbindet, drohen die Ausbeutungsmöglichkeiten der Bourgeoisie zu schwinden.

Daher ist und bleibt der gefährlichste Feind für die nationale Bourgeoisie das Proletariat,und der Imperialismus ist willkommener Verbündeter im Kampf gegen die proletarische Revolution. Es kann in keiner Hinsicht ein Kriterium für oder gegen die Unterstützung des Kampfes einer unterdrückten Nation sein, ob das Regime der nationalen Bourgeoisie selbst demokratisch oder reaktionär ist und ob es gegen ein 'demokratisches' oder reaktionäres imperialistisches Regime kämpft.

Hier geht es nicht um Reaktion oder Demokratie, sondern um den Kampf, den ein abhängiges Land gegen die Ausplünderung durch den Imperialismus und für eine nationale Industrialisierung führt.

"Wir Marxisten stellten und stellen niemals alle Kriege auf eine Stufe. Marx und Engels untersützten den revolutionären Kampf der Iren gegen Großbritannien und der Polen gegen den Zarismus, obwohl in diesen beiden nationalistischen Kriegen die Führer überwiegend Mitglieder der Bourgeoisie und zeitweilig sogar der Feudalaristokratie - in beiden Fällen katholische Reaktionäre - waren ... Lenin schrieb hunderte von Seiten, auf denen er demonstrierte, wie vorrangig und notwendig die Unterscheidung zwischen imperialistischen Nationen und kolonialen wie halbkolonialen Nationen ist, welche die große Mehrheit der Menschen ausmachen. Allgemein von 'revolutionärem Defaitismus' zu sprechen ohne zwischen ausbeutenden und ausgebeuteten Ländern zu unterscheiden, bedeutet eine miserable Karrikatur auf den Bolschewismus zu machen und diese Karrikatur in den Dienst des Imperialismus zu stellen." (Trotzki, 'Brief über den chinesisch-japanischen Krieg', 'Brief an Diego Rivera', 23. 9. 1937)

Die Losung des Selbstbestimmungsrechts für unterdrückte Nationen ist dabei die geeignetste Losung, das Proletariat der unterdrückten Nation im Kampf um die Befreiung der unterdrückten Nation gegen die eigene imperialistische Bourgeoisie zu organisieren und sich in diesem Kampf mit den Arbeitern und armen Bauern der unterdrückten Nation zu solidarisieren. Das bedeutet, aber deshalb nicht das Kommunisten immer und überall für die Lostrennung einer Nation kämpfen - (z. B. der Lostrennung von der sozialistischen Union). Die Interessen des internationalen Proletariats werden die taktischen Maßnahmen zu bestimmen haben. Aber das rein negativ formulierte Recht auf Lostrennung muß jeder unterdrückten Nation gewährt werden, um das Verhältnis des Vertrauens zwischen dem Proletariat der Unterdrückernation und dem der unterdrückten Nation herstellen zu können.

"Theoretisch läßt sich im voraus nicht garantieren ob die Lostrennung einer Nation oder ihre gleichberechtigte Stellung neben einer anderen Nation die bürgerlich-demokratische Revolution abschließen wird; für das Proletariat ist in beiden Fällen wichtig, die Entwicklung seiner Klasse zu sichern. Für die Bourgeoisie ist es wichtig diese Entwicklung zu erschweren, indem sie deren Aufgaben vor den Aufgaben der eigenen Nation in den Hintergrund rückt. Deshalb beschränkt sich das Proletariat auf die negative Forderung auf Anerkennung, ohne es auch nur einer einzigen Nation zu garantieren und ohne sich zu verpflichten auf Kosten einer anderen Nation irgendetwas zu geben." (Lenin, 'Der Praktizismus in der nationalen Frage', aus: 'Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung', Mai 1914).

Revolution & Konterrevolution in Spanien

ISBN 388187 - 020 - 2 260 Seiten DM 10,–

In diesem Buch, das erstmals in deutscher Übersetzung erscheint, liefert der Autor, Felix Morrow (bis Ende der 40er Jahre Mitglied der amerikanischen Socialist Workers Party) eine marxistische Analyse der Ereignisse vor und während des spanischen Bürgerkrieges.

Revolution und Konterrevolution in Spanien, ein marxistisches „Geschichtsbuch", geschrieben in der Zeit des Bürgerkrieges in Spanien, stellt anschaulich die Ursachen für das Scheitern der spanischen Revolution dar.
Der Kern des Buches liegt in einer umfassenden marxistischen Kritik der Volksfronttaktik in Spanien.

Bestellungen an:

verlag ergebnisse & perspektiven

Altenessener Str. 337, 43 Essen 12. Telefon: 0201 - 34 75 22, Postscheckkonto Essen 37731 - 437.